ARCHITEKTUR DER DDR

4'76

Preis 5,— Mark

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:
Für Buchhandlungen:
Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb
der Deutschen Demokratischen Republik
DDR – 701 Leipzig, Leninstraße 16

Für Endbezieher:
Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw.
Zentralantiquariat der DDR
DDR – 701 Leipzig, Talstraße 29

Redaktion
Zeitschrift „Architektur der DDR"
VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 204 12 67 · 204 12 68
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Artikelnummer: 52 36

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Dipl.-oec. Siegfried Seeliger
Telefon: 204 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR
P 99/76, P 3/11/76 bis P 3/18/76

Archit. DDR, Berlin **25** (1976), März **4**, S. 193–256

Im nächsten Heft:

Initiativen der Architekten zum IX. Parteitag der SED
Städtebauliche Planung für den 9. Stadtbezirk in Berlin
Palast der Republik
Wohnungsbau in der Hauptstadt Berlin
Wohnungsbau in Dresden, Leipzig, Cottbus und Rostock
Stadthalle in Cottbus

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 5. Februar 1976
Illusdruckteil: 13. Februar 1976

Titelbild:

Blick auf das Wohngebiet Frankfurt (Oder)-Nord
Foto: Rudolf Hartmetz, Schwedt

Fotonachweis:

Bauinformation/Riemann (1); Winfried Mann, Gera (1); Bauinformation/Illke (1); Bauinformation/Rosse (1); Büro für Städtebau Berlin – Bildstelle (11); Rudolf Hartmetz, Schwedt (13); Herbert W. Brumm, Gramzow (4); Büro des Bezirksarchitekten Erfurt (1); Bernhard Gräfe, Dresden (14); Werner Rietdorf, Berlin (6); K. H. Kühl, Rostock (4); Büro für Städtebau und Architektur Dresden – Bildstelle (2)



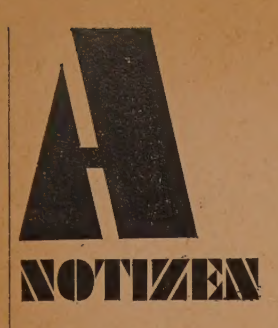
ARCHITEKTUR DER DDR

XXV. JAHRGANG · BERLIN · APRIL 1976

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Erich Blocksdorf



NOTIZEN

Grundlagenforschung für das Bauwesen

Einen wichtigen Schritt in der Diskussion zu den Dokumenten des IX. Parteitages der SED bildete eine Anfang Februar durchgeführte gemeinsame Beratung der Präsidien der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Bauakademie der DDR. Aufbauend auf guten Erfahrungen und Ergebnissen langfristiger Zusammenarbeit im vergangenen Fünfjahrplanzeitraum, wollen beide Akademien in verstärktem Maße gemeinsame Forschungsaufgaben lösen, die eine kurzfristige Überleitung in die Baupraxis ermöglichen und bedeutende volkswirtschaftliche Effekte bringen sollen. Die Grundlagenforschung der Akademie der Wissenschaften orientiert sich dabei stärker als bisher auf konkrete volkswirtschaftliche Belange des Bauwesens und wird vor allem über die angewandte Bauforschung praxiswirksam. Gemeinsames Anliegen beider Akademien ist es, einen wirkungsvollen Beitrag zu leisten, um die Arbeitsproduktivität zu steigern, den Materialaufwand zu senken, Energie einzusparen und eine hohe Qualität in der Produktion und im sozialistischen Städtebau zu sichern.

Die Zusammenarbeit soll vor allem der Lösung des Wohnungsbauprogramms dienen und Forschungsgrundlagen für eine bessere Gestaltung der gebauten und natürlichen Umwelt erbringen. Dabei geht es u. a. um Beispielplanungen für die langfristige Entwicklung von Städten und Gemeinden. Eine bedeutende Rolle spielt in den Anstrengungen von Forschungskollektiven beider Akademien der Beitrag zur weiteren Gestaltung der Hauptstadt Berlin.

Ausgehend vom Entwurf der Direktive zur Entwicklung der Volkswirtschaft 1976–80 verfolgen beide Akademien mit einer Vereinbarung eine gemeinsame Linie zur Intensivierung im Bauwesen und damit zur Stärkung der volkswirtschaftlichen Basis. In dieser Vereinbarung kommt dem Forschungsvorlauf zur besseren Nutzung heimischer Rohstoffe und Sekundärrohstoffe einschließlich rationeller Verarbeitungstechnologien sowie der weiteren Vertiefung der ingenieurtheoretischen Grundlagen eine besondere Bedeutung zu.

Der Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR, Prof. Dr. Hermann Klare, begrüßte in der Beratung Präsidiumsmitglieder beider Akademien. Prof. Dr. Ulrich Hofmann, Vizepräsident für Forschung und Planung der Akademie der Wissenschaften, und Prof. Dr. Hans Fritsche, Wissenschaftlicher Direktor der Bauakademie der DDR, gaben einen gemeinsamen Bericht über die Ergebnisse der Zusammenarbeit seit dem VIII. Parteitag. So wurden zum Beispiel umfangreiche Forschungen für neue Baustoffe und Baustoffkombinationen durchgeführt. Im Mittelpunkt steht hierbei die Nutzung einheimischer Rohstoffe. Die Anwendung von Lasern im Bauwesen konnte durch die Zusammenarbeit beider Akademien erfolgreich vervollkommnet werden. Die Erprobung hat bestätigt, daß durch Lasergeräte erhebliche Einsparungen an Selbstkosten, Arbeitszeit und Arbeitskräften erzielt werden können.

In zwei Fachvorträgen zu Problemen des Städtebaus und der Siedlungsstruktur in der DDR und im Zusammenhang damit für die weitere Entwicklung der sozialistischen Lebensweise unserer Bürger sowie in weiteren konstruktiven Diskussionsbeiträgen vermittelten führende Wissenschaftler beider Akademien wertvolle Gedanken für die Realisierung des Wohnungsbauprogramms.

Abschließend wies Prof. Werner Heynisch, Mitglied des ZK der SED und Präsident der Bauakademie der DDR, darauf hin, daß die weiteren für die gemeinsame Arbeit konzipierten Aufgaben zur Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion als dem Hauptweg der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR zu dienen haben. Dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Von den bis 1980 zu erbringenden Einsparungen an Grundmaterial im Bauwesen und der notwendigen Steigerung der Arbeitsproduktivität sind allein 75 bis 80 Prozent über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu realisieren. Nicht zuletzt wird auch die Intensivierung der wissenschaftlich-technischen Arbeit selbst in die Aufgaben der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit beider Akademien einbezogen. Das betrifft die Entwicklung und gemeinsame Nutzung der Forschungstechnik, die Aus- und Weiterbildung von Kadern sowie die gegenseitige Nutzung wissenschaftlich-technischer Informationen.



Im Ausstellungszentrum am Fuße des Berliner Fernsehturmes wurde eine interessante Ausstellung über die zeitgenössische Architektur der Sowjetunion eröffnet, die einen guten Überblick über das Schaffen der sowjetischen Architekten bietet und viele Besucher anzog.

Sowjetische Architekturausstellung in Berlin eröffnet

Eine beeindruckende Leistungsschau des sowjetischen Architekturschaffens wurde am 3. 2. 1976 im Ausstellungsraum am Fernsehturm in Berlin eröffnet.
Die Ausstellung, deren gemeinsame Veranstalter der Bund der Architekten der DDR und der Architektenverband der UdSSR sind, wurde vom Präsidenten des BdA/DDR, Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski, im Beisein von Vertretern der sowjetischen Botschaft und des Staatssekretärs im Ministerium für Bauwesen, Dr. Karl Schmiechen, eröffnet. In seiner Eröffnungsansprache würdigte Professor Urbanski die bedeutenden Leistungen der Sowjetunion auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur, deren Ausmaße darin zum Ausdruck kommen, daß in den Jahren von 1971 bis 1975 70 größere Städte und 180 Siedlungen städtischen Typs in der UdSSR entstanden. Im gleichen Zeitraum erhielten 56 Millionen sowjetische Bürger neue Wohnungen. Allein in Moskau werden täglich 400 Wohnungen fertiggestellt. Im besonderen aber die wachsende Vielfalt architektonischer Leistungen, die in der Ausstellung gezeigt wurde, sei zugleich ein interessanter Beitrag zu der großen Volksaussprache in Vorbereitung des IX. Parteitages der SED.
Staatssekretär Dr. Schmiechen würdigte in einem Toast die immer engere Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR auf dem Gebiet des Bauwesens, insbesondere im Wohnungsbau.
Zu einem ersten Informationsrundgang führte Dipl.-Ing. Martin Wimmer, Mitglied des Büros des BdA/DDR, die Gäste durch die Ausstellung, die mit 175 ausgewählten Beispielen einen Überblick über die außerordentliche Vielseitigkeit im Schaffen der sowjetischen Architekten gibt. Gezeigt werden vor allem gesellschaftliche Bauten wie Theater, Kinos, Forschungs- und Bildungsstätten, Sportanlagen, Hotels, Kaufkäuser und Verkehrsbauten, neue Wohngebiete und innerstädtische Ensembles.



Neues Wohngebäude in Moskau

Warenhaus Centrum in Eger

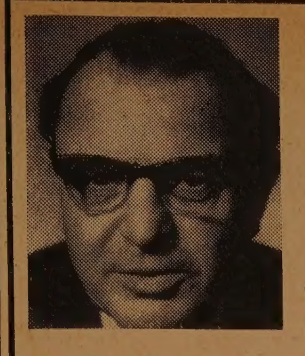
Am historischen Marktplatz von Eger entstand das moderne Warenhaus Centrum.

Das Warenhaus wurde mit nur zwei Vollgeschossen und einem abgesetzten Dachgeschoß geplant, um eine harmonische Einfügung in die umgebende alte Bebauung zu gewährleisten.

In diesem Sinne wurde auch versucht, die Fassade dem Maßstab der historischen Bauten anzugleichen.

Entwurf:
Architekt A. Peschka





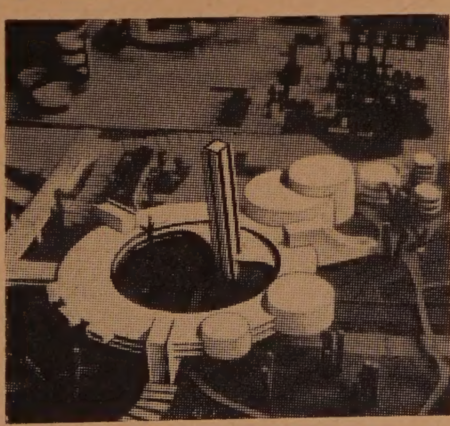
Werner Lonitz

Im Alter von 62 Jahren verschied am 16. 1. 1976 das Mitglied des Präsidiums des BdA/DDR, Diplomarchitekt Werner Lonitz. Getragen vom Vertrauen seiner Kollegen, wirkte er über 21 Jahre lang in vorbildlicher Weise als Vorsitzender der Bezirksgruppe Gera. Als leitender Architekt erwarb er sich große Verdienste um die Gestaltung der Stadt Gera, den Aufbau neuer Wohngebiete und die Erhaltung wertvoller historischer Bauten. Seine Leistungen wurden mit dem Vaterländischen Verdienstorden und anderen hohen Auszeichnungen gewürdigt. Mit Werner Lonitz haben wir einen Kollegen verloren, dessen Wirken untrennbar mit der Entwicklung unseres Bundes verbunden ist, und dessen wir stets in Achtung gedenken werden.

Modell des Dorfes für das Jahr 2000

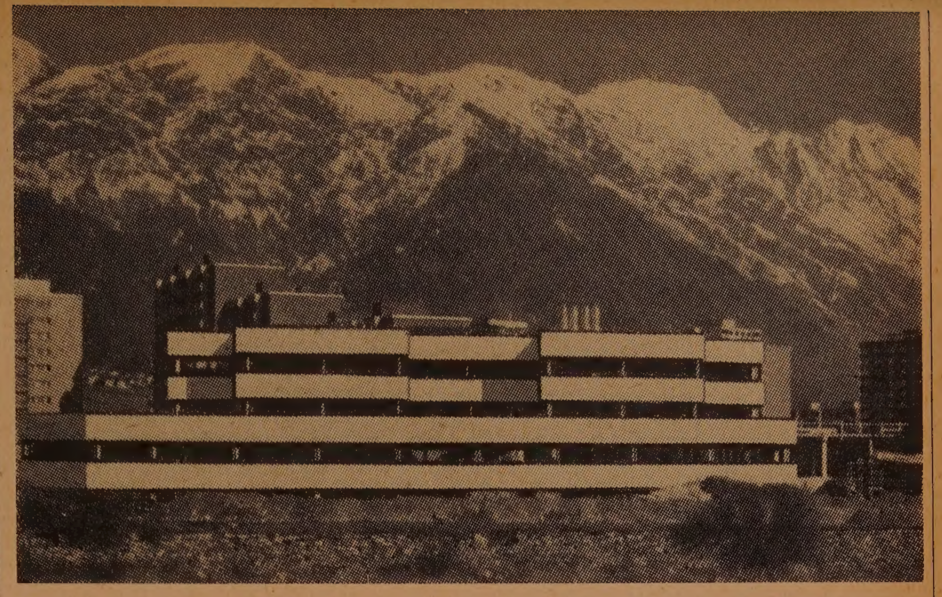
Das Modell eines Dorfes, wie es im Jahre 2000 aussehen wird, haben Wissenschaftler der sowjetischen Ostseerepublik Litauen entwickelt. Bis zum Jahre 1990 soll die Umsiedlung aller Bauern von den Einzelgehöften, die jahrhundertelang die Struktur des litauischen Dorfes prägten, in städtische Siedlungen abgeschlossen sein. Der Prototyp dieser Siedlungen ist durch viele Architektenwettbewerbe um die beste Siedlung entstanden. Die Grundzüge des künftigen Dorfes zeigen sich bereits heute am Beispiel der zentralen Siedlung Dainava, eines der Staatsgüter in Litauen. Für die Bauern wurden hier Einfamilienhäuser, eine Schule, ein Haus der Kultur, ein Krankenhaus, Geschäfte und Cafés errichtet. In der Zukunft soll die Zahl solcher landwirtschaftlichen Städtchen in der Republik rund 1000 erreichen. Die Umgestaltung des litauischen Dorfes ist nicht nur durch die Sorge um die weitere Verbesserung der Lebensbedingungen, sondern auch durch die Pläne zur Entwicklung der Landwirtschaft bedingt.

Unten: Modell des geplanten Kulturzentrums der landwirtschaftlichen Siedlung Nowy Byt im Gebiet von Moskau. Das Kulturzentrum, das von den Wohnbereichen umschlossen wird, umfaßt ein Kino, eine Bibliothek, verschiedene Klubräume, Dienstleistungseinrichtungen und ist mit Sportanlagen verbunden.



Mehrgeschossige Stallbauten

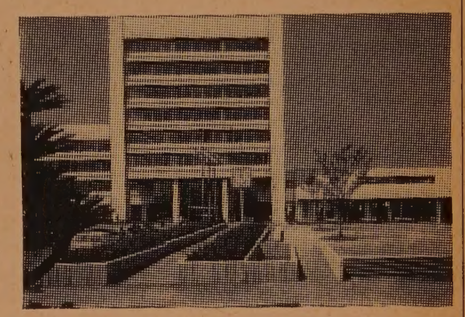
Einen dreigeschossigen Kuhstall für 12 000 Rinder projektierten die Konstrukteure des Moskauer Institutes für ländliches Bauwesen in Belorussland. Gleichzeitig entwarfen sie einen fünfgeschossigen Komplex für die Mast von 54 000 Schweinen. Bei einem Wettbewerb des Staatlichen Baukomitees der UdSSR wurden die Projektanten dafür mit einem Preis ausgezeichnet.



Das olympische Dorf in Innsbruck wurde von vornherein für die künftige Nutzung als Bildungs- und Sportzentrum geplant. (Architekten P. Swienty und P. Pontiller)

Schwierige Situationen für Architekten

Die anhaltende Krise in der BRD hat auch viele Architekten in eine schwierige Situation gebracht. Der Präsident der Architektenkammer Baden-Württemberg, Dipl.-Ing. Hans Schroth, vertrat dazu die Auffassung, daß „die Architekten von allen Berufen der Wirtschaft am härtesten um ihre wirtschaftliche Existenz ringen." Nach der letzten amtlichen Statistik seien in Baden-Württemberg rund 20 Prozent der in der Architektenliste eingetragenen angestellten Architekten arbeitslos. Der Auftragsbestand sei um weit über 30 Prozent zurückgegangen. „Und wir fürchten", führte Schroth ferner aus, „daß er noch weiter zurückgeht. Denn der Miet- und Geschoßwohnungsbau ist für absehbare Zeit so gut wie tot."

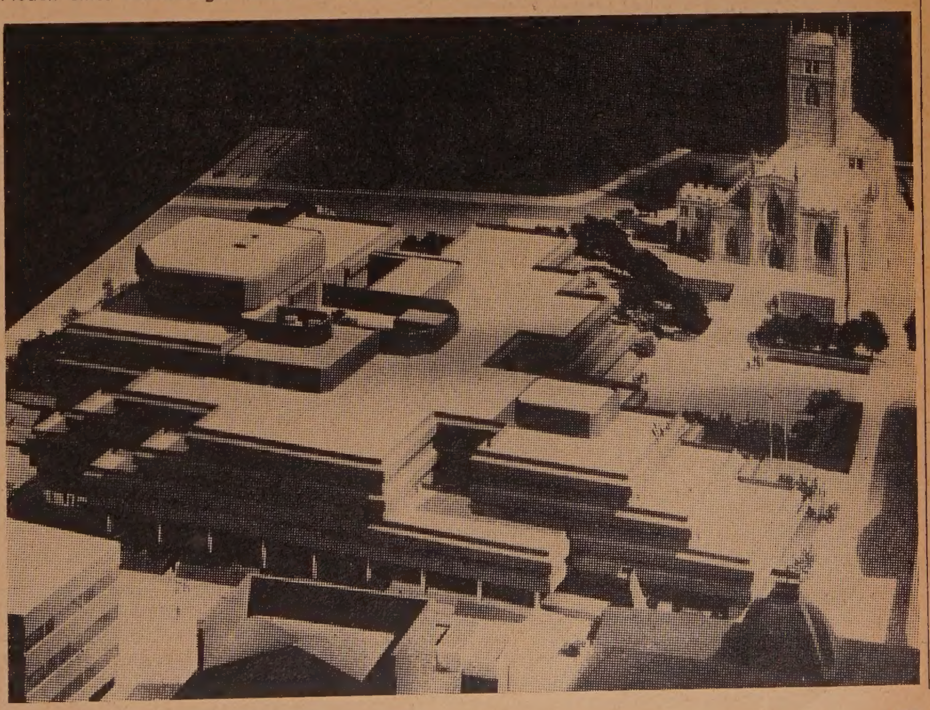


Stadthalle in Choshi (Architekt T. Yamashita)

Fasse dich kurz

„Martin, grüß dich. Weißt du, wo die Sibylle jetzt steckt?"
„Die war beim BT FTP im WBK, hatte aber wegen der DU für das WKZ im WK 8 Trödel mit ihrem TD. Sie sollte sich bei der GE besser mit dem HAG über die VRFL, die Äapl und die SSPL abstimmen. Dabei stimmt der GAG der IVE zu . . ."
„Aha . . ."
„Der GAN meinte nun, wenn der HAN sich eine andere PGH als NAN nimmt, könnten sie die WTB aus der ESK statt in der VGB in der LGB bauen und die ZWB im NZ mit WBS montieren. Bei soviel WE fordert aber der GD von der HO mehr GPL und VBE im HZ."
„So?"
„Nun wollten sie das WKZ neben die POS setzen. Nach dem GBP und dem GVP käme man da auch mit den ÖPNV ran. Weil da eine VVB aber ein HKW bauen will, haben nun KWV und WBA an den OB und die BL geschrieben . . ." „Und Sybille?"
„Die ging mit dem BKV zur BGL und sagte, für sie sei jetzt Sense und sie ginge lieber zu einer ZBO für die LPG und KAP. Aber einer vom BVK riet ihr, zum BdA zu gehen und . . ."
„Wo sie jetzt ist, will ich wissen!"
„Ach, das weißt du nicht? Die ist beim VEB MLK und arbeitet mit der BA und dem WTZ im PWT an TGL für die TGA." -h-

Modell eines Verwaltungszentrums in Wohlverhampton (Entwurf: Ove Arup u. Partner)





Ein Programm für die Zukunft



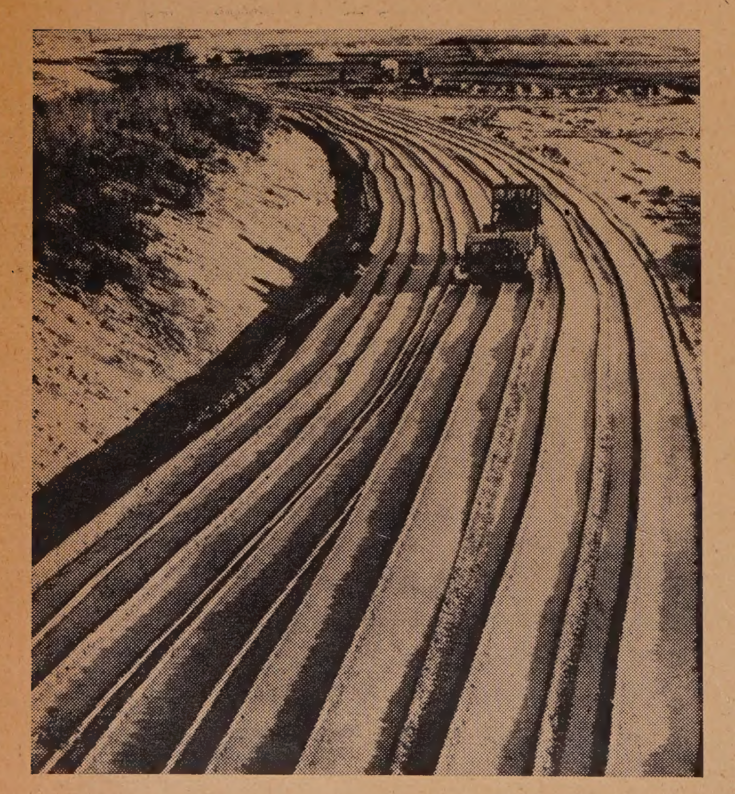
Genau 30 Jahre sind seit jenem historischen Tag vergangen, an dem mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Einheit der Arbeiterbewegung auf revolutionärer Grundlage geschaffen wurde. Im Beschluß des Vereinigungsparteitages wurde der Sozialismus als „großes geschichtliches Ziel" der Arbeiterklasse erklärt. Damals schien dieses Ziel noch sehr fern. Aber geleitet von diesem Ziel und gestützt auf die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern, wurde seitdem in der DDR die sozialistische Revolution zum Siege geführt und die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erfolgreich in Angriff genommen.

Ausgehend von dem, was in den vergangenen drei Jahrzehnten unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei erkämpft und erarbeitet wurde, kann heute Kurs auf neue Ziele genommen werden. Diese Ziele haben ihren prägnanten Ausdruck in den grundlegenden Dokumenten gefunden, die jetzt in Vorbereitung des IX. Parteitages der SED als Entwürfe der Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreitet wurden.

Im Entwurf des neuen Programms der SED wird für die kommende Periode die Aufgabe gestellt, in der DDR „weiterhin die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten und so grundlegende Voraussetzungen für den allmählichen Übergang zum Kommunismus zu schaffen". Das Ziel der SED ist die kommunistische Gesellschaft, eine „Gesellschaft der schöpferischen Arbeit, des kulturvollen und sinnerfüllten Lebens für alle Menschen".

Das Programm charakterisiert die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft als einen historischen Prozeß tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen. Es gibt zugleich eine Orientierung, welche Aufgaben dabei auf den wichtigsten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu lösen sind, um das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes Schritt für Schritt weiter erhöhen zu können. So eröffnet uns der Programmentwurf einen ebenso realistischen wie faszinierenden Blick in die Zukunft.

Für jeden Architekten liegt es in der Natur seines Berufes begründet, stets nach der Zukunft zu fragen. Nicht nur weil jedes Projekt und jede städtebauliche Planung zunächst die gedankliche Vorstellung von künftiger gebauter Realität ist, sondern vor allem, weil das Gebaute lange Zeit Bestand hat und auch sich entwickelnden und verändernden Bedürfnissen Rechnung tragen muß. Deshalb hat der Entwurf des neuen Programms für die Tätigkeit der Architekten ganz besondere Bedeutung. Wenn der Entwurf des Programms der SED das Wohnungsbauprogramm zum Kernstück der Sozialpolitik erklärt, so hat dies auch vielfältige Konsequenzen für die Tätigkeit der Architekten. Das Ziel ihrer Tätigkeit ist nicht einfach Wohnungen zu projektieren, sondern die Wohnungsfrage zu lösen. Der Programmentwurf verbindet damit die Aufgabe, durch den Wohnungsbau „in wachsendem Maße Einfluß auf eine hohe Wohnkultur, eine sinnvolle Freizeitgestaltung und die Gemeinschaftsbeziehungen" zu nehmen. Sieht man diese Aufgabe im Zusammenhang mit dem gesamten Inhalt des Programms, zum Beispiel mit den Gedanken zur Entwicklung der Sozialstruktur und der sozialistischen Lebensweise sowie zur Rolle der Familie, dann wird deutlich, daß damit ein intensives Suchen nach qualitativ neuen Lösungen im Wohnungsbau notwendig wird. Das Neue solcher Lösungen muß darin bestehen, daß sie sowohl der notwendigen Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Effektivität des Bauwesens auf dem Weg der konsequenten Industrialisierung als auch der Tatsache Rechnung tragen, daß die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise keine Nivellierung der Interessen und Bedürfnisse bedeutet.



Die breite Diskussion über die Parteitagsdokumente, an der sich auch die Organe unseres Architektenverbandes aktiv beteiligen, läßt in dieser Hinsicht schon heute fruchtbare geistige Impulse erkennen, die uns auf vielen Gebieten voranbringen werden. Eine Diskussion mit zu engem, allein auf fachspezifische Probleme reduziertem Blickwinkel oder ein übereiltes Ziehen von Schlußfolgerungen würde dem tiefen Inhalt der Dokumente nicht gerecht werden. Es gilt vielmehr, den ganzen Gedankenreichtum der Dokumente schöpferisch für die Lösung der künftigen Aufgabe auszuwerten. Denn je klarer das Bild von der Zukunft unserer Gesellschaft ist, um so klarer werden auch unsere Vorstellungen von der sozialistischen Architektur von morgen sein.

Mit dem Entwurf des neuen Programms liegt das kühne Projekt einer Straße vor uns, die in die Zukunft führt. Diesen Weg zu bahnen, wird auch von den Architekten angestrengte Arbeit und Pioniergeist erfordern. Mancher Stein wird dabei noch aus dem Wege zu räumen sein. Aber eines ist sicher: Gemeinsam mit allen Bauschaffenden werden auch die Architekten dabeisein, wenn es darum geht, den Weg des IX. Parteitages zum Wohle des Volkes gut und sicher zu bauen.

Gerhard Krenz

Einige Gedanken zu aktuellen Leitungsproblemen in Städtebau und Architektur

Prof. Dr.-Ing. Peter Doehler
Direktor des Weiterbildungsinstituts für Städtebau und Architektur

Wir stehen wenige Wochen vor dem IX. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als dem bedeutendsten gesellschaftlichen Ereignis Mitte der 70er Jahre in der DDR.

Die der Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreiteten Materialien des IX. Parteitages, besonders die Entwürfe des neuen Programms der SED und der Direktive zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976 bis 1980 (1,2) verdeutlichen die großen Perspektiven, die das Architekturschaffen bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft hat.

Für die Bauleute und Architekten wurde die Vorbereitung des IX. Parteitages darüber hinaus durch zwei bedeutende Konferenzen bestimmt, die 6. Baukonferenz und den 7. Bundeskongreß des BdA der DDR. Die 6. Baukonferenz legte im Ergebnis einer umfassenden Aussprache der Bauschaffenden mit der Partei- und Staatsführung die Aufgaben zur Entwicklung des Bauwesens für den Zeitraum bis 1980 fest. Die Konferenz schuf damit die Grundlage für den eindrucksvollen Kongreß der Städtebauer und Architekten, die, von einer solchen Bestimmung ihres gesellschaftlichen Auftrages ausgehend, Ziel und Weg ihres Schaffens absteckten und Vorschläge unterbreiteten, wie sie noch besser beitragen können zur Intensivierung der Volkswirtschaft und zur Erfüllung des großen sozialpolitischen Programms unserer Partei.

In der Grußadresse des ZK der SED an den 7. Bundeskongreß des BdA der DDR fand die erfolgreiche, schöpferische Arbeit der Architekten hohe Anerkennung, wurde ihre bedeutende Rolle bei der weiteren Verwirklichung unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik unterstrichen.

Auch auf diesem Gebiet wird der IX. Parteitag „mit dem Blick auf die kommunistische Zukunft eine entscheidende Wegstrecke ... in unserem Land abstecken, die wir an der Seite der Sowjetunion, in der Gemeinschaft aller sozialistischen Bruderländer in Angriff nehmen". (3)

Es vertieft unsere brüderliche Verbundenheit mit den Bauschaffenden der UdSSR, wenn wir wissen, daß der 6. Kongreß der sowjetischen Architekten fast übereinstimmende Probleme zur Diskussion stellte und prinzipiell auf gleiche Ziele und Lösungswege für die weitere Entwicklung des Städtebaus und der Architektur in der UdSSR orientierte.

Der 7. Bundeskongreß machte das gewachsene Bewußtsein und fachliche Können der Architekten und Städtebauer der DDR deutlich. Seine Beratungsergebnisse widerspiegeln aber ebenso die gewachsenen hohen Anforderungen und Erwartungen an das volkswirtschaftliche Verantwortungsbewußtsein und fachliche Können der Architekten und Städtebauer in Planung und Projektierung und an ihre Fähigkeit, das industrielle Bauen mit künstlerischer Meisterschaft zu beherrschen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bei der Intensivierung der Produktion durchzusetzen. Die wichtigste politisch-ideologische Aufgabe, vor der wir stehen, ist deshalb die weitere Festigung des marxistisch-leninistischen Bewußtseins und die Entfaltung aller schöpferischen Potenzen der Architekten und Städtebauer in ihrem Kampf um eine hohe Qualität der sozialistischen Architektur. Die Entwicklung von Städtebau und Architektur unter sozialistischen Bedingungen ist ein bewußt dem Fortschritt dienender, in die planmäßige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Gesellschaft eingeordneter Prozeß, der staatlich geleitet wird.

Dazu möchte ich im folgenden aus der Sicht der Weiterbildung leitender Architekten und Städtebauer in den staatlichen Organen (Bezirks-, Stadt- und Kreisarchitekten) und in den Projektierungsbetrieben der Baukombinate, speziell der Wohn- und Gesellschaftsbaukombinate, Komplexarchitekten, erzeugnisverantwortliche Architekten und Chefarchitekten einige Gedanken äußern. Dabei geht es um Leitungsprobleme in Städtebau und Architektur, die in Auswertung sowohl der Baukonferenz wie des Bundeskongresses große Aktualität in der Praxis besitzen. Ihre effektive Lösung verlangt unsere volle Aufmerksamkeit und stellt einen wertvollen Beitrag zur Vorbereitung des IX. Parteitages dar. Wie die Weiterbildung der Leiter insgesamt neue schöpferische Potenzen erschließen hilft, so ist die Verbesserung der Leitung und Planung auch im Bereich des Städtebaus und der Architektur ein wichtiger Faktor zur weiteren Intensivierung der Volkswirtschaft und zur Erzielung einer hohen Qualität der sozialistischen Architektur.

Nach dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der DDR „haben die Räte der Bezirke die Grundlinie zur städtebaulich-architektonischen Entwicklung auszuarbeiten und durchzusetzen", sind „die Volksvertretung und der Rat des Kreises für die städtebaulich-architektonische Entwicklung der Städte und Gemeinden ihres Territoriums verantwortlich", ... beschließt die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Rates der Stadt „die langfristige Konzeption zur Entwicklung der Stadt einschließlich des Generalbebauungsplanes". (4)

Eines der wichtigsten Instrumente zur Leitung und Planung der Entwicklung einer Stadt stellt der Generalbebauungsplan dar. Nach den 40jährigen Erfahrungen der Sowjetunion und entgegen der bei uns noch anzutreffenden ressortmäßigen Praxis sehe ich die Notwendigkeit, in die Ergebnisse der Generalbebauungsplanung diejenigen der Verkehrsplanung (Generalverkehrsplan) und der Planung der technischen Versorgung einzuordnen, wobei ich davon ausgehe, daß der Rat eine geschlossene, komplette und komplexe Entscheidungsgrundlage für seine staatliche Leitungstätigkeit braucht.

Zur Zeit liegen in der Republik für etwa 180 bis 190 von insgesamt 222 Städten mit über 10 000 Einwohnern Generalbebauungs- bzw. Flächennutzungspläne vor. Die Vorlaufsituation in der Generalbebauungsplanung, die Qualität und der Verbindlichkeitsgrad dieser Dokumente ist zwischen den Bezirken außerordentlich unterschiedlich. Während im Bezirk Erfurt bereits für alle Kreisstädte und etwa 60 Siedlungsschwerpunkte Generalbebauungs- bzw. Flächennutzungspläne vorliegen, gibt es andererseits Bezirke, in denen noch nicht einmal alle Kreisstädte über eine derartige Grundlage staatlicher Leitung und Planung im Territorium verfügen.

Das Hauptfeld der Arbeit an der Generalbebauungsplanung ist ein langfristiger Planungszeitraum, d. h. der etwa 15- bis 20-jährige Zeitraum nach dem Fünfjahrplan von 1976 bis 1980, dessen Direktive dem IX. Parteitag zur Beschlußfassung vorliegen wird. Von einer gründlichen Analyse des derzeitigen Zustandes und einer realen Einschätzung künftiger Mittel und Möglichkeiten ausgehend, zielt die Generalbebauungsplanung darauf ab, gute Wohn- und Lebensbedingungen für alle Werktätigen in der Stadt und ihrem Umland zu schaffen. Dabei besteht wohl das wichtigste Problem der Planung darin, Proportionalität zu schaffen zwischen den Funktionselementen der Stadt, zwischen den produktiven und infrastrukturellen Bereichen, zwischen den Reproduktionsformen der baulichen Substanz sowie den einmaligen und laufenden Aufwendungen und schließlich zwischen den die Komposition der Gesamtstadt bestimmenden Elementen. „Ständige, bewußt aufrecht erhaltene Proportionalität", schrieb Lenin, „würde tatsächlich Planmäßigkeit bedeuten, ...". (5)

Für die Arbeit am Generalbebauungsplan kommt es darauf an, ein zunehmendes Augenmerk der Ausarbeitung konzeptioneller Studien zur Rekonstruktion der in Altbaugebieten gelegenen Produktionsstätten zu widmen und die Ergebnisse dieser Studien auf das engste zu verknüpfen mit den Maßnahmen der territorialen Rationalisierung, insbesondere im Hinblick auf die zeitliche und räumliche Koordinierung der Investitionen.

Durch territoriale Rationalisierung wurden z. B. in der Stadt Magdeburg „1974 in 9 Monaten 53 Millionen M Investitionsmittel eingespart, 805 Arbeitskräfte freigesetzt und 721 Arbeitskräfte gewonnen.

Es konnten ... 16 640 TM finanzielle Fonds für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen durch die Betriebe bereitgestellt ... werden." (6)

Ziel der Generalbebauungsplanung ist es, die städtebauliche Entwicklung, d. h. die baulich-räumliche Struktur und Flächennut-

zung sowie die Standorte und gegenseitigen Kommunikationsbeziehungen der funktionellen Elemente des Arbeitens, des Wohnens, der Kultur, Versorgung und Erholung prognostisch mit dem Ziel zu konzipieren, eine hohe Funktionstüchtigkeit und Wirtschaftlichkeit der Stadt und optimale Bedingungen für die Entwicklung der sozialistischen Lebensweise ihrer Nutzer zu sichern. „Der Generalbebauungsplan ist dann brauchbare Ausgangsbasis für die weitere konzeptionelle Arbeit und die Investitionsvorbereitung, wenn er durch städtebauliche Studien zur Umgestaltung der Zentren und von Teilgebieten der Städte präzisiert wird und für die örtlichen Volksvertretungen, ihre Räte und deren Fachorgane praktikabel und anwendungsfähig aufbereitet ist." (7)

Deshalb kommt es darauf an, mit dem Generalbebauungsplan zugleich einen differenzierten Nachweis zu führen, wie und in welchen Etappen bis 1990 die Wohnungsfrage durch Neubau, Erweiterung, Ersatz und Modernisierung gelöst wird, und den Zusammenhang zu den weiteren Etappen des komplexen Wohnungsbaus nach 1990 herzustellen. Insbesondere gilt es, durch die Generalbebauungsplanung die bereits in den Jahren 1976 bis 1980 zunehmenden Maßnahmen der Modernisierung unserer Wohnungsbausubstanz vor allem aber die Umgestaltung von Altbaugebieten nach 1980 gründlich vorzubereiten. Das trifft besonders auch für die Kreisstädte zu.

Das Erfordernis, bei der Durchführung des Wohnungsbauprogramms alle Städte, die Siedlungs- und Bauschwerpunkte sind, in die Generalbebauungsplanung einzubeziehen, steht in engem Zusammenhang mit der gleichzeitigen Aufgabe, die insbesondere für die Nordbezirke gilt, im nächsten Planjahrfünft Entwicklungskonzeptionen für die ländlichen Siedlungszentren auszuarbeiten. Von einer solchen Zielstellung geht beispielsweise der Beschluß des Rates des Bezirkes Neubrandenburg vom Februar 1974 aus, wenn er die „Vorbereitung und Durchführung eines Wettbewerbs zur baulichen Gestaltung ländlicher Zentren im Bezirk" fordert.

Fast in allen Räten der Bezirke liegen Beschlüsse vor, die festlegen, für welche Städte bzw. Siedlungsschwerpunkte Generalbebauungspläne bzw. Entwicklungskonzeptionen auszuarbeiten sind. Ihre Wirksamkeit wird erhöht bei gleichzeitiger Bestimmung der Termine, der Reihenfolge und des Umfangs der erforderlichen Dokumentation.

Die Ausarbeitung des Generalbebauungsplanes als eines wichtigen Leitungsinstruments des örtlichen Rates hat grundsätzlich unter Verantwortung des Stadtarchitekten zu erfolgen, und zwar auch dann, wenn mit seiner Ausarbeitung das Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes beauftragt wird. So obliegt es auch dem Stadtarchitekten, für eine Beschlußfassung im örtlichen Rat Sorge zu tragen und Vorschläge für verbindliche Festlegungen dem Rat bzw. der Volksvertretung zu unterbreiten.

Außerordentlich bewährt haben sich die seit 1973 durchgeführte Begutachtung von Generalbebauungsplänen für 10 ausgewählte Städte und die Konsultation für weitere 10 Städte der Republik durch das Ministerium für Bauwesen. Die Verbindlichkeit und Qualität dieser Dokumente nahmen mit einer derartigen Begutachtung außerordentlich zu. Deswegen erscheint es überlegenswert, für diejenigen weiteren Städte, die nicht einer Begutachtung an zentraler Stelle unterliegen, Begutachtergruppen bei den Räten der Bezirke zu bilden – wie es im Bezirk Erfurt konzipiert ist –, um die Verbindlichkeit und das wissenschaftliche Niveau der Generalbebauungsplanung zu erhöhen.

Die Ziele der Generalbebauungsplanung finden ihre Präzisierung in den Bebauungskonzeptionen für Neubau und Umgestaltungsgebiete als Bestandteile der Investitionsvorbereitung.

Für die komplexen Bauaufgaben von 1976 bis 1980 liegen die Bebauungskonzeptionen für die überwiegende Mehrzahl aller Standorte vor. Vom III. Quartal 1971 bis Ende 1975 wurden im Ministerium für Bauwesen 150 Bebauungskonzeptionen für Standorte mit über 1000 Wohnungseinheiten begutachtet. Damit wurden rund 50 Prozent des Wohnungsbaus von 1976 bis 1980 erfaßt. Bei der Entwicklung der Bebauungsplanung sind seit dem VIII. Parteitag ganz wesentliche Fortschritte besonders in der Vergrößerung des Planungsvorlaufes sowie in der städtebaulichen, räumlich differenzierten Gestaltung und der Einhaltung der staatlichen Normative erreicht worden.

Hervorragende Beispiele wie die Bebauungskonzeption Erfurt-Roter Berg, Rostock-Schmarl, Rostock-Groß Klein, die Baugebiete Frankfurt (O.)-Halbe Stadt und Nord oder die Wettbewerbsergebnisse zur Bebauung neuer Wohngebiete in Berlin, Leipzig, Erfurt, Stralsund zeugen von dem erfolgreichen Bemühen um räumliche Vielfalt und eine typische, einmalige städtebauliche Komposition mit den Mitteln des industriellen Bauens.

Besonders hohe Ansprüche an die Qualität städtebaulicher Lösungen stellt das Prinzip der Ensemblebebauung, das der Architekturkongreß der Sowjetunion nachdrücklich unterstrich. Er verlangt vor allem in dreierlei Richtung wachsende Meisterschaft:

- Erstens eine vollkommene Lösung des Widerspruchs zwischen Alt und Neu. Während im Zeitraum von 1976 bis 1980 vor allem große komplexe Wohnungsbauvorhaben außerhalb des kompakten Stadtkörpers realisiert werden, rückt in dem darauf folgenden Planjahrfünft immer mehr die Umgestaltung innerstädtischer Altbaugebiete in den Vordergrund. Eine harmonierende Einheit, eine überzeugende Wechselwirkung in der Gestaltung dieser Stadtensembles zwischen alt und neu zu erreichen, wird damit zu einem erstrangigen Problem, da wir es hier mit komplexen Bauaufgaben zu tun haben, die auf relativ kleiner Fläche Wohn- und gesellschaftliche Gebäude, Neubauten und Altbauten, zu modernisierende Bausubstanz und kulturell wertvolle Denkmale der Architektur und des Städtebaus vereinen.

- Zweitens eine liebenswertere Gestaltung des Interieurs unserer Wohngebiete, der Freiflächen, ihre Ausstattung mit Kleinarchitektur und Werken der bildenden Kunst, die Gestaltung der Erdgeschoßzone der Wohngebäude, ihrer Architekturdetails.

  Dieses Problem, obwohl es den unmittelbaren Erlebnisbereich, die unmittelbare Wahrnehmungszone des Menschen betrifft, wird in der Praxis nur zu häufig unterschätzt. Es zu lösen, verlangt Ideenreichtum und Organisationstalent, angefangen von der Planung, Projektierung und der Zusammenstellung eines katalogisierten Angebots im Bezirk bis zur praktischen Realisierung auf den Baustellen.

- Drittens die Einmaligkeit der Zentrumslösung in den Wohngebieten. Hervorragende Beispiele dafür bilden u. a. die Wohngebietszentren Erfurt-Riethstraße, Karl-Marx-Stadt, Beimlerstraße, oder Hermsdorf, Bezirk Gera, und als Wettbewerbsergebnis das Wohngebietszentrum Berlin, Leninallee/Weißenseer Weg.

Doch sind diese Ensembles traditionell errichtet bzw. projektiert und stellen zeit- und kostenaufwendige Lösungen dar. Ziel der Entwicklung der gesellschaftlichen Bauten für die Wohngebietszentren muß es sein, zunächst durch variable Kombination einzelner Bauten und später auch durch integrierbare Elemente zu vielfältigen, individuellen Lösungen zu gelangen. Darauf muß die wissenschaftlich-technische Politik im Gesellschaftsbau, einschließlich der Entwicklung der SKBS 75, auf lange Sicht gerichtet sein. Gerade auf diesem Gebiet der Gestaltung des Herzstücks eines Ensembles darf es zu keiner Verarmung architektonischen Gestaltungsvermögens führen. Die Lösung dieses Problems stellt eine lohnenswerte Aufgabe für die mit der studentischen Ausbildung eng verknüpfte Forschungsarbeit der Hochschulen in Kooperation mit dem Betonleichtbaukombinat und dem Institut für Wohn- und Gesellschaftsbau der Bauakademie dar.

Mit der Ausarbeitung der Bebauungskonzeptionen sind die Büros für Städtebau der Räte der Bezirke oder Stadtplanungsbüros großer Städte beauftragt, wobei der Stadtarchitekt für die Auftragserteilung und rechtzeitige Einleitung des Begutachtungsverfahrens durch das Ministerium für Bauwesen bzw. die bezirkliche Begutachtergruppe verantwortlich ist.

Gerade in dieser Phase der städtebaulichen Planung ist die Beratung mit den Bürgern besonders wichtig. Hier fließen ihre eigenen Erfahrungen sowie die bei der Analyse gebauter Wohnensembles durch Experten gewonnenen Erkenntnisse ein.

Der Stadtarchitekt ist deshalb gut beraten, wenn er nach dem Beispiel von Magdeburg, Leipzig, Berlin, Dresden oder Rostock eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit über die Presse, über Ausstellungen u. ä. organisiert und Sorge dafür trägt, daß zu den Bebauungskonzeptionen nach der ersten Diskussion im Rat eingehende Aussprachen in Einwohnerversammlungen mit Volksvertretern, ständigen Kommissionen und gesellschaftlichen Organisationen stattfinden. Darauf aufbauend sichert er eine allseitige abgestimmte Beschlußvorlage für den örtlichen Rat zur Realisierung des geplanten Wohngebietes und kontrolliert gemeinsam mit dem Komplexarchitekten des WBK auf der Grundlage des Ratsbeschlusses die Einhaltung der städtebaulich-architektonischen Qualität.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Architektur ist im Bereich des Wohn- und Gesellschaftsbaus die Arbeit der bezirklichen Baukombinate.

Unter den Bedingungen des industriellen Massenwohnungsbaus bestimmen ihre Erzeugnisangebote die Palette der städtebaulich-architektonischen Gestaltungsmittel, entscheiden ihre Erzeugnisse zugleich über die architektonische Qualität des einzelnen Bauwerkes und damit über eine wesentliche Seite der Produktionseffektivität. In diesem Zusammenhang betonte Genosse Erich Honecker: „Wer die Qualität der Erzeugnisse vernachlässigt, nimmt gewissermaßen bei der Gesellschaft einen Kredit auf, der nicht gedeckt ist und den er auch nicht zurückzahlen kann." (8)

Das Niveaugefälle zwischen den Bezirken ist in dieser Hinsicht noch außerordentlich groß, obwohl keineswegs behauptet werden kann, daß dies etwa durch unter-

schiedliche ästhetische Ansprüche oder soziale Wohnbedürfnisse der Bevölkerung begründet sei. Während die Bezirke Rostock, Cottbus, Erfurt und Dresden eine große Sortimentsbreite im Erzeugnisangebot aufweisen, steht das beschränkte Sortiment der Bezirke Karl-Marx-Stadt, Halle, Gera und Neubrandenburg – teilweise bedingt durch die Einlaufphase der WBS 70 mit verständlicherweise kleinem Einführungssortiment – noch nicht im Einklang mit den städtebaulichen Anforderungen an unsere neuen Wohngebiete.

Die WBS 70 in ihrer konzipierten Vielfalt bzw. die projektierten 34 Teilerzeugnisse der Kooperationsgemeinschaft WBS 70 der DDR sind noch nicht identisch mit dem Erzeugnisangebot der WBK, das für die nächsten Jahre in den einzelnen Bezirken die Architektur der Wohnbebauung bestimmt. Nicht zuletzt deshalb hat Genosse Minister Junker im Schlußwort des 7. Bundeskongresses als eine der vordringlichsten Aufgaben die Durchsetzung einer einheitlich wissenschaftlich-technischen Politik betont.

Zur Zeit liegen zwar technisch-ökonomische Konzeptionen zur Erzeugnisentwicklung als Bestandteil der Intensivierungskonzeptionen für 1976 bis 1980 in fast allen Bezirken vor; doch im Zuge der vorgesehenen Präzisierung dieser Konzeptionen erscheint es dringend geboten, die noch vorhandenen Widersprüche zwischen den städtebaulich-architektonischen Anforderungen an die Erzeugnisentwicklung und dem vorhandenen Angebot konsequenter und planmäßiger zu lösen.

Über die bereits genannte Arbeit an der Erzeugnisentwicklung im Bereich des Gesellschaftsbaus hinaus verdienen zwei Probleme die besondere Aufmerksamkeit der Chefarchitekten der WBK:

1. Die Sicherung der planmäßigen Einführung der WBS 70 und Entscheidung über die Weiterführung der durchschnittlich pro Bezirk laufenden 4 Wohnungsbauserien in Abhängigkeit von der Leistungsentwicklung und den Standorten der Plattenwerke sowie dem Umfang und den Standorten des komplexen Wohnungsbaus der kommenden zwei Jahrzehnte. Die Standortbedingungen des komplexen Wohnungsbaus nach 1980 zur Umgestaltung innerstädtischer Altbaugebiete verdienen dabei ganz besondere Beachtung. Insgesamt wird für die Jahre 1976 bis 1980 mit einem Anteil der WBS 70 am industriellen Wohnungsbau der Republik von rund 150 000 Wohnungseinheiten gerechnet. Einen Schwerpunkt stellt die Bestimmung der Einlaufkurve der WBS 70 dar, die im bezirklichen Bauwesen konkret zu planen ist. Dazu müssen diejenigen Gebäudeteilsortimente festgelegt werden, die schrittweise und planmäßig aus den vorliegenden Projektunterlagen der Kooperationsgemeinschaft in das Angebot der WBK aufgenommen werden, um den aus der langfristigen Konzeption der Wohnungsbaustandorte für die Neubaukomplexe erwachsenden städtebaulichen Anforderungen entsprechen zu können.

Es kann nicht als eine befriedigende Lösung angesehen werden, wenn eingeschränkte Einführungssortimente der WBS 70, wie z. B. in Gera-Lusan oder in Karl-Marx-Stadt, Wohngebiet Fritz Heckert, über einen längeren Zeitraum das Bild der Wohnbebauung prägen. Bei der Bestimmung des Auswahlsortiments können wir andererseits nicht nach dem Motto „so viel als möglich" verfahren – denn das kann kein WBK –, sondern müssen, von zeitlichen und standortgebundenen Prämissen ausgehend, das notwendige Mindestmaß sichern, um ein typisches, einmaliges, interessantes Erscheinungsbild des Massenwohnungsbaus in den neuen Wohngebieten zu erreichen. In diesem Sinne ist auch die Forderung des bekannten sowjetischen Architekten Rubanenko zu verstehen, wenn er auf dem Architektenkongreß der Sowjetunion für jede größere Stadt eigene Typenprojekte forderte.

2. Die Komplexität des Erzeugnisangebotes. Es darf nicht bei einem bloßen Gebäudeteilangebot stehenbleiben. Die Verantwortung des WBK als GAN umfaßt den Bau von großen, komplett ausgestatteten Wohngebieten. Dazu ist ein vielfältiges Sortiment von Gestaltungsmitteln erforderlich für verschiedenartige Fassaden-, Brüstungs- und Hauseingangselemente, für die Gestaltung der Freiflächen mit Sitzbänken, Spielgeräten für die Kinder oder Pergolen, für Strukturmauern zur räumlichen Begrenzung oder zum Verkleiden von Müllsammelstellen, für Spielplätze und Wegeplatten, für dekorative Blumenschalen oder Papierkörbe und vieles andere mehr einschließlich der Plastiken bildender Künstler. Die Überlegungen müssen bis zur Gestaltung von Trafohäuschen reichen, deren ausdruckslosem Antlitz wir noch inmitten vieler neuer Wohngebiete begegnen.

Hier ist eine wirklich neue Qualität erforderlich, wie sie Genosse Erich Honecker im Schlußwort der 6. Baukonferenz forderte: „Die Menschen sollen sich in ihrer Wohnung und im ganzen Wohngebiet wohl fühlen. Dem dient die abwechslungsreichere Gestaltung des Typenbaus, aber auch noch mehr Findigkeit und Ideenreichtum bei sogenannten ‚kleinen Lösungen'. Die Möglichkeiten auf diesem Gebiet sind sehr vielfältig." (8)

Mit welch breiter Palette architektonischer Gestaltungsmittel ein solches Angebot ausgestattet werden kann, stellte die Studentengruppe des BdA der HAB Weimar Mitte Dezember im Ergebnis eines Entwurfsseminars unter Beweis, das sie gemeinsam mit Studenten der Hochschule Giebichenstein durchführte. Gute Praxisbeispiele gibt es in dieser Hinsicht u. a. in der Hauptstadt Berlin sowie in den Bezirken Rostock, Erfurt und Neubrandenburg. Doch die Praxis unseres Baugeschehens beweist, daß gerade diese „kleinen Lösungen" viel Schwierigkeiten bereiten und besonderer Zielstrebigkeit in der konzeptionellen Arbeit, in der Leitung und Planung durch die Bezirksarchitekten und die erzeugnisverantwortlichen Chefarchitekten der WBK verlangen, ebenso wie großes Durchsetzungsvermögen bei der materiell-technischen Sicherung solcher Angebote über die Kooperationspartner der Kombinate.

Die Entscheidung über das komplexe Erzeugnisangebot des WBK als Generalauftragnehmer und die städtebaulich-architektonische Qualität dieses Angebots obliegt dem Rat des Bezirkes.

Die Erfahrungen der Besten nutzend, sollten solche Entscheidungen, wie es in den Bezirken Dresden und Frankfurt bereits praktiziert wird, dem Rat unter Leitung des Bezirksarchitekten in Zusammenarbeit mit den Erzeugnisverantwortlichen und Chefarchitekten des WBK vorbereitet werden.

In den Projektierungsbetrieben der WBK erscheint in diesem Zusammenhang neben dem Einsatz von Komplexarchitekten, deren Tätigkeit an die Vorbereitung und Durchführung geschlossener großer Wohnbaustandorte gebunden ist, der zielgerichtete Einsatz von erzeugnisverantwortlichen Architekten für die Entwicklung profilbestimmender Erzeugnisse notwendig, um mit dem komplexen Erzeugnisangebot des WBK eine hohe städtebaulich-architektonische Qualität der Wohngebiete zu ermöglichen.

Ob bei der Vorbereitung der Erzeugnisangebote des WBK, bei der Bebauungs- oder Generalbebauungsplanung, in allen drei Fällen kommt es darauf an, den örtlichen Räten und Volksvertretungen wissenschaftlich begründete Entscheidungen durch die dafür verantwortlichen leitenden Architekten vorzubereiten und mit dieser Arbeit zum einen den Vorbereitungsverlauf für eine kontinuierliche, effektive Bauproduktion zu vergrößern und zum anderen mit diesen Entscheidungen Garantien für eine höhere Qualität des Städtebaus und der Architektur zu schaffen.

Der Schlüssel, um dieses Ziel zu erreichen – das lehrte die 6. Baukonferenz wie der 7. Bundeskongreß –, liegt in der Vertiefung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Erst die Zusammenarbeit der Projektanten mit den Bauarbeitern, die Beratung mit Fachexperten, Künstlern und den Bürgern erschließt in der langfristigen Vorbereitung des komplexen Wohnungsbaus alle Potenzen, um technisch-ökonomisch rationellste Lösungen mit hoher sozialer und künstlerisch-ästhetischer Effektivität zu erreichen. Ausschlaggebend dafür sind die Fähigkeiten der Architekten, die kollektive schöpferische Arbeit mit Ideenreichtum und hohem politischem Verantwortungsbewußtsein zu leiten.

Der reiche Erfahrungsschatz der sowjetischen Städtebauer und Architekten ist uns dabei eine unschätzbare Hilfe, wobei wir uns dessen bewußt sind, daß die große Autorität, gesellschaftliche Achtung und Anerkennung leitender Architekten in der UdSSR ebenso wie in den Planungs- und Projektierungseinrichtungen der DDR nur das Ergebnis hoher Leistungen für das Wohl der Werktätigen, Ergebnis ständigen Kampfes um den sozialen Fortschritt und eine höhere Qualität der sozialistischen Architektur ist.

Literatur

(1) Entwurf, Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, „Neues Deutschland" vom 14. 1. 1976, S. 3

(2) Entwurf, Direktive des IX. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976 bis 1980, „Neues Deutschland" vom 15. 1. 1976

(3) Honecker, E., Grußadresse des ZK der SED zum 7. Kongreß des BdA/DDR, „Neues Deutschland" vom 13. 11. 1975, S. 1

(4) Autorenkollektiv, Kommentar zum Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der DDR vom 12. Juli 1973, Staatsverlag der DDR, Berlin 1975, S. 123, 180 und 211

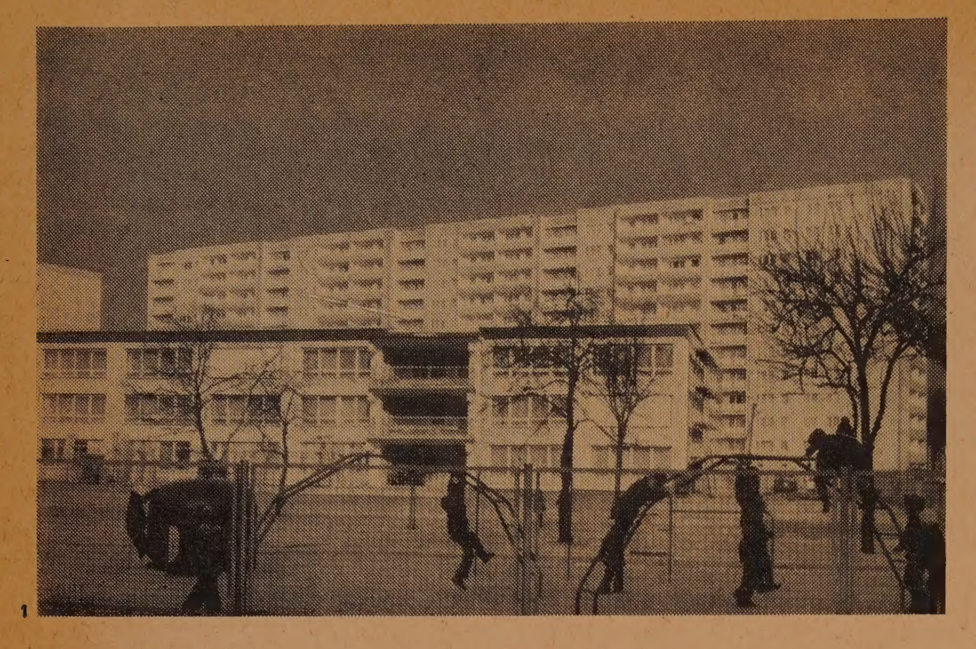
(5) Lenin, W. I., Werke, Bd. 3, Dietz Verlag, Berlin 1968, S. 640

(6) Alpen/Hoyk, Die sozialistische Rationalisierung in den Territorien und ihre staatliche Leitung und Planung, Staat und Recht, Heft 8 (1975), S. 1142

(7) Gothe/Roth, Tempo und Qualität im komplexen Wohnungsbau. Der sozialistische Staat, Theorie – Leitung – Planung, Staatsverlag der DDR, Berlin 1975, S. 21

(8) 6. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrates der DDR. Schlußwort und Referat. Staatsverlag der DDR, Berlin, S. 18 und 12

Große Bauaufgaben für die Entwicklung der Hauptstadt der DDR



1
11geschossiger Wohnblock der WBS 70

2
Rekonstruiertes Bürgerhaus in der Scharrenstraße

3
Mehrzweckgebäude in einem neuen Wohngebiet

4
Modernisiertes Altbaugebiet in Berlin







Städtebauer und Architekten werden ebenso wie alle Bauschaffenden unserer Hauptstadt alle Hände voll zu tun haben, um die großen Bauaufgaben der nächsten Jahre erfolgreich zu lösen.

Im Entwurf der Direktive des IX. Parteitages der SED für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren von 1976 bis 1980 wird betont, daß die weitere Entwicklung der Hauptstadt der DDR, Berlin, als politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum unserer Republik von besonderer Bedeutung ist.

Dieser Bedeutung entsprechend, die die Entwicklung der Hauptstadt im Rahmen der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik einnimmt, sind in den kommenden Jahren umfangreiche Bauaufgaben in Berlin vorgesehen. Dabei steht die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms im Mittelpunkt aller städtebaulichen Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die Hauptstadt als Ganzes komplex und weitsichtig zum Wohle der Menschen zu gestalten.

Für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger ist deshalb im Entwurf der Direktive vorgesehen, in Berlin bis 1980 55 000 bis 57 000 neue Wohnungen zu bauen und weitere 20 000 Wohnungen durch Modernisierung, Um- und Ausbau von Altbausubstanz zu schaffen.

Dabei wird eine Reihe neuer Wohngebiete, vor allem im Nordosten und Norden Berlins, unter anderem Wohnkomplexe an der Leninallee und am Weißenseer Weg, an der Greifswalder Straße, an der Leipziger Straße, am Tierpark und in Berlin-Buch, neu entstehen bzw. fertiggestellt.

Das größte Bauvorhaben des komplexen Wohnungsbaus in der Hauptstadt wird mit dem Aufbau eines neuen Stadtteils (9. Stadtbezirk), in dem künftig rund 100 000 Menschen wohnen werden, in Angriff genommen. Obwohl dabei zunächst umfangreiche Arbeiten zur Primär- und Sekundärerschließung erforderlich sind, sol-

Autoren

Zu Abb. 1: Autorenkollektiv unter Leitung von Dr.-Ing. Lehmann, WBK Berlin

Zu Abb. 2: Dipl.-Arch. Ursula Dobbrick, Stadtbezirksarchitekt und Architekt Pöschk, VEB Baureparaturen Mitte

Zu Abb. 3: Autorenkollektiv unter Leitung von Dipl.-Arch. Kalusche, IHB Berlin

Zu Abb. 5: Architektenkollektiv unter Leitung von Architekt Graffunder, IHB Berlin

Zu Abb. 6: Städtebaulicher Entwurf: Dipl.-Ing. Korn, Dipl.-Ing. Karin Maass, Dipl.-Ing. Marianne Battke, Büro für Städtebau, in Zusammenarbeit mit dem Komplexprojektanten Architekt Köhler, WBK Berlin

Zu Abb. 7: Autorenkollektiv des Büros für Städtebau Berlin unter Mitwirkung der Bauakademie der DDR, des WBK Berlin, des IHB Berlin sowie des Amtes für Tiefbauplanung. Gesamtleitung: Dipl.-Ing. Korn, Chefarchitekt der Hauptstadt

Zu Abb. 8: Städtebaulicher Entwurf: Autorenkollektiv beim WBK Berlin unter Leitung von Architekt Graffunder unter Mitarbeit von Dipl.-Arch. Neuer, Büro für Städtebau, und des Komplexprojektanten Architekt Köhler, WBK Berlin

Zu Abb. 9: Autorenkollektiv unter Leitung von Dr.-Ing. Stahn, IHB Berlin

Zu Abb. 10: Städtebaulicher Entwurf: Büro für Städtebau, Dipl.-Ing. Korn, Dipl.-Arch. Steller in Zusammenarbeit mit dem Komplexprojektanten Dipl.-Arch. Edith Diehl, WBK Berlin

Zu Abb. 11: Autorenkollektiv unter Leitung von Dipl.-Ing. Eisentraut, IHB Berlin



5

5
Blick vom Fußgängerbereich am Berliner Fernsehturm auf den Palast der Republik, der in diesem Frühjahr seine Pforten öffnen wird

6
Modell des künftigen Wohnkomplexes Hohenschönhausen, der an der Landsberger Chaussee im Nordosten Berlins entstehen wird

len hier bereits bis 1980 20 000 Wohnungen gebaut werden.

Gleichzeitig – und das ist ja für eine niveauvolle Betreuung und Versorgung der Bewohner sehr wichtig – werden dort umfangreiche Gemeinschaftseinrichtungen, vor allem Schulen, Kindereinrichtungen, Spielplätze, Einrichtungen des Handels und des Gesundheitswesens sowie ein Kulturhaus entstehen.

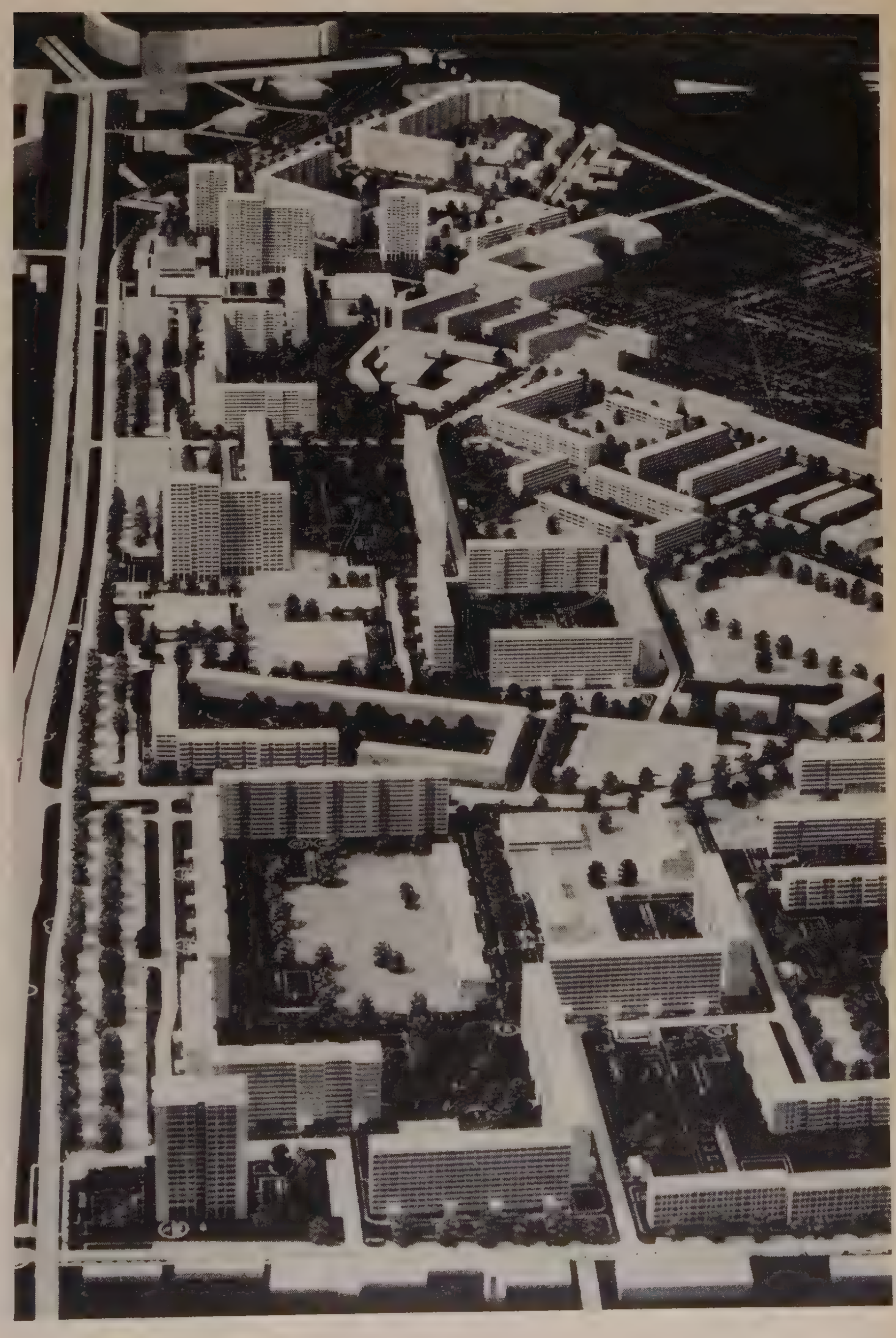
So wie es der komplexe Charakter des Wohnungsbauprogramms der DDR vorsieht, wird auch die Modernisierung von alten Wohngebieten, vor allem von traditionellen Arbeiterwohngebieten, in den Stadtbezirken Berlins in verstärktem Umfang fortgesetzt. Vor allem in den bestehenden Wohngebieten wird auch das Netz des Einzelhandels durch den Bau neuer Kaufhallen modernisiert.

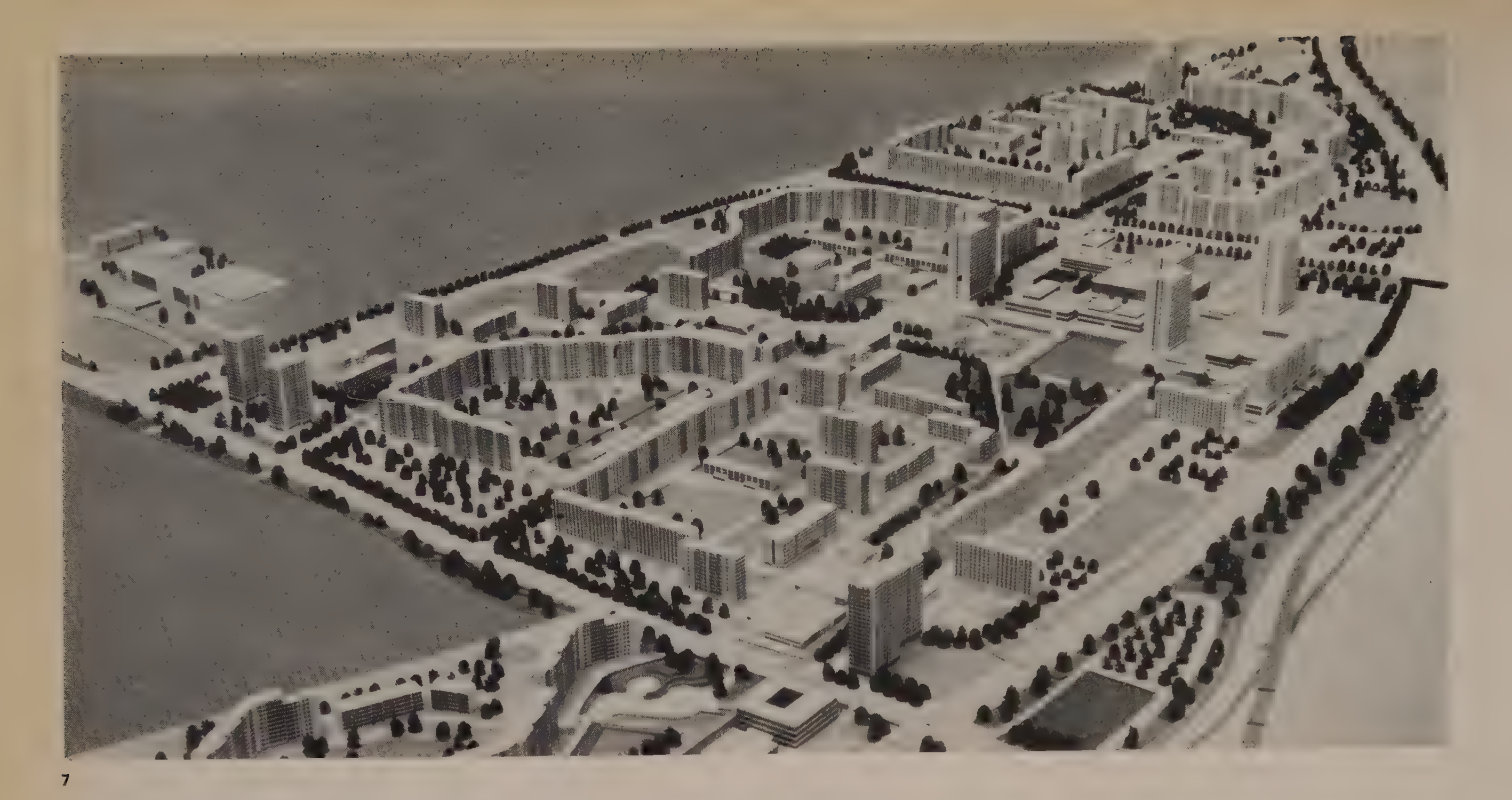
Überhaupt wird ein wesentliches Merkmal der höheren Qualität sowohl der neuen wie auch der vorhandenen Wohngebiete eine vollkommenere Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen sein. So wird das neue Wohngebiete Leninallee/Weißenseer Weg, in dem jetzt schon über 30 000 Menschen wohnen und das bald 50 000 Einwohner haben wird, zu den vorhandenen Gemeinschaftseinrichtungen ein Warenhaus, Spezialgeschäfte, gastronomische Einrichtungen, eine Poliklinik und ein kulturelles Zentrum erhalten.

Viel wird für die Kinder und die Jugend gebaut, darunter 1600 bis 1650 Unterrichtsräume in Schulen, 60 bis 70 Turnhallen, 4000 bis 4500 Plätze in Kinderkrippen, 8000 bis 9000 Plätze in Kindergärten und eine Körperbehindertenschule. In der Wuhlheide wird ein zentrales Haus der Jungen Pioniere errichtet.

Aber auch das Bauen für ältere und pflegebedürftige Bürger wird erweitert. Für sie werden weitere 5600 Feierabend- und Pflegeheimplätze entstehen. Mit dem bis 1980 geplanten Bau von 10 Volksschwimmhallen

6





7

7
Modell eines Teils des 9. Stadtbezirkes der Hauptstadt, in dem künftig 100 000 Bürger ein neues Heim finden werden

8
Modell des Wohngebietes Leninallee/Weißenseer Weg, dessen Zentrum in den kommenden Jahren mit weiteren Gemeinschaftseinrichtungen ausgestattet wird

8

werden auch die Möglichkeiten für den Freizeitsport in den Wohngebieten spürbar verbessert.

Sehr umfangreiche und bedeutende Bauvorhaben sind auch im zentralen Bereich der Hauptstadt vorgesehen. Nachdem mit der Fertigstellung des Palastes der Republik die Neugestaltung der zentralen Achse Berlins vom Brandenburger Tor bis zum Frankfurter Tor im wesentlichen abgeschlossen ist, werden sich in den kommen-Jahren neue Schwerpunkte der Umgestaltung und Rekonstruktion des Stadtzentrums herausbilden.

Dazu gehört der 1. Bauabschnitt des Neubaus und der Rekonstruktion der Charité, des Klinikums der Humboldt-Universität. Mit der baulichen Erneuerung und Erweiterung dieser traditionsreichen Stätte medizinischer Forschung und Lehre wird ein ganzer Bereich im nordwestlichen Teil des Stadtzentrums sein Gesicht verändern. Für die Humboldt-Universität ist ferner der Bau von Sektionsgebäuden für Gesellschaftswissenschaften, Physik und Elektronik vorgesehen.

Mit dem Wiederaufbau des ehemaligen Schauspielhauses — eines der bedeutendsten Werke von Schinkel — und des Deutschen Domes wird am Platz der Akademie ein historisch besonders wertvolles Architekturensemble des Berliner Stadtzentrums mit neuem Leben erfüllt werden.

Nicht zuletzt ist dabei die Neugestaltung der Friedrichstraße zu nennen, in der unter anderem mit dem Bau eines neuen Hotels begonnen wurde und die künftig ebenso wie andere Straßen im Stadtzentrum den Charakter eines attraktiven Fußgängerboulevards erhalten soll.

Die weitere Entwicklung Berlins ist natürlich ganz stark mit einem intensiven Ausbau seiner industriellen Basis, seiner Stadtwirtschaft und seines Verkehrs verbunden. Die Direktive hebt insbesondere die Weiterentwicklung der profilbestimmenden Betriebe der Elektrotechnik/Elektronik, des Schwermaschinen- und Anlagenbaus, des Werkzeugmaschinenbaus, der verarbeitenden Chemie, der Konfektions- und Möbelindustrie sowie der Lebensmittelindustrie hervor.

Dazu wird unter anderem das neue Industriegebiet Nordost weiter ausgebaut, das Heizkraftwerk Lichtenberg erweitert und das Kraftwerk Rummelsburg rekonstruiert. Für die Versorgung der Bevölkerung werden neue Produktionskapazitäten für Backwaren und Getränke geschaffen, und ein Lagerkomplex für den Konsumgüterhandel wird gebaut.

Der weitere Ausbau des innerstädtischen Verkehrsnetzes beginnt mit der Weiterführung der S-Bahn nach Marzahn-Nord (einer Strecke, die den 9. Stadtbezirk erschließen wird) und dem Ausbau eines Schnellstraßenbahnnetzes auf wichtigen Radialen, die die äußeren Stadtbezirke mit dem Stadtzentrum verbinden.

Alle diese Baumaßnahmen, die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger und die Anziehungskraft der Hauptstadt erhöhen werden, stellen an das Bauwesen außerordentlich hohe Anforderungen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. So sieht der Entwurf der Direktive vor, die Berliner Bauproduktion im Zeitraum von 1976 bis 1980 auf mindestens 138 bis 141 Prozent zu erhöhen.

Wie dies durch die Gemeinschaftsarbeit von Bauarbeitern, Ingenieuren und Wissenschaftlern auf dem Hauptweg der Intensivierung zu erreichen ist, dafür wurden bereits Ende vorigen Jahres auf einer Intensivierungskonferenz des Berliner Bauwesens wichtige Vorschläge erörtert. Darüber hinaus werden auch künftig Bauschaffende aus allen Teilen der Republik an der Gestaltung der Hauptstadt mitwirken.

Die beeindruckende Perspektive des Bauens in der Hauptstadt läßt aber zugleich die große Verantwortung der Architekten erkennen, die sie für die Lebensbedingungen und für das künftige Stadtbild Berlins tragen. Es geht nicht nur um eine Vielzahl an Bauten, sondern ebenso um eine Vielfalt in der Gestaltung, um lebendige, schöne Ensembles, um eine Architektur, die der Bedeutung Berlins als Hauptstadt unseres sozialistischen Staates gerecht wird. Zugleich gilt es aber, im Sinne einer komplexen Stadtentwicklung bereits mit der langfristigen städtebaulichen Planung die Voraussetzungen für eine noch weitere Perspektive, wie sie der Entwurf des neuen Programms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als Ziel setzt, zu schaffen.

Red.

(Über Leistungen und Aktivitäten der Berliner Architekten, neue Planungen und Projekte für die Hauptstadt informieren wir in den nächsten Heften. Red.)



9

9
Modell des Zentralen Hauses der Jungen Pioniere in der Berliner Wuhlheide

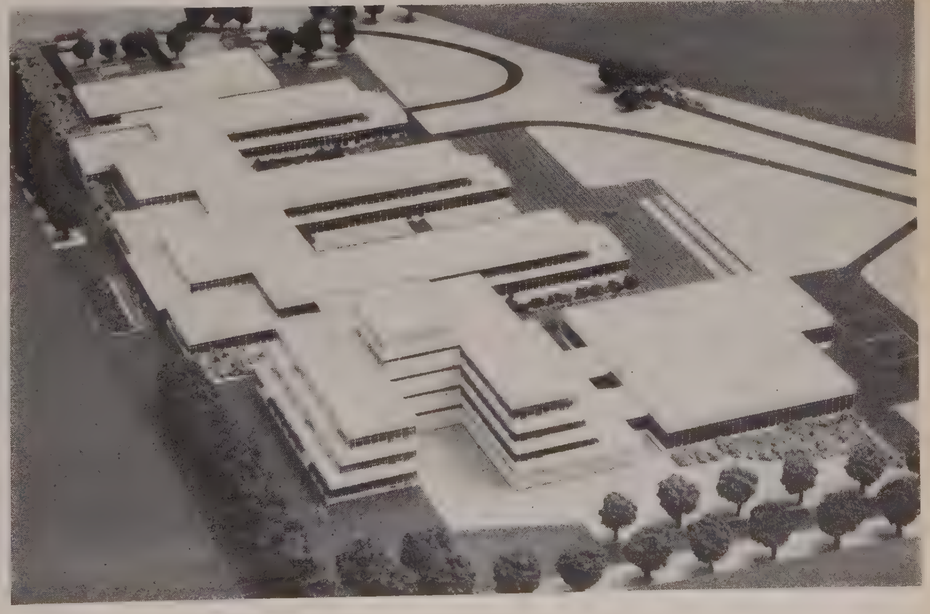
10
Modell des bereits im Bau befindlichen Wohnkomplexes am Berliner Tierpark

11
Modell der neuen Spezialschule für körperbehinderte Kinder



10

11





1

Generalplanung und Wohnungsbau in Frankfurt (Oder)

1
Die Wohnbebauung des Wohnkomplexes Hansaviertel auf der Anhöhe über dem Klingetal, das zum Park umgestaltet wird

2
Die konzentrierte Anordnung der Hochhausgruppe am Poetensteig hat die Aufgabe, das Stadtzentrum im Norden zu markieren und gleichzeitig die Verbindung der Grünräume zu gewährleisten.

3
Die bereits bezogene Hochhausgruppe am Poetensteig – der erste Bauabschnitt des Wohnkomplexes „Halbe Stadt"

Dipl.-Ing. Manfred Vogler,
Stadtarchitekt, Frankfurt (Oder)

Die mehr als 720 Jahre alte Stadt Frankfurt an der Oder hat in den Jahren ihrer sozialistischen Entwicklung einen bedeutenden Aufschwung genommen.

Am eindrucksvollsten zeigt sich das beim Wohnungsbau. Vom gegenwärtigen Bestand mit rund 26 000 Wohnungen ist mehr als die Hälfte (rund 14 000 WE) jünger als 20 Jahre.

In Frankfurt (Oder) werden nahezu alle Wohnungen in industrieller Bauweise auf komplex geplanten Standorten realisiert. Die neuen Wohngebiete sind mit allen erforderlichen Kindereinrichtungen ausgestattet, und 41 Prozent der Wohnungen haben heute bereits Fernheizanschluß.

Im Jahre 1975 hat die Stadt, die unmittelbar an der Grenze zur uns befreundeten Volksrepublik Polen liegt, eine Größe von 72 000 Einwohnern erreicht und damit in den letzten fünf Jahren rund 10 000 neue Bürger gewonnen. Dieses dynamische Wachstum der Bezirksstadt wird auch weiterhin anhalten. Es basiert auf den sicheren Perspektiven, die im Entwurf der Direktive des IX. Parteitages der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR von 1976 bis 1980 ihren Ausdruck finden.

Für den Zeitraum bis 1990 sind – mit dem Blick auf fernere Entwicklungsmöglichkeiten – Generalplanungen ausgearbeitet worden, die aufbauen auf einer Generalbebauungsplanung, welche ihre Wirksamkeit in den vergangenen zehn Jahren bereits bewiesen hat und nun entsprechend dem sozialpolitischen Ziel, insbesondere des Wohnungsbauprogramms der DDR, weitergeführt und vertieft wurde.

Die Kontinuität dieser Generalplanungen gründet sich auf die Kontinuität der gesellschaftspolitischen und ökonomischen Entwicklung in unserer sozialistischen Republik. Aber die Wirksamkeit der Generalplanungen in Frankfurt (Oder) ist auch begründet auf ihre demokratische Entstehung und Durchsetzung. Die Generalplanungen sind als Instrumente der Leitung und Planung in gemeinschaftlicher Arbeit des Rates der Stadt und seines Büros für Stadtplanung mit allen in Frankfurt (Oder) wirkenden gesellschaftlichen Kräften entstanden.

Dieser Arbeitsprozeß ist nicht abgeschlossen, sondern er wird gemäß den neu entstehenden Anforderungen und den wachsenden Bedürfnissen weitergeführt. Über die Stadtverordnetenversammlung wird dabei die Hauptform der demokratischen Mitwirkung der Bürger an den Planungen für ihre Stadt realisiert.

Zur Grundlinie der weiteren Ausbildung der Stadtstruktur

Die Stadt Frankfurt (Oder) entwickelte sich zum gesellschaftlichen, ökonomischen und geistig-kulturellen Zentrum des gesamten Oderbezirkes, und ihre Rolle als ein Zentrum der Arbeiterklasse wurde besonders in den letzten Jahren gefestigt. Damit hat sich für die Stadt ein eigenes, typisches Profil herausgebildet, woraus sich ihre Stellung im Rahmen des Siedlungsnetzes in der DDR ergibt. Im Zeitraum bis 1990 sollen dieses Profil und die Rolle der Stadt als Zentrum des gesellschaftlichen Lebens weiter ausgestaltet werden. Das wird vornehmlich durch den Aufbau von Industriebetrieben, aber auch durch die Schaffung von Ausbildungsstätten erfolgen.

Durch diese Zielstellung, die Stadt immer besser den Erfordernissen eines politisch-kulturellen Zentrums entsprechend auszubauen, wird auch die besondere Betonung des Stadtzentrums bestimmt. Das muß sowohl durch die allseitige Erhöhung der Attraktivität des Stadtzentrums selbst als auch durch eine betont auf die Wirksamkeit des Stadtzentrums gerichtete Ausbildung des Stadtkörpers als Ganzes, einschließlich seiner einzelnen Teile erreicht werden.

Die Generalbebauungs- und Generalverkehrsplanung Frankfurt (Oder) – Stand 1975 – wurde im Rat der Stadt unter Leitung des Oberbürgermeisters ausgearbeitet.

In enger Beziehung zur Stadtplankommission unter Leitung ihres Vorsitzenden,

Dipl.-Ök. Karl-Heinz Synder,

erfolgte die Bearbeitung im
Büro für Stadtplanung Frankfurt (Oder)

Leitung:

Stadtarchitekt Dipl.-Ing. Manfred Vogler

Objektverantwortlicher Generalbebauungsplanung:

Dipl.-Ing. Bernd Beringschmidt

Objektverantwortlicher Generalverkehrsplanung und stadttechnische Planung:

Dipl.-Ing. Dietz Kohlhoff

Mitarbeit:

Stadttechnik:

Dipl.-Ing. Bernd Kunkel
Ingenieur Christiane Jänike

Verkehrsplanung:

Dipl.-Ing. Werner Schneider
Dipl.-Ing. Sigrun Andrä

Freiflächengestaltung:

Stadtgartendirektor Dipl.-Ing. Rainer Zeletzki

Stadtplanung:

Dipl.-Ing. Matthias Rambow
Dipl.-Ing. Rudi Zarn

Weiter beteiligt waren u a.:

VEB Büro für Städtebau Bezirk Frankfurt (Oder)

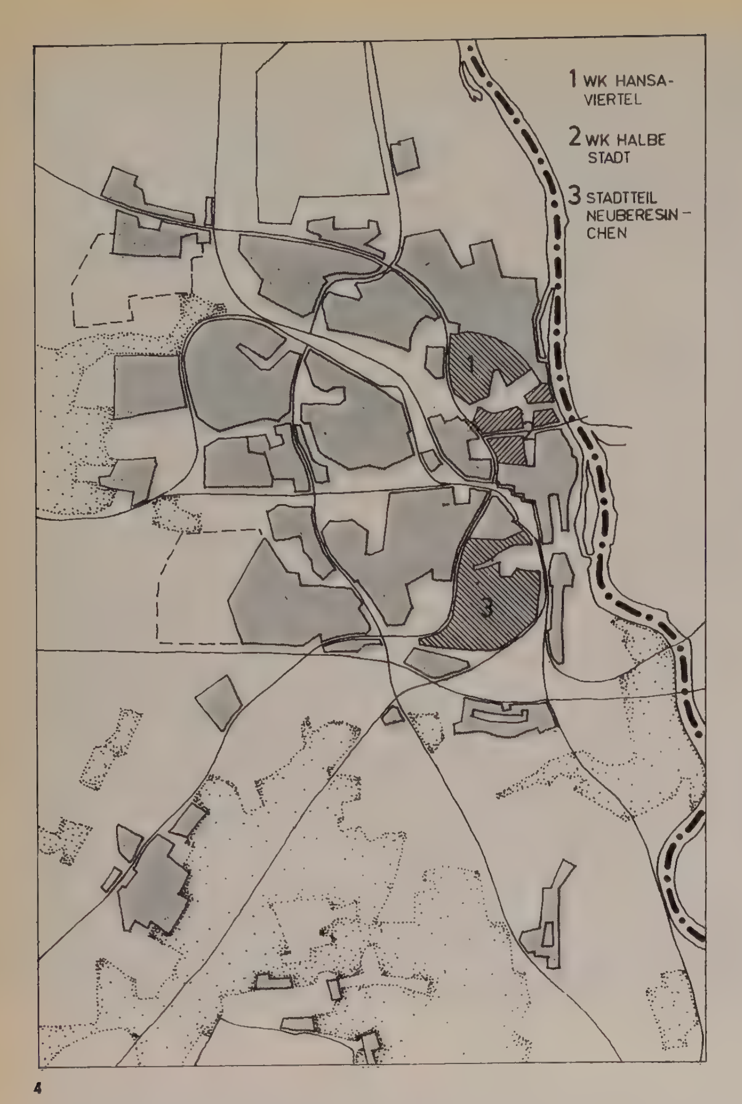
Büro für Territorialplanung des Bezirkes Frankfurt (Oder)

Büro für Verkehrsplanung des Bezirkes Frankfurt (Oder)



2

3



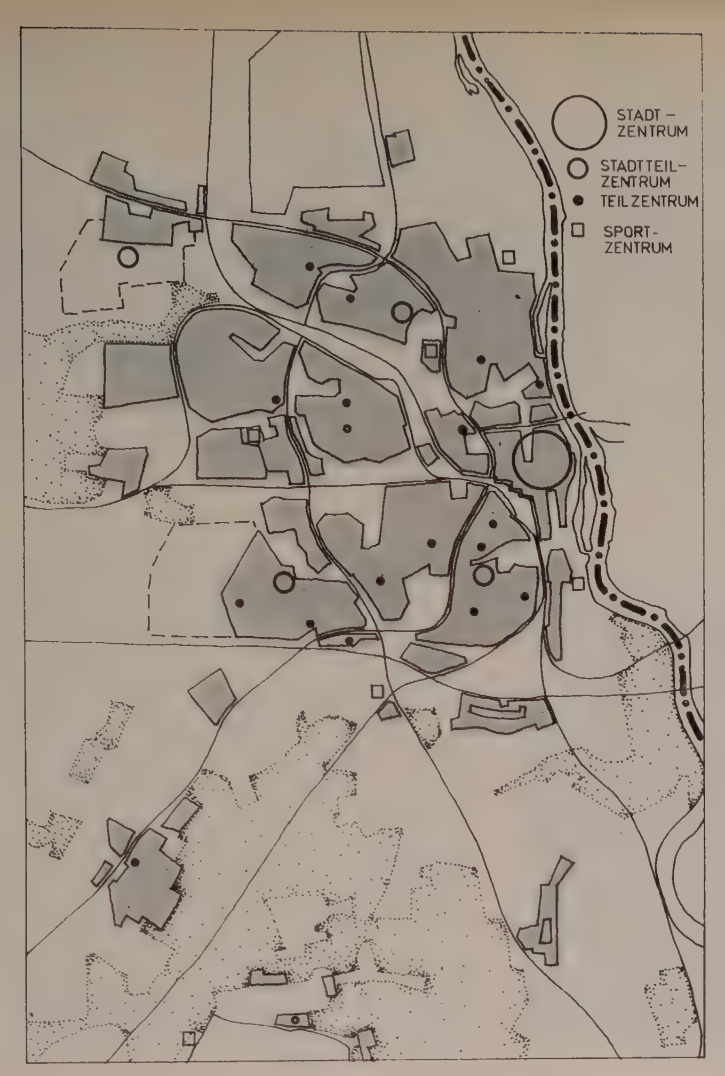
4


5

Die extreme Randlange des historisch an der Oder entstandenen Stadtzentrums – im Osten der sich nach Westen ausbreitenden Stadt – erfordert für ihren Ausbau eine solche Flächennutzung und stadtstrukturelle Strategie, die in jeder Aufbauphase dem Stadtzentrum seine wachsende Rolle und Bedeutung sicherstellen muß. Insbesondere betrifft das die Dichte und die Zuordnung neuer Wohngebiete.
Daneben sind natürlich auch die Gestaltung der Erholungszonen, der verkehrlichen und stadttechnischen Kommunikationstrassen und die Verteilung der Arbeitsstätten im Stadtgebiet von Bedeutung. Aber alle diese Elemente – natürlich begründet auf die Entwicklung der Produktionsbereiche – werden gegenwärtig und auch zukünftig vornehmlich durch den komplexen Wohnungsbau gefördert und bestimmt.
Ausgehend von der Erkenntnis, daß zwischen allen Teilen der Stadt vielfältige Wechselbeziehungen bestehen, soll mit den Generalplanungen der Stadt Frankfurt (Oder) auch bewußt gesichert werden, daß durch eine jede Baumaßnahme direkt oder indirekt – besonders mittels der Elemente der stadttechnischen Infrastruktur – weiter auf die Entwicklung des Stadtzentrums eingewirkt wird.
Die funktionelle und städtebaulich-künstlerische Wirkung, welche das Stadtzentrum einer Stadt besitzt, ist für die räumliche Organisation und Struktur, für die Orientierungsmöglichkeiten sowie für das Gesamterlebnis der Stadt von bestimmender Bedeutung. Das städtebauliche Erlebnis, welches das Stadtzentrum zu bieten vermag, entscheidet weitgehend über die Wertschätzung der Gesamtstadt sowohl durch die Besucher als auch durch die Bürger selbst.
Nachdem Frankfurt (Oder) in den 60er Jahren besonders im Südwesten erweitert wurde, wird deshalb seit 1971 der Ausbau des nördlichen Stadtgebietes und des zentralen Bereiches mit Wohnungsbau angestrebt und durchgesetzt. Das wird auch in Zukunft so weitergeführt: Neben der weiteren Rekonstruktion und Verdichtung bestehender Gebiete am Stadtzentrum wird das südlich in das Stadtgebiet eingeschlossene und nur locker besiedelte Gebiet bebaut (Neuberesinchen mit etwa 20 Minuten Fußwegentfernung zum Zentrum). Erst nach diesem Zeitraum – ab 1985 – werden wieder Erweiterungen des Stadtkörpers im Nordwesten und Südwesten erforderlich.
Mit einer solchen flächenmäßigen Ausdehnung und einer solchen Ausbauabfolge der Wohngebiete wird den Bedingungen gefolgt, auf welchen die generalplanerische Grundlinie zur Ausformung der räumlich-strukturellen Ordnung des Stadtgefüges beruht. Besonders befördert und orientiert durch die topographischen Gegebenheiten wird sich das Stadtgefüge entlang von Hauptlinien weiter ausdehnen, die sich parabelförmig gestalten:

- auf den beiden Parabelästen die Wohngebiete
- im Parabelscheitel das Stadtzentrum und
- in der Mittelachse neben kleineren Wohngebieten vornehmlich ausbaufähige Arbeitsstättengebiete.

So wird die Stadt auch zukünftig ein übersichtliches Organisationssystem bilden, welches sich auch den vielfältigen dynamisch wirkenden Anforderungen der Zukunft als anpassungs- und aufnahmefähig erweisen wird. Dabei ist diese „generalplanerische Idee" der Stadt nicht als eine intellektuelle Erfindung aufgesetzt, sondern aus den Entwicklungsmöglichkeiten und -bedingungen des bestehenden Organismus abgeleitet, als Resultat aus dem gegenwärtigen Ausbauzustand gefolgert und für alle städtischen Hauptelemente als die sinnvoll koordinierende und vereinheitlichende Grundtendenz erkannt worden.
Die parabelförmig zugeordneten Wohngebiete ergeben auch für die Trassen des Verkehrs und für die Hauptnetze der Stadttechnik, aber auch für die die Wohngebiete begleitenden öffentlichen Grünzüge eine der Grundstruktur gemäße günstige Ausformung und Bezogenheit. Damit wird besonders wirkungsvoll das topographische Gefüge für die großräumliche Ausbildung des Stadtkörpers angenommen und gleichzeitig eine organische Verbindung zwischen funktioneller Organisation und natürlicher Landschaft hergestellt.
Eine betonte Aufgabe für die Generalplanungen ist durch die Zielstellung gesetzt, günstige Standortbedingungen für die Entwicklung des Wohnungsbaues, für Arbeitsstätten (besonders Industriegebiete) und Bildungsstätten zu ermitteln, alles unter der Maßgabe, den vorhandenen Stadtorganismus zu intensivieren, insbesondere aber auch das Stadtzentrum bedeutend auszubauen und wirkungsvoll innerhalb der Organisation aller städtischen Funktionen hervorzuheben.
Dabei muß die Planung berücksichtigen, daß eine jährliche Wachstumsgröße von 700 bis 2500 Neubauwohnungen aufgenommen werden kann. Ein solcher Maßstab für die Flexibilität und Dynamik in der Stadtentwicklung wurde den Generalplanungen in Frankfurt (Oder) zugrunde gelegt.
Das Wachstum einer Stadt wird heute – gemäß den ökonomischen Bedingungen – vor allem auch durch die angebotene Standortgunst gefördert. Eine solche Standortgunst ist heutzutage wesentlich durch die Ausbaufähigkeit und die Gewinnbarkeit von Anlagereserven in den technischen Systemen bestimmt.
Daher wird die Strategie des Ausbaus der verkehrlichen und stadttechnischen Netze und Anlagen in den Generalplanungen der Stadt Frankfurt (Oder) besondere Aufmerksamkeit gewidmet, denn die Standortwahl und die Ausbildung der Einzelschritte



6



7

8



4
Schemaplan der Flächenentwicklung für den Zeitraum der nächsten 30 bis 40 Jahre. Durch Raster hervorgehoben sind die bebauten Stadtgebiete. Die gegenwärtig im Ausbau befindlichen Wohngebiete sind durch Schraffur gekennzeichnet.

5
Grundschema zur Entwicklung der Stadtstruktur

6
Schema der räumlichen Verteilung der Zentren

7
Schemaskizze zur Stadtkomposition – Betonung der Höhendominanten und der Randformationen in Hervorhebung und Nutzung der morphologischen Situation

8
Schema der topografischen Struktur im Stadtgebiet von Frankfurt (Oder)

in der Netzentwicklung sind in ihrer Einheit entscheidend für die Festlegung und Kontinuität der Wachstumslinien der Stadt auf längere Sicht.

Zur Stadtkomposition

Die mit der Entwicklung der sozialistischen Bezirksstadt herausgebildeten grundlegenden Kompositionsprinzipien werden bei der Umgestaltung der Stadt und bei der Gestaltung neuer Stadtteile konsequent weiterverfolgt. Sie sind gekennzeichnet durch eine bewußte Ausnutzung der spezifischen morphologischen Situation zur Ausformung der Stadtstruktur und der städtebaulichen Raumbildung.
Indem die Oderniederung mit ihren Seitentälern als differenziert genutzte gesellschaftliche Kommunikationszonen weiter gestaltet und die Hochebenen als intensiv bebaute städtische Funktionsgebiete zugeordnet werden, wird das Stadtgefüge ein-



9



10

11

9
Entwurfszeichnung zur Stadtsilhouette von Frankfurt (Oder) aus dem Jahre 1972. Blick vom Osten auf die Stadt. Die dargestellte Planungsvorstellung ist bereits weitgehend realisiert (Zeichnung: Bugzel).

10
Blick auf den östlichen Teil des Wohnkomplexes Frankfurt (Oder)-Nord, wo durch Ausnutzung der Hanglagen siebengeschossige Wohnhäuser entstanden sind.

11
Die Punkthochhäuser wurden im Wohnkomplex Hansaviertel zur Charakterisierung des Wohnkomplexzentrums und zur Steigerung der Silhouette eingesetzt.

12
Blick auf den zentralen Bereich im Wohnkomplex Nord (Das Wohnkomplexzentrum ist noch nicht vollständig ausgebaut.)

deutig in seinem Gesamtzusammenhang erlebbar gemacht. Durch die bauliche Betonung der oberen Hangränder wird die städtebaulich-räumliche Führung der Hauptkommunikationsachsen in den Talzonen einprägsam unterstützt und zum Zentrum hin gesteigert.

Diesem übergeordneten Kompositionsprinzip werden zur Herausbildung einer kulturvoll formierten Stadtlandschaft mit einer dem gesellschaftlichen Rang gemäßen Differenzierung der Bewegungs- und Erlebnisräume weitere Gestaltungsgrundsätze – bezugnehmend auf Topographie und historisch überkommene Stadtstruktur – beigeordnet:

- Ausbildung von eindeutig zur Landschaft und zu den Talzonen abgegrenzten Bebauungsformationen
- räumliche Zuordnung der Teilzentren auf den Geländehöhen zu den Kommunikationszonen in den Talbereichen
- Gestaltung von Ausblicken aus den Bebauungskomplexen in die Stadtlandschaft sowie Schaffung von intimen Nebenwegen zur Verbindung der hochgelegenen mit den unteren städtischen Funktionsgebieten
- Ausnutzung von Geländeneigungen für eine gestaffelte Übersetzung der zumeist lagerhaften Bauwerksformen, um die Baukomplexe aus der Fernsicht als geschlossenes Ganzes und mit räumlicher Tiefe erlebbar zu machen
- Zusammenfassung der Höhendominanten zu Bauwerksgruppen als Steigerung des Massenaufbaus und zur Kennzeichnung gesellschaftlicher Zentren
- Nutzung der Talzonen – in städtebaulicher Kontrastbildung und funktioneller Ergänzung – zur Ausbildung eines zusammenhängenden Freiflächensystems mit räumlichen Bindungen an das Stadtzentrum und zur umgebenden Landschaft
- Weiterentwicklung wichtiger Verkehrsstraßen als Haupterlebniswege und dominierendes Grundgerüst für die städtebau-



9

liche Gliederung und räumliche Komposition

▪ Ausformung der Straßenknoten im zentralen Stadtkörper als enge und flächenintensive Anlagen. Dabei muß eine betont gleichberechtigte Führung der Fußgänger (ebenerdig oder mit Fußgängerbrücken) eindeutig und der städtebaulich-räumlichen Struktur gemäß gewährleistet werden.

Durch den Massenaufbau der Gesamtstadt, insbesondere auch des Stadtzentrums, wird bereits von weitem sichtbar einer der bedeutendsten Übergänge, die die DDR und die VR Polen als befreundete Nachbarstaaten verbinden, markiert. Dem soll durch die großräumige Ordnung und durch die Gestaltung der Oderübergänge wirkungsvoll entsprochen werden.

Die Überschaubarkeit der Stadt von der Oder aus und von den wichtigsten Zugängen zur Stadt auf den Höhen soll für einprägsame, die Stadtstruktur charakterisierende Silhouettenbildungen genutzt werden.

Nach der Zerstörung der Innenstadt am Ende des zweiten Weltkrieges sind nur noch wenige Baudenkmale erhalten geblieben. Daher kommt es auch zukünftig darauf an, die wenigen erhaltenen Objekte bewußt zu pflegen und schrittweise einer öffentlichen Nutzung zuzuführen. Darüber hinaus sollen ganze städtebaulich-historische Raumbildungen bewahrt und auch Bauwerksgruppen aus der jüngeren Baugeschichte (Gründerjahre und Anfang des 20. Jahrhunderts) in die weitere Umgestaltung wirkungsvoll einbezogen werden. Die für das räumliche Erscheinungsbild der Stadt, insbesondere für das Stadtzentrum bedeutsamen Denkmalkomplexe, sollen weiter gepflegt und entwickelt werden. Dabei ist es unsere Absicht, vor allem auch ihre Wirkung als städtebauliche Dominanten, ihre Wirkung in der Stadtsilhouette und ihre räumlich-strukturellen Wirkungen zu bewahren und den neuen gesellschaftlichen Bedingungen gemäß zu ergänzen und umzugestalten.

Mit diesen Grundsätzen soll eine abwechslungsreiche und geschlossene Stadtkomposition hergestellt werden. Besonders durch eine großräumige baukörperliche Umfassung der zentralen Ensembles und Platzfolgen wird das Stadtzentrum sowohl in den Silhouetten als auch in der Erlebbarkeit zu den übrigen Stadtgebieten wirkungsvoll betont eingeordnet.

Zur Gestaltung der Wohngebiete

Begründet nicht zuletzt auch auf die Analyse bestehender Wohngebiete, werden mit dem umfangreichen Wohnungsbau der nächsten Jahre die generellen Kompositionsprinzipien zur Gestaltung der Stadt weitergeführt, indem unter Nutzung der

12



13

14



15



topographischen Gegebenheiten auf den Hochebenen relativ dichte Bebauungsformationen im Kontrast zu den Talzonen gestaltet werden. Damit werden unter den Bedingungen der bewegten Geländesituationen in Frankfurt (Oder) aufgeschlossene Stadtflächen auch ökonomisch günstig genutzt.

Der Wohnungsbau erfolgt in Frankfurt (Oder) zeitlich gleichlaufend auf verschiedenen Standortformen, und zwar durch

- Stadterweiterung auf nahezu unbebauten Flächen innerhalb des Stadtgebietes
- kleinere zusammenhängende Standortkomplexe in bebauten Stadtgebieten (200 bis 600 WE, vornehmlich vielgeschossig in Verbindung zur bestehenden Bausubstanz)
- Rekonstruktionsgebiete mit Lückenschließungen durch Ersatzneubau bei überwiegender Modernisierung bestehender Substanz (Standorte mit 30 bis 200 WE Neubau, vorwiegend mehrgeschossig).

Der Wohnungsbau auf extensiven Stadterweiterungsflächen wird erst ab 1985 bei weitem den überwiegenden Anteil darstellen. In Frankfurt (Oder) werden somit die gleichzeitige Ausweitung der Stadt durch neue Wohngebiete und die komplexe Umgestaltung bestehender Altbaugebiete auf längere Sicht eine einheitliche Zielstellung sein.

Alle drei Standortformen sollen mit den weiterentwickelnden Erzeugnissen aus den industriellen Großserien bebaut werden. Dabei muß erreicht werden, daß zukünftig die neuen Wohngebiete alle speziellen Wohnformen bieten, um eine der sozialen und besonders auch der Altersstruktur gemäße Zusammensetzung der Bewohner entsprechend den Bedingungen der Gesamtstadt auch in den Teilgebieten herstellen zu können. So mußte beispielsweise bei der Analyse bisher gebauter Neubaugebiete festgestellt werden, daß durch den Mangel an Einraumwohnungen (sowohl in der Anzahl als auch in deren differenzierter Qualität) zu wenige ältere Bürger und bestimmte Gruppen jüngerer Menschen Bewohner dieser Gebiete wurden. Das hat spürbare Auswirkungen auf die Formen des Zusammenlebens im Wohngebiet.

Auch in Frankfurt (Oder) steht noch das Problem des vollständigeren Ausbaus der gesellschaftlichen Zentren in den bisher entstandenen neuen Wohnkomplexen. Von der Lösung dieser Aufgabe hängt es ja mit ab, inwieweit sich die Bewohner in ihren neuen Wohngebieten heimisch fühlen.

Daher wurden in den Planungen für die neuen Wohngebiete diese Fragen besonders aufmerksam untersucht. Bereits in dieser Phase fanden die Zuordnung von Arbeitsstätten zu den Wohngebieten (sowohl größerer Arbeitsstättengebiete als auch die Einordnung kleinerer Einheiten), die Herstellung von räumlichen Beziehungen zu bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen und Zentren (einschließlich deren Erweiterungsmöglichkeiten und der Mehrfachnutzung) sowie auch die Nutzung von Möglichkeiten zur Umgestaltung bestehender Bausubstanzen (Funktionswandel) mehr als bisher Berücksichtigung.

Die Wohngebiete werden städtebaulich so organisiert, daß ihre gesellschaftlichen Zentren sowohl zu den tangierenden Haupttrassen des Verkehrs als auch zu den Grünzonen in erlebbare Verbindung gebracht werden und somit als Teile zur Gesamtstadt orientiert und bezogen erscheinen. Dabei wird angestrebt, die Widersprüchlichkeit im räumlichen Beieinander von Verkehrstrasse und gesellschaftlichem Zentrum durch schleifenförmig durch die Wohngebiete gelegte Verkehrsstraßen zweiter Ordnung weitgehend zu lösen. Dadurch können die Verkehrsstraßen direkt an die Wohngebietszentren herangeführt und mit den übergeordneten Verkehrsstraßen logische, auf die gesellschaftlichen Zentren gerichtete Orientierungssysteme ergeben. Als kontrastierendes Orientierungssystem wird das den Fußgängern allein vorbehaltene Grünsystem, welches eben-



16

falls zum Stadtzentrum hin gerichtet ist, ausgebaut. Der Ausbau dieses Grünsystems der Stadt erfolgt in den gleichen räumlichen und zeitlichen Schritten wie bei den Wohngebieten, so daß möglichst komplexe Stadtgebiete gleichzeitig und umfassend umgestaltet werden.

Zur Umgestaltung der Altbauwohngebiete

Im Rahmen der Generalplanungen wurde für Frankfurt (Oder) ein „Leitplan zur Modernisierung und Erhaltung der Wohnsubstanz" erarbeitet, mit dem in den drei Jahren seiner praktischen Anwendung, besonders auch kommunalpolitisch, gute Erfahrungen gewonnen werden konnten.

Mit diesem Leitplan ist für alle Häuser, welche vor 1945 entstanden sind und in denen sich rund 11 500 Wohnungen befinden, unter Einbeziehung der wesentlichsten baulichen und städtebaulichen Faktoren die „städtebaulich bedingte Restnutzungsdauer" bestimmt worden. Insbesondere wurden aber die rund 5100 Wohnungen, die als modernisierungswürdig gelten müssen (mehr als 30 Jahre) und weitere 1200 Wohnungen für einen Funktionswandel herausgestellt. Davon sind bereits über 1400 Wohnungen modernisiert worden.

Jedoch alle zu modernisierenden und umfangreich instand zu setzenden Wohnungen – wobei der größte Teil davon an das Fernheizsystem angeschlossen werden muß – ergeben bis 1990 zusammen mit den erforderlich werdenden Generalreparaturen an Bauten aus den 50er Jahren eine Zahl von jährlich 450 Wohnungen im Durchschnitt. Den dafür notwendigen Kapazitätszuwachs gilt es noch zu entwickeln.

Mit dem Leitplan ist es spürbar besser gelungen, auf die Förderung der Initiative der Bevölkerung einzuwirken, um die ältere Wohnsubstanz rascher zu verbessern. Auch die Lenkung der geplanten Baukapazitäten auf die innerstädtischen Rekonstruktionsgebiete bei annähernd zeitgleicher Durchführung von konzentrierten Modernisierungsmaßnahmen in räumlicher Beziehung zu den Wohnungsneubauvorhaben hat bereits sichtbare Fortschritte gebracht. So wurde beim Wohngebiet „Halbe Stadt" begonnen, neben den in Bau befindlichen 2700 Neubauwohnungen mehr als 450 Wohnungen zu modernisieren, 12 ältere Gebäude meist für gesellschaftliche Funktionen umzubauen und weitere Altbauten instand zu setzen.

In der Öffentlichkeit wird dabei nicht nur der gestalterische Gewinn, welcher sich aus dem Reiz der Bewahrung und Wiederherstellung alter Baukörper und Fassaden im Zusammenhang mit den Neubauten ergibt, gewürdigt, sondern auch der vielfältige Effekt für die Lebendigkeit eines komplex umgestalteten Stadtgebietes, was bis zu den angrenzenden Grünanlagen reicht.

Natürlich ist eine solche umfassende Aufgabenstellung nicht allein in den wenigen Jahren zu realisieren, in denen die industriell gefertigten Neubauten entstehen. Solch ein Prozeß bedarf eines längeren Zeitraumes. Deshalb ist es notwendig – und auch mit den Generalplänen in Frankfurt (Oder) angestrebt –, daß die einzelnen Teilgebiete am Stadtzentrum abschnittsweise einer solchen Umgestaltung unterzogen werden.

Eine solche Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung, die ja ein Grundprinzip des Wohnungsbauprogramms der DDR ist, komplex verbunden mit den Maßnahmen des Verkehrsbaus und des städtischen Tiefbaus gewährleistet nach unseren Erfahrungen auch ein günstiges Verhältnis von Aufwand und sozialökonomischer Effektivität im Städtebau.

13
Der Wohnkomplex an der Kopernikusstraße (1969 bis 1972). Im Vordergrund das Feierabendheim inmitten des Wohngebietes.

14
In die neuen Wohngebiete werden Altbauten modernisiert einbezogen.

15
Die Umgestaltung der Altbaugebiete erfolgt auch durch den Einbau neuer Versorgungseinrichtungen. Unter Ausnutzung der Geländeunterschiede wurden zwei Stahlleichtbau-Kaufhallen auf einem Sockelgeschoß mit Läden errichtet.

16
Ein Abschnitt der zusammen mit dem Wohnungsbau entstandenen Oderpromenade. Im Hintergrund die aus der ehemaligen spätgotischen Kirche entstandene Konzerthalle

17
Brunnen an der Oderpromenade
(Metallgestaltung: A. Kühn)

17





Frankfurt (Oder)-Neuberesinchen

Leitplanung für einen neuen Stadtteil

Dipl.-Ing. Günter Hartzsch, Architekt BdA/DDR
VEB Büro für Städtebau
des Bezirkes Frankfurt (Oder)

Städtebaulicher Entwurf:

■ VEB Büro für Städtebau des Bezirkes Frankfurt (Oder):

Städtebau:

Dipl.-Ing. Gunter Richter, Architekt BdA/DDR, Produktionsabteilungsleiter
Dipl.-Ing. Günter Hartzsch, Architekt BdA/DDR, Objektverantwortlicher
HS-Ing. Lutz Patitz, Architekt BdA/DDR

Verkehrsplanung:

Dipl.-Ing. Rainer Schmidt

Freiflächenplanung:

Dipl.-hort. Horst Adler, BdA/DDR
Ingenieur Sigrun Uhlig

Stadttechnik:

Dipl.-Ing. Dieter Zacher

Ökonomie:

Ing.-oec. Heinz Lachmann

in Zusammenarbeit mit:

■ Büro für Stadtplanung beim Rat der Stadt Frankfurt (Oder):

Dipl.-Ing. Manfred Vogler, Architekt BdA/DDR, Stadtarchitekt Frankfurt (Oder)
Dipl.-Ing. Bernd Beringschmidt, Gruppenleiter Generalplanung
Dipl.-Ing. Dietz Kohlhoff, Gruppenleiter Verkehr – Stadttechnik
Dipl.-Ing. Bernd Kunkel, Stadttechnische Planung
Ingenieur Christiane Jänike, Stadttechnische Planung

■ VEB Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Frankfurt (Oder):

Dipl.-Ing. Jochen Beige, Architekt BdA/DDR, Chefarchitekt im WGK Frankfurt (Oder)

1
Modell des Wohngebietes Neuberesinchen. Blick von Nordosten

Der Stadtteil Frankfurt (Oder)-Neuberesinchen ist mit rund 8000 Wohnungen und 23 000 Einwohnern das bisher größte Wohngebiet der Bezirksstadt. Mit der Realisierung soll noch in diesem Fünfjahrplan begonnen werden.

Auf der Grundlage umfangreicher struktureller Voruntersuchungen und Variantenvergleiche des Büros für Stadtplanung beim Rat der Stadt Frankfurt (Oder) wurde die hier vorgestellte Leitplanung im VEB Büro für Städtebau unter Mitwirkung dieses Büros erarbeitet. Durch den VEB Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Frankfurt (Oder) erfolgte in Abstimmung mit den städtebaulichen Absichten die Ausarbeitung eines Kataloges der zum Einsatz kommenden vorhandenen und neuzuentwickelnden Erzeugnisse des Hochbaus. Die Qualität der Leitplanung wurde entschieden gefördert durch Beratungen im Sekretariat der Bezirksleitung der SED und durch die staatlichen Organe. Es wurde das Ziel angestrebt, mit der Vorbereitung des neuen Stadtteiles wesentliche Fortschritte in den städtebaulichen Lösungen und besonders in der Erzeugnisentwicklung für den gesamten Bezirk zu begründen. Die Leitplanung bildet zusammen mit einer gesellschaftspolitischen Zielstellung die Grundlage zur Ausarbeitung der Bebauungskonzeptionen für die einzelnen Wohnkomplexe und das Stadtteilzentrum.

Lage in der Gesamtstadt

Das Planungsgebiet liegt im Süden der Stadt in günstiger fußläufiger Beziehung zum Stadtzentrum und zum Bahnhof. Es stellt eine nur schwach bebaute „Lücke" im kompakten Stadtgebiet dar, was in seiner bisher isolierten Lage zu den bestehenden Hauptverkehrstrassen begründet war.

Voraussetzung für die Bebauung ist deshalb eine Reihe umfangreicher Primärmaßnahmen auf verkehrs- und stadttechnischem Gebiet wie

Heranführen der Straßenbahn
Neubau des Südabschnittes der Stadtkerntangente
Bau eines neuen Abwasserhauptsammlers von fast 3 km Länge
Heranführung einer Trinkwasserleitung von etwa 3,5 km Länge und
Neubau des Umspannwerkes Süd.

Durch den Neubau der Stadtkerntangente und der Straßenbahntrasse erhält der Stadtteil günstigen Anschluß an alle Arbeitsstättengebiete, zum Stadtzentrum und zum Naherholungsgebiet Helenesee.

Ein im Süden anschließendes, geplantes Arbeitsstättengebiet ist fußläufig erreichbar. Das gleiche trifft auf die Naherholungsgebiete in der Oderniederung mit dem zentralen Sportpark und das vordere Mühlental zu.

Das Zentrum des neuen Stadtteiles übernimmt in einigen Bereichen Funktionen für den gesamten Südwestteil der Stadt (z. B. Poliklinik, Schwimmhalle, Freizeitzentrum).

Standortbedingungen

Das Planungsgebiet besteht in seiner Hauptfläche aus einem Hochplateau westlich der Oderniederung, an dessen oberer Hangkante die Reichsbahntrasse verläuft. Nach Norden und Süden treten stärkere Hangneigungen zu Oderseitentälern auf, wobei das Gefälle im Norden eine Bebauung ausschließt und durch zwei Nebentäler und ein Zwischenplateau eine besonders charakteristische Geländeformation entsteht.

2
Bebauungsplan des Wohngebietes

- a Kindereinrichtung
- b Polytechnische Oberschule
- B Spezialschule
- c Turnhalle
- d Funktionsgebäude Sportplatz
- e Hallen-Freibad
- f Freizeitzentrum (Bauarbeiterversorgung)
- g Freizeitanlagen, Abenteuerspielplatz
- h Öffentliche Gaststätte/Schulspeisung
- i Ausflugsgaststätte, Parkcafé
- k Kaufhalle
- l Gemüseverkauf, Getränkeverkauf, Dienstleistungsannahmestelle
- m Gemüseverkauf, Getränkeverkauf, Dienstleistungsannahmestelle, Annahmepostamt
- n Spezialverkaufsstellen Industriewaren
- o Blumenverkauf, Brückencafé, Fahrscheinverkauf
- p Spezialverkaufsstellen Lebensmittel
- q Industriewarenkaufhaus
- r Zentraler Gastronomiekomplex (einschließlich Schulspeisung)
- s Bibliothek, Klub, Mehrzwecksaal, Zirkelräume
- t Dienstleistungen, Post, Sparkasse
- u Poliklinik, Apotheke
- v Berufsbildungszentrum Bauwesen
- w Internate
- x Verwaltungen
- y Fernmeldekomplex
- z Feierabendheim

3
Bebauungsplan des nördlichen Teilbereiches mit dem Stadtteilzentrum

Kennziffern

Die ermittelten Werte basieren auf dem Erzeugnisangebot zum Zeitpunkt der Bearbeitung der Leitplanung. Sie werden während der Erarbeitung der einzelnen Bauabschnitte (Wohnkomplexe) konkretisiert und nach Möglichkeit eine Verdichtung angestrebt.

Anzahl der Wohnungen im sechsgeschossigen Wohnungsbau 5160 WE (68,4 Prozent)
Anzahl der Wohnungen im vielgeschossigen Wohnungsbau 2388 WE (31,6 Prozent)

Anzahl der Wohnungen gesamt	7 548 WE (100 Prozent)
Anzahl der Einwohner gesamt	22 644 Ew
Alters- und Pflegeheim (1 Platz = 1 Ew)	169 Ew
Anzahl der Einwohner einschließlich Alters- und Pflegeheim	22 813 Ew
Einwohnerdichte	224 Ew/ha

Der maximale Höhenunterschied innerhalb des Planungsgebietes beträgt etwa 40 m.

Die vorhandene Bausubstanz in Form einer planlosen Streubebauung wird bis auf Ausnahmen völlig beräumt. Eine vorhandene Baumschule, ein bestehender Park sowie wertvoller Baumbestand werden in die Konzeption einbezogen.

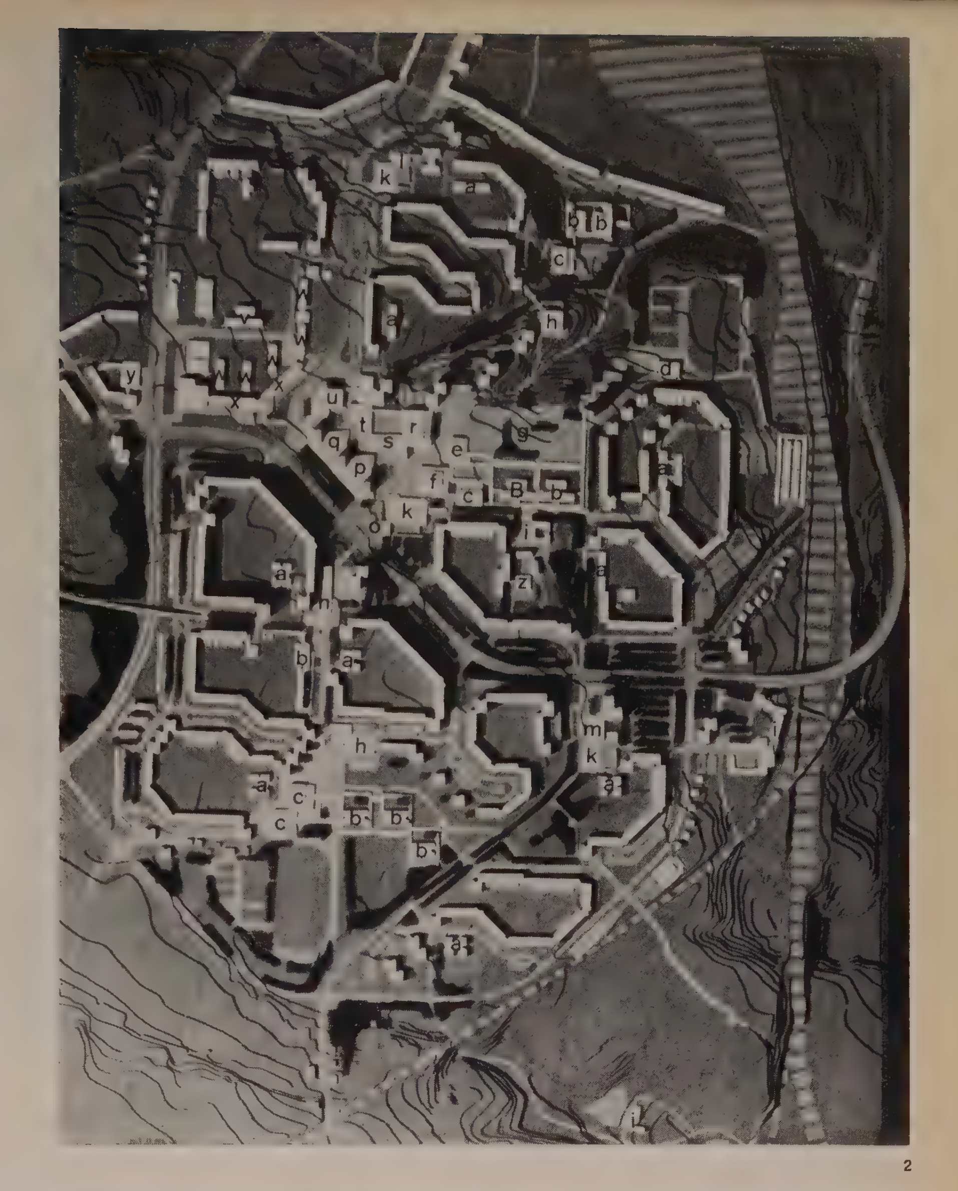
Städtebauliche Lösung

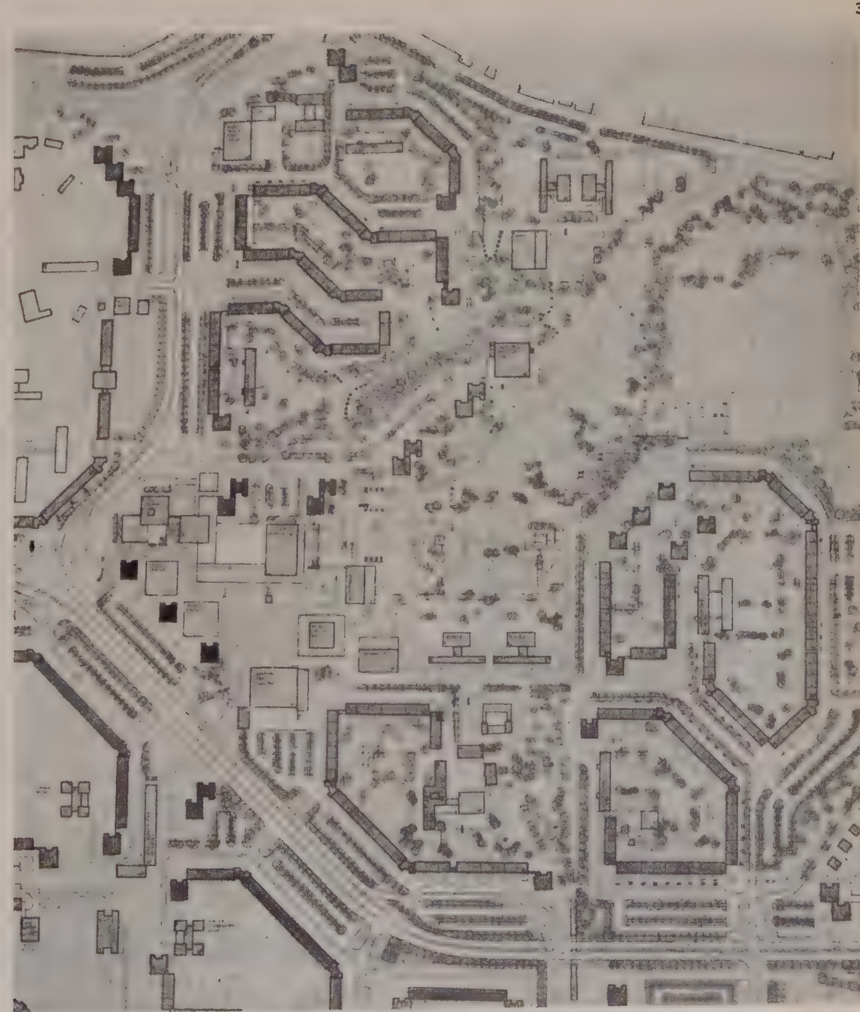
Wesentliche Ausgangspunkte für die Gestaltung der Grundstruktur des Stadtteiles waren

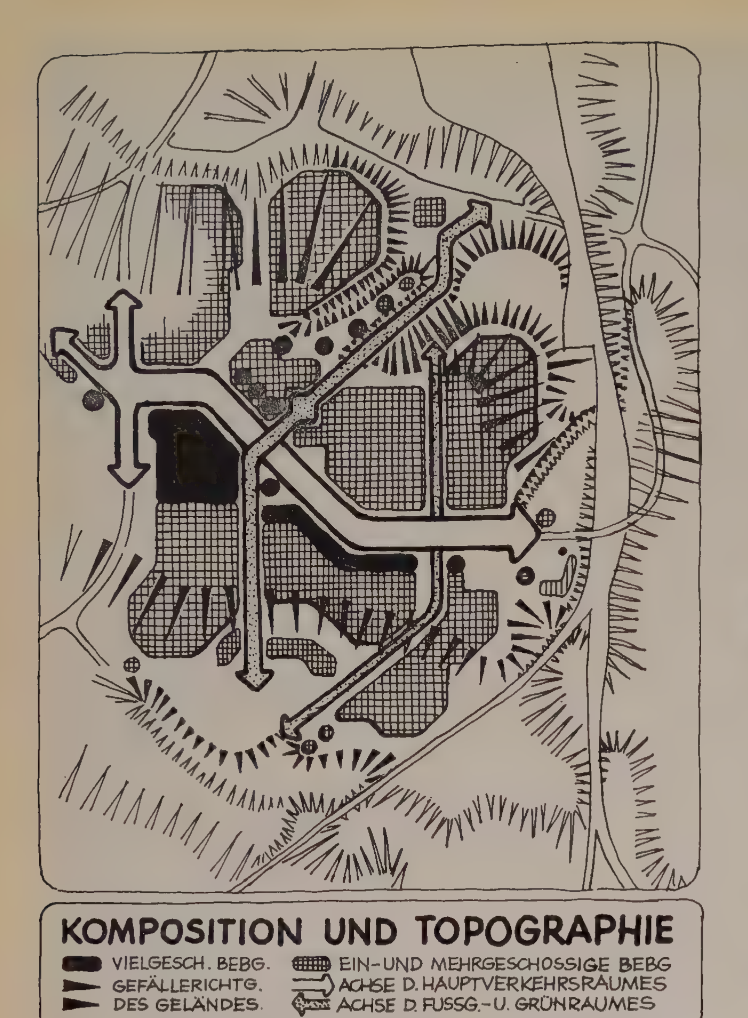
- eine sinnvolle Einbindung in das gesamtstädtische Kommunikationsgefüge und
- die optimale Nutzung der topographischen Situation.

Im einzelnen ist die städtebauliche Lösung durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

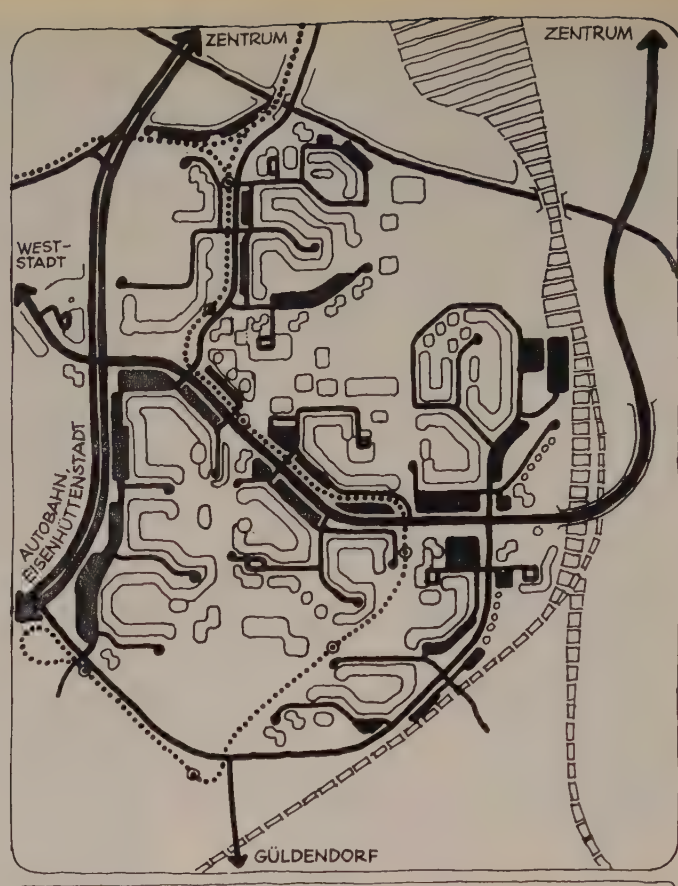
- Auf der Gefällescheide des Hochplateaus verläuft eine Haupterschließungsstraße, über die der Hauptteil der Beziehungen zur Gesamtstadt realisiert wird. Diese Trasse gliedert den Stadtteil in einen Nord- und Südbereich.
- Es wird eine äußere Erschließung dieser Bereiche von der inneren Haupttrasse bei weitgehender Randlage des ruhenden Verkehrs vorgesehen. Dieses Erschließungsprinzip ermöglicht die optimale Einbeziehung topographisch interessanter Freiflächenbereiche ohne Kreuzung von Verkehrstrassen in den Nord- oder Südteil.
- Die Straßenbahntrasse wird parallel zur inneren Hauptverkehrsstraße geführt, um einen hohen Erschließungseffekt zu erzielen durch Massierung der vielgeschossigen Bebauung entlang dieser Trasse und Lage der Haltestellen am Stadtteilzentrum bzw. Nebenzentrum.

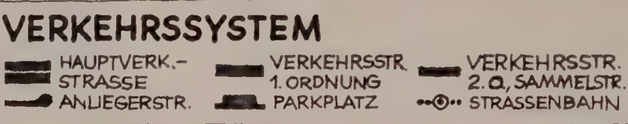

2


3



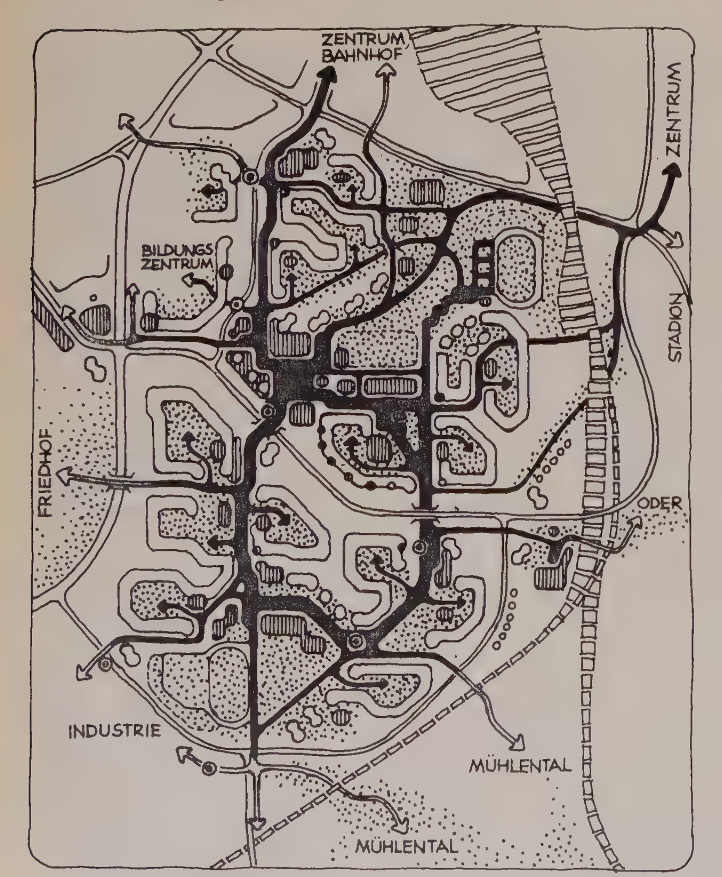

4 Schema der Komposition und Topographie



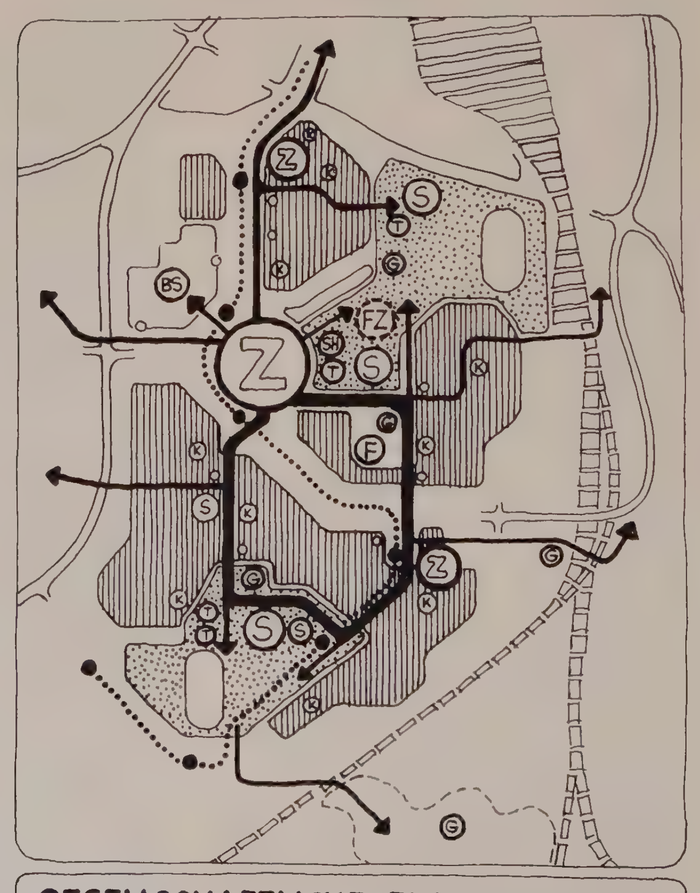


5 Schema des Verkehrssystems


6 Schema des Fußwegsystems



7 Schema der gesellschaftlichen Einrichtungen



■ Das Fußwegesystem, dessen Kernstück ein innerer Fußgängerring ist, wird vom Fahrverkehr weitestgehend unabhängig geführt. Dieser Ring verklammert den Nord- und Südbereich des Stadtteiles, indem er die Haupterschließungsstraße über Brücke und Tunnel kreuzungsfrei quert. Er verbindet die angrenzenden Wohnbereiche mit den ebenfalls angelagerten gesellschaftlichen Einrichtungen und findet seinen kommunikativen Höhepunkt im Hauptplatz des Stadtteilzentrums. An den Kreuzungsstellen mit der Haupterschließungsstraße liegen die wichtigsten Haltepunkte der Straßenbahn. Besonders in seinem östlichen Teil erfüllt dieser Ring durch Einbeziehung bestehender Großgrünsubstanz gleichzeitig wesentliche Erholungsfunktionen.

■ Das Stadtteilzentrum liegt an der Haupterschließungsstraße (einschließlich Straßenbahn) und gleichzeitig in günstiger Zuordnung zum Freiflächenbereich Nord. Das Stadtteilzentrum wird durch zwei Nebenzentren zur Versorgung der entfernteren Wohnbereiche und zur Mitversorgung des angrenzenden Altbaugebietes ergänzt.

■ Die Schulbereiche einschließlich der Sportflächen liegen in topographisch reizvollen Tal- oder Talrandlagen, wobei ein Schulkomplex mit einer Spezialschule dem Stadtteilzentrum unmittelbar zugeordnet ist, um Mehrzwecknutzungen der Schulräume zu ermöglichen.

■ Der nördliche Freiflächenbereich mit seinen Hang- und Talsituationen wird zum Freizeitzentrum und Wohngebietspark ausgebildet. Dieser Bereich steht in unmittelbarem räumlichen und funktionellen Zusammenhang mit dem Stadtteilzentrum und den angrenzenden Wohnbereichen, indem er Schulen, Gaststätten, Hallenfreibad, Sporthallen, Sportflächen und Freizeitanlagen einbezieht.

■ Der bestehende Park der Baumschule soll durch Zuordnung von Feierabendheim, Jugendclub, Café, Veteranenklub, Schulen und Kindereinrichtungen zu einem Begegnungsraum zwischen jung und alt gestaltet werden.

■ Die Wohnbereiche in Form differenzierter fahrverkehrsfreier Höfe sind so konzipiert, daß sie sich zum inneren Fußgängerring oder zur Landschaft öffnen.

■ Die topographische Struktur wird in der für Frankfurt (Oder) inzwischen typisch gewordenen Weise konsequent genutzt: massierte Bebauung der Hochplateaus und leicht geneigten Hangflächen-Nutzung der Tallagen und stark hängigen Bereiche für Freiflächenfunktionen und freiflächenintensive gesellschaftliche Einrichtungen.

■ Die vielgeschossige Bebauung wird auf den topographisch höchstgelegenen Flächen konzentriert. Dabei werden die linearen „Scheiben" zur Begleitung des Hauptverkehrsraumes eingesetzt, während die plastischen „Punkte" die querende Fußgängerachse zwischen dem nördlichen und südlichen Freiflächenbereich einschließlich des Stadtteilzentrums markieren. Durch die Anordnung der Scheiben unmittelbar an der Südseite der Haupterschließungsstraße wird wenig Verkehr ins Innere der Wohnbereiche gezogen, und die Verschattung betrifft nur den Verkehrsraum.

■ Es sind klare und großzügige Randbildungen mittels langer Gebäudefronten zu Verkehrs- und Landschaftsräumen angestrebt worden.

■ In den Fußgängerbereichen werden differenzierte und kleinmaßstäbliche Raum- und Baukörperformen eingesetzt.

■ Ein konischer Verbinder (45°-Abwinkelung) wird in der Wohnbebauung eingesetzt, um den Bedingungen der Geländemorphologie, des Geländezuschnittes und der Verkehrstrassen optimal folgen zu können.

■ Fünf-, acht- und elfgeschossige Würfel- oder Punkthäuser dienen als Kontrast und als plastische Auflockerung des Sektionswohnungsbaus (plastische Giebelabschlüsse, Übergänge vom sechs- zum elfgeschossigen Sektionswohnungsbau, transparente Raumabschlüsse zu Landschaftsräumen).

■ Im Bereich des Stadtteilzentrums, des Wohngebietsparks und des Fußgängerringes werden die bildkünstlerischen Mittel konzentriert. Dieser Bereich wird außerdem durch eine intensive Freiflächengestaltung aufgewertet. Entsprechend der Lage des Wohngebietes auf einer Hochfläche an der Oder und in unmittelbarer Nähe zum Grenzbahnhof wurde für die bildkünstlerische Konzeption das Grundthema „Die freundschaftlichen Beziehungen zu unseren sozialistischen Nachbarvölkern" gewählt.





8 Modell. Blick von Nordwesten

9 Modell. Blick von Süden

Wohnungsbau

Das Wohnungsbausortiment besteht aus folgenden Elementen:

■ Sechsgeschossige P2-Variante mit Sokkelgeschoß und fünf Wohngeschossen (Hausdurchgang und eine Einraumwohnung im Erdgeschoß, innere Leitungsführung). Die städtebauliche Variabilität wird durch rechtwinklige Eck- und Längsverbinder sowie einen konischen 45°-Verbinder mit Durchgang, stumpf gestoßene Ecken, sowie Höhen- und Seitenversätze bestimmt.

■ Elfgeschossige Scheibe (WBS 70) als geplante Neuentwicklung.

■ Sechs-, neun- und zwölfgeschossige Würfel- oder Punkthausserie (WBS 70) mit Sockelgeschoß.

Da während der Bearbeitung der Leitplanung nur der sechsgeschossige Sektionswohnungsbau als Projekt vorlag, wurde davon ausgegangen, daß der vorgegebene Wohnungsverteilerschlüssel im Laufe der Ausarbeitung der einzelnen Teilabschnitte jeweils angenähert erreicht wird.

Gesellschaftsbau

Der Kapazitätsermittlung der gesellschaftlichen Einrichtungen lagen die zum Zeitpunkt der Planung gültigen Richtwerte zugrunde. Die Grundversorgung des Gebietes wird mit folgenden Typen- oder Wiederverwendungsprojekten gesichert:

■ Kaufhallenserie ESK

■ Schule Typ Erfurt

■ Kindergärten 48/108 Plätze bzw. 80/180 Plätze

■ Turnhalle 24 × 42 K

■ Kombination Gaststätte/Schulspeisung (bezirkliches Wiederverwendungsprojekt)

■ kleine gesellschaftliche Einrichtungen im Erdgeschoß der Wohngebäude und Eckanbauten.

Hinzu kommen individuell zu projektierende Teile, besonders im Stadtteilzentrum, sowie die umfunktionierten Gebäude der ehemaligen Baumschule. Zur Versorgung der Bauarbeiter wird eine zusätzliche Kaufhalle ESK 1000/1200 zeitlich vorgezogen und später zum Freizeitzentrum umgestaltet.

Stadttechnik

Das Hauptnetz der stadttechnischen Versorgung wird zum überwiegenden Teil im Sammelkanal geführt, während das Sekundärnetz im Leitungsgang des sechsgeschossigen Wohnungsbaus liegt. Ausnahmen bilden das Mittelspannungsnetz, die Straßenbeleuchtung sowie Regen- und Schmutzwassersammler, die auf Grund ihrer Dimensionen oder der Gefälleverhältnisse nicht im Leitungsgang untergebracht werden können.

Städtebaulich-architektonische Gestaltung des Platzes der Befreiung in Schwedt

Dipl.-Ing. Eckehard Tattermusch
Stadtarchitekt, Schwedt

1 Volksfest auf dem Platz der Befreiung

2 Lageplan

3 Gesamtübersicht über den Komplex der Befreiung

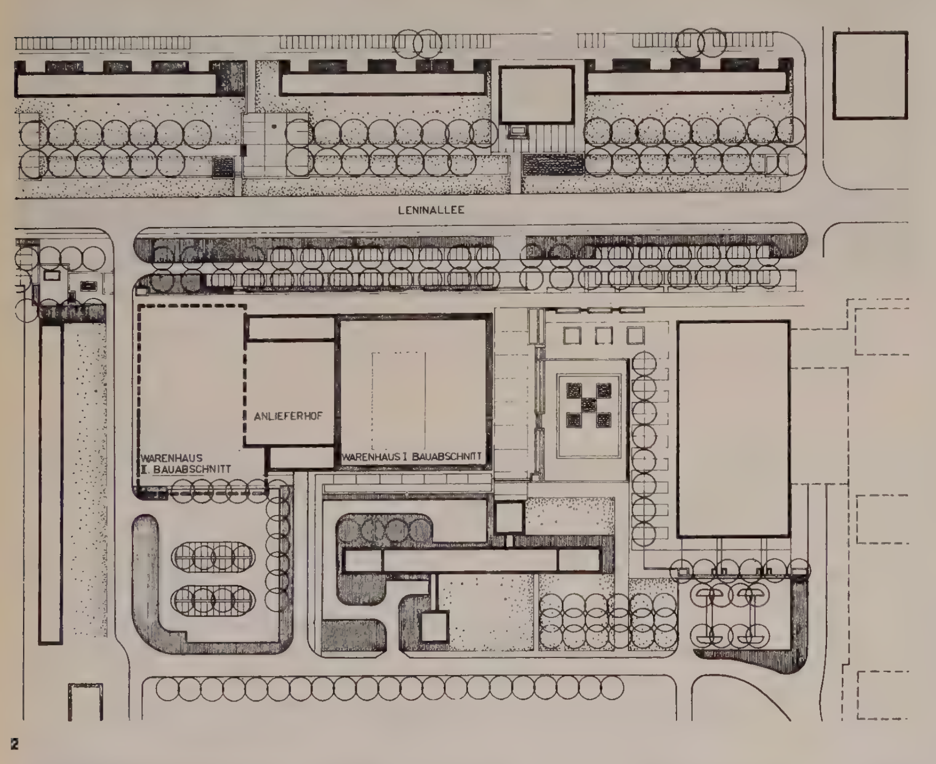
4 Nordostbereich des Platzes der Befreiung und Ausnutzung des teilweise terrassierten Geländes

5 Modell des Stadtzentrums von Schwedt (Ausschnitt). Stand März 1971

6 Künstlerisch gestaltete Durchbruchwand (Motiv: „Schönheit durch Chemie")



1



2

3



Die Konzeption für den Aufbau des Zentrums von Schwedt hat, aufbauend auf der im Jahre 1965 bestätigten Grundkonzeption, in der Folgezeit eine Reihe von Wandlungen durchgemacht, wobei jedoch stets die funktionelle und städtebauliche Struktur und die Einbindung in die Gesamtstadt erhalten geblieben sind.

Die Leninallee soll als funktionelle Hauptachse des Zentrums gestaltet werden. Sie hat die Aufgabe, den späteren zentralen Platz, den Platz der Befreiung und die angelagerten geplanten bzw. vorhandenen zentralen Einrichtungen wie Post, Sparkasse, Centrum-Warenhaus und Kompaktbau miteinander zu verbinden. Der städtebauliche Abschluß der Leninallee erfolgt durch das zur Zeit im Bau befindliche Kulturhaus. Der Platz der Befreiung hat im Rahmen der Gesamtkonzeption die Aufgabe, die Beziehungen zwischen dem Centrum-Warenhaus einerseits und den Einrichtungen der Dienstleistungen, des Reisens, des Handels und der Gastronomie andererseits sowie dem im Platzbereich stehenden Arbeiterwohnheim herzustellen. Der rund 75 m × 80 m große Platz stellt in sich einen selbständigen städtebaulichen Raum dar, der durch drei Versorgungspavillons von der Leninallee aus seinen gestalterischen Auftakt erhält. Es entstanden folgende funktionelle Bereiche:

- Kompaktbau (Friseur, Reisebüro, Selbstbedienungshalle, Gaststätten, Menüverkauf)
- Warenhaus mit Espressobar und öffentlicher Gaststätte
- Pavillons mit Zeitungsverkauf, Imbiß und Souvenirverkauf
- Wohnheim (mit teilweisem Hotelbetrieb) und Altersheim.

Diese Funktionsdichte hat den Platz zum derzeitigen Kommunikationsschwerpunkt des Zentrums werden lassen. Die Namensgebung erfolgte am 8. Mai 1975.

Der Platz dient sowohl Massenveranstaltungen anläßlich gesellschaftlicher Höhepunkte als auch spezifischen Nutzungen, die durch die angelagerten Einrichtungen bestimmt werden. Das sind zum Beispiel saisonbedingte Boulevardversorgungen. Des weiteren eignet sich der Platz vorzüglich, um jahreszeitlich bedingte Aufgaben, wie zum Beispiel als Weihnachtsmarkt, zu erfüllen.

Die große Beliebtheit dieses Platzes bei der Bevölkerung von Schwedt und den Besuchern ist auch darauf zurückzuführen, daß es hier gelungen ist, innerhalb von zehn Jahren an einer Grundkonzeption festzuhalten und diese konsequent und

Bauausführung:

Warenhaus:
VEB BMK Ost, Betrieb Industriebau Schwedt

Wohnheim/Kompaktbau:
VEB WGK Frankfurt (Oder), Betrieb Schwedt

Pavillons:
VEB Baureparaturen Schwedt

Freiflächen:
VTK Frankfurt (Oder), Betrieb Nord

Investitionsvorbereitung

Gesamtkoordinierung:
GAG Schwedt, Leiter: Architekt BdA/DDR Ingenieur Dieter Arnold

Generalprojektant:
VEB WGK Frankfurt (Oder), KB Projektierung/Projektierungsbereich Schwedt
Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. Christoph Dielitzsch

Städtebauliche Konzeption:
Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. Eckehard Tattermusch, Stadtarchitekt

Ausführungsprojekt Warenhaus:
Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. Karl-Heinz Dochow, Kollektivleiter
VEB WGK Frankfurt (Oder), KB Projektierung/Produktionsbereich Eisenhüttenstadt

Entwurf Vorhangfassade Warenhaus:
Dipl.-Ing. Achim Kühn, Leiter des Kunstschmiedeateliers Berlin-Bohnsdorf

Ausführungsprojekt Wohnheim:
Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. Jochen Beige
Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. H. Meißner
Projektverantwortliche im VEB WGK Frankfurt (Oder), Kombinatsbetrieb Projektierung/Produktionsbereich Eisenhüttenstadt

Ausführungsprojekt Kompaktbau:
Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. Rudi Krebs, Kollektivleiter im VEB WGK Frankfurt (Oder), Kombinatsbetrieb Projektierung/Produktionsbereich Frankfurt (Oder)

Ausführungsprojekt Freiflächengestaltung:
Architekt BdA/DDR Diplomgärtner Günter Stötzner, VEB WGK Frankfurt (Oder), Kombinatsbetrieb Projektierung/Produktionsbereich Schwedt

Wandgestaltung „Schönheit durch Chemie":
Maler und Grafiker Franz Nolde
Maler und Grafiker Werner Voigt



4



5

kulturvoll zu realisieren. Es wurde eine differenzierte Gestaltung der vier Seiten des Platzes erreicht, wobei das Warenhaus durch seine ausdrucksstarke Fassade das dominierende Gebäude am Platz ist. Der der Gestaltung zugrunde liegende Hauptgedanke war das Bestreben, zwischen stark frequentierten Bereichen an den gesellschaftlichen Einrichtungen und einem Ruhebereich zu differenzieren. Die Differenzierung wurde durch eine bewußte Terrassierung erreicht. Der als Ruhezone gestaltete Bereich ist abgesenkt und wird durch eine Wasserfläche belebt.
Es ist gelungen, den Platz nach einer einheitlichen Material- und Formgestaltungskonzeption zu realisieren. Für die Platzbefestigung kamen oberflächenvergütete, großflächige Betonplatten (1200 mm × 1200 mm) zum Einsatz, die durch Saugheber verlegt wurden. Während der Ausführung gab es Auseinandersetzungen zur Frage der Erhaltung von Teilen der alten Alleebepflanzung in der Leninallee im Bereich des Platzes der Befreiung. Das Ergebnis beweist, daß es richtig war, die noch standfesten alten Bäume zu erhalten. Hierdurch wurde von Anfang an der Eindruck des Abgeschlossenen und Fertigen erreicht.
Der Einsatz der Mittel der bildenden Kunst erfolgte im Bereich des Platzes aufgrund der geplanten funktionellen Vielfalt zurückhaltend. Die Durchbruchwand „Schönheit durch Chemie" am Rande des Platzes, die von den Malern Franz Nolde und Werner Voigt gestaltet wurde, stellt die Verbindung zu dem anschließenden Schulkomplex des an den zentralen Bereich angrenzenden Wohngebietes her. Im Bereich des Platzes selbst wurden als bewußte Kontraste zu der reichen bildkünstlerischen Gestaltung in der Leninallee nur formgestalterische Elemente eingesetzt. Für den Entwurf der Elemente der Vorhangfassade des Warenhauses sowie der Spritzköpfe der Wassergestaltung zeichnet Dipl.-Ing. Achim Kühn verantwortlich.
Die hier vorgestellte Lösung war nur möglich durch konsequente Koordinierung und Konzentration der Mittel auf einen Schwerpunkt und durch die bewußte Differenzierung zu den angrenzenden Wohngebieten.
Der Prozeß der Investitionsvorbereitung und Durchführung für alle Objekte einschließlich der Freiflächen wurde einheitlich durch den im Auftrag des Rates der Stadt Schwedt arbeitenden Generalauftraggeber für den Aufbau der Stadt geleitet.

6





1

Bebauungskonzeption für das Wohngebiet Burg-Süd

Dipl.-Ing. Fritz Ungewitter
Bezirksarchitekt, Magdeburg

Gesellschaftspolitische Zielstellung

Die vom Rat des Bezirkes bestätigte Konzeption zur Entwicklung des komplexen Wohnungsbaus 1976 bis 1980 im Bezirk Magdeburg sieht vor, in der Kreisstadt Burg in diesem Zeitraum 1000 Wohnungseinheiten zu errichten. Dabei ist davon auszugehen, daß 200 Wohnungseinheiten an Einzelstandorten zur Ausführung kommen, während für 800 Wohnungseinheiten ein Komplexstandort zu erschließen ist.
Dem Büro für Städtebau und Architektur Magdeburg wurde eine, durch den Rat des Kreises Burg beschlossene gesellschaftspolitische Zielstellung zur Durchführung des Wohnungsbauprogramms in der Kreisstadt Burg übergeben. Dieses Dokument enthält eine Bedarfsermittlung für den Wohnungsneubau, welche einen Standort mit einer Kapazität von 1400 Wohnungseinheiten begründet. Dadurch wird ein ausreichendes Standortangebot für die Abdeckung des Wohnungsdefizits und für den erforderlichen Ersatzwohnungsbau geschaffen, so daß für den Zeitraum nach 1980 die städtebaulichen Voraussetzungen zur weiteren sozialistischen Umgestaltung der Altstadt gegeben sind.
Die Kreisstadt Burg (etwa 30 000 Einwohner) nimmt innerhalb des Kreisgebietes immer mehr den Charakter eines Siedlungsschwerpunktes an. Dieser Prozeß wird entscheidend beeinflußt durch die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Burg, die besonders durch die Betriebe der Metallurgie, der Leichtindustrie und des Maschinenbaus geprägt wird. Das sind besonders Betriebe wie der VEB Walzwerk „Hermann Matern", der VEB Schuhfabrik „Roter Stern", der VEB Burger Knäcke-Werke, der VEB Burger Bekleidungswerke und der VEB Maschinenbau Burg.

Grundsätze der städtebaulich-architektonischen Gestaltung

In Verwirklichung der gesellschaftlichen Zielstellung und der Aufgabenstellung wurde bei der Bearbeitung der Bebauungskonzeption von folgenden städtebaulich-architektonischen Gestaltungsgrundsätzen ausgegangen:

- Mit der Bebauungskonzeption für das Wohngebiet Burg-Süd sind die städtebaulichen Voraussetzungen für die Abrundung des südwestlichen Stadtgebietes und die eindrucksvolle Gestaltung des Stadtrandes im Bereich der Fernverkehrsstraße 1 zu schaffen
- Das Planungsgebiet ist organisch mit dem gewachsenen Stadtorganismus und dem Stadtzentrum zu verbinden
- Durch ein Punkthaus, als wirkungsvolle städtebauliche Dominante, ist sowohl das gesellschaftliche Zentrum als auch das gesamte Neubaugebiet zu betonen
- Das Hochhaus und die gesellschaftlichen Bauten des Wohngebietes sind zu einem interessanten Zentrumsbereich zusammenzufassen
- Die Kindereinrichtungen sind den Wohnbereichen unmittelbar zuzuordnen
- die Schulanlage – als wichtiges städtebauliches und gesellschaftliches Objekt – ist dem Zentrum des Wohnbereiches zuzuordnen. Durch einen ausreichend gewählten Abstand von der Wohnbebauung sind Störfaktoren (Lärm) weitestgehend auszuschalten
- Die fünfgeschossige Wohnbebauung ist zu überschaubaren, differenziert gestalteten Wohngruppen zusammenzufassen, die nach Möglichkeit verkehrsfreie Grünräume umschließen
- Besonderer Wert ist auf die Gestaltung der Baukörper und Fassaden entlang der Fernverkehrsstraße 1 und im Bereich des gesellschaftlichen Zentrums zu legen
- Einrichtungen für den ruhenden Verkehr sind weitgehend aus dem unmittelbaren Wohnbereich herauszulösen und am Rande des Planungsgebietes auszuweisen.
- Der Übergang zur offenen Landschaft im südwestlichen Teil des Planungsgebietes ist durch Einrichtungen der Schule, wie Schulgarten und Sportplatz, sowie durch Mietergärten harmonisch zu gestalten
- Die Freiräume innerhalb der Wohngruppen sind differenziert auszuführen und sollen vielfältige Spiel- und Erholungsmöglichkeiten für unterschiedliche Altersgruppen bieten.

Städtebauliche Konzeption

Die Konzeption geht davon aus, am Südrand der Stadt Burg ein wirkungsvolles städtebauliches Ensemble und zugleich einen Auftakt zum Erlebnis der Kreisstadt Burg zu schaffen. Besonderer Wert wurde auch auf das städtebauliche Erlebnis für die künftigen Bewohner, die, aus der Stadt kommend, ihr neues Wohngebiet erreichen, gelegt. Am Eingang zum Wohnkomplex wurde in Verbindung mit dem Wohnhochhaus das gesellschaftliche Zentrum konzipiert. Dadurch entstehen günstige Wegebeziehungen für die Bewohner des Wohnkomplexes und für die Bewohner der angrenzenden Altbebauung der Magdeburger Chaussee und des Altneubaugebietes im Bereich der Gustav-Stollberg-Straße. Das Punktwohnhaus ist zur Betonung des künftigen Straßenknotenpunktes in das gesellschaftliche Zentrum integriert und ist gleichzeitig Blickpunkt der zentral gelegenen Fußgängerachse, von der die Bewohner die einzelnen Wohngruppen ohne Störung durch fließenden Verkehr erreichen können.

Am Endpunkt dieser zentralen Fußgängerachse liegt die POS mit Turnhalle. Durch die zentrale Lage der Schule erübrigt sich für viele Schulkinder das Überqueren einer Erschließungsstraße. Durch die Lage der verkehrsfreien zentralen Fußgängerachse ergibt sich ein einfaches ringförmiges, die

Städtebauliche Konzeption:
Dipl.-Ing. Fritz Ungewitter, Architekt BdA/DDR
Dr.-Ing. Karin Kirsch, Architekt BdA/DDR
Dipl.-Ing. Rudolf Wohlmann, Architekt BdA/DDR

Freiflächenkonzeption:
Dipl.-hort. Ekkehard Röhling, Architekt BdA/DDR

Verkehrskonzeption:
Dipl.-Ing. Dirk Schütze

Konzeption zur stadttechnischen Erschließung:
Ing.-Ök. Ingrid Köppel

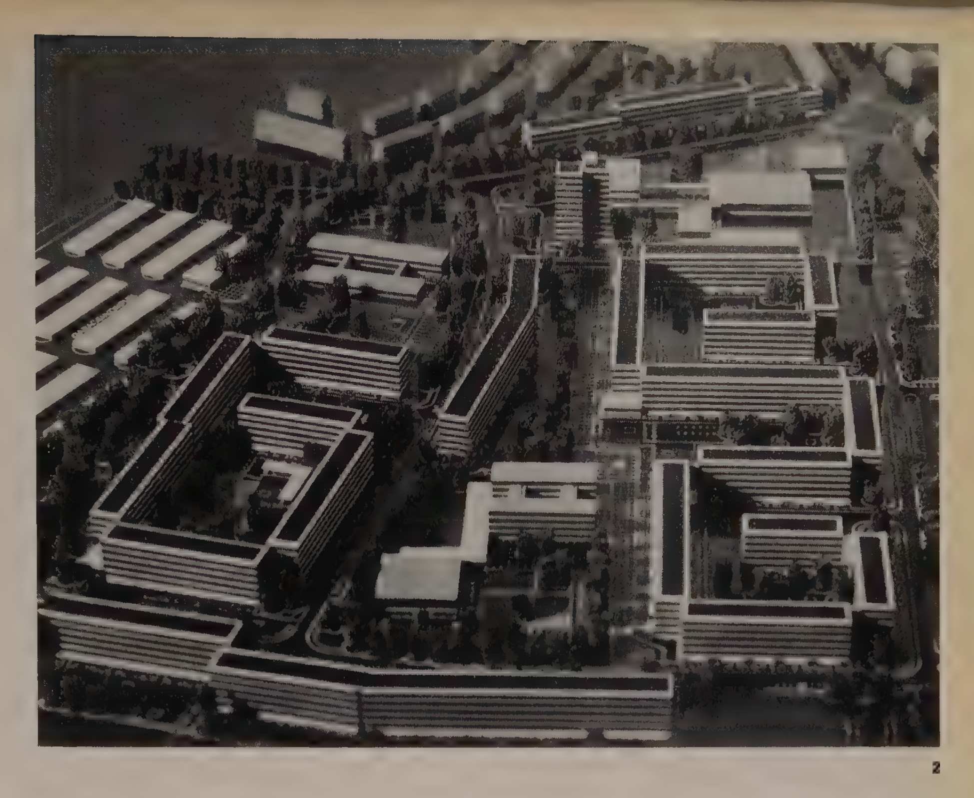
Straßenabsteck- und Baumassenbegrenzungslinienplan:
Vermessungsingenieur Fritz Nebelung

Wohnungsbau:
208 Einraum-Wohnungen – (14 Prozent)
263 Zweiraum-Wohnungen – (18 Prozent)
756 Dreiraum-Wohnungen – (51 Prozent)
249 Vierraum-Wohnungen – (17 Prozent)
Insgesamt sind es 1476 Wohnungseinheiten mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 57,34 m².

Gesellschaftliche Einrichtungen:
Polytechnische Oberschule 792 Plätze
Turnhalle 502 m²
Kindergarten/Kinderkrippe 180/80 Plätze
Kaufhalle 400/600 m² VRFl.

Gaststättenkomplex:
Wohngebietsgaststätte 96 Plätze
Bibliothek 11 000 Bände
Mehrzweckraum, Jugendklub 130 Plätze
Café, Post 55 Plätze/2 Arbeitsplätze
Ambulanz 4 Arbeitsplätze

Dienstleistungsgebäude:
Annahmestelle 150 m²
Friseur, Kosmetik 9 Arbeitsplätze
Umkleide- und Gerätehaus 200 m²
Garagen 625 Boxen
Altstoffannahme 150 m²



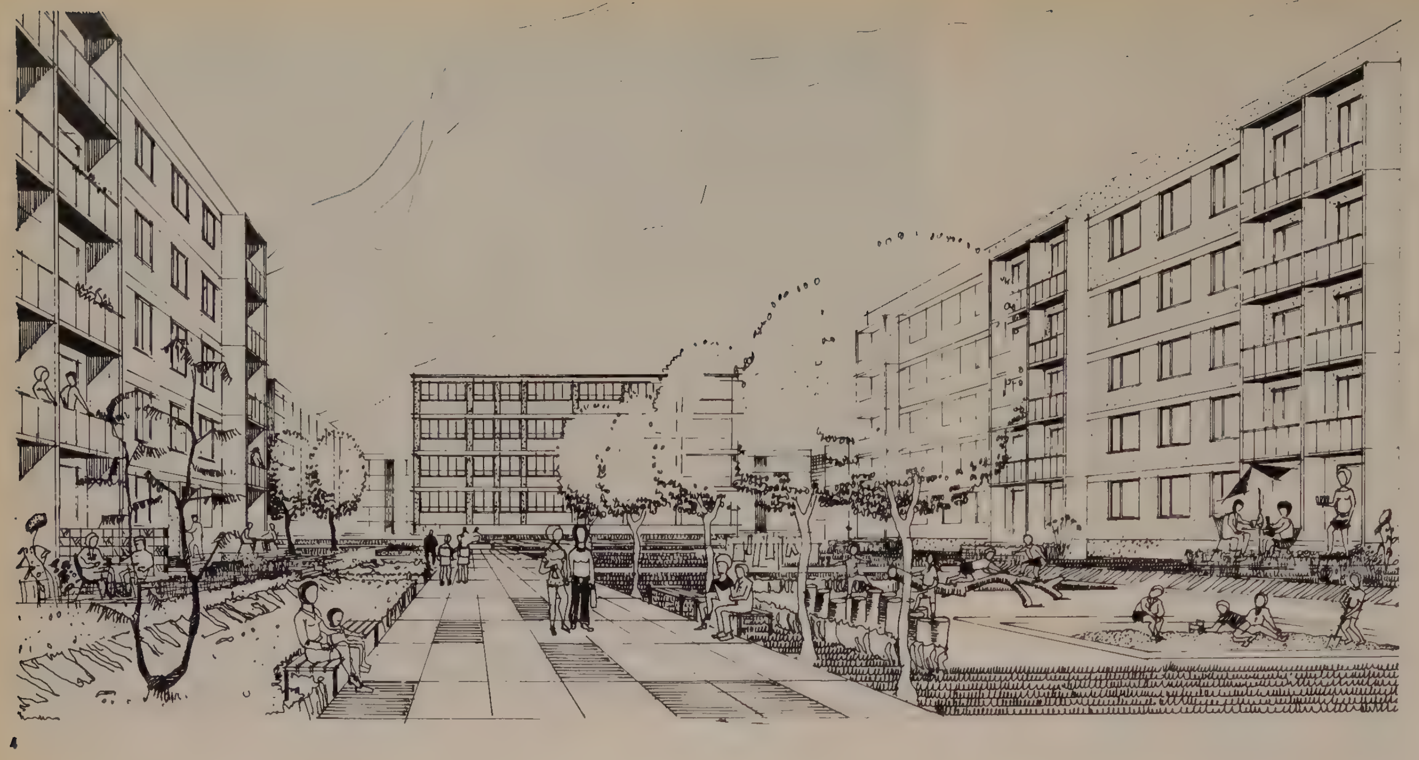
2

1
Wohngebiet Burg-Süd.
Perspektivische Ansicht einer Hauptstraße

2
Modell für das Wohngebiet. Blick von Südwesten

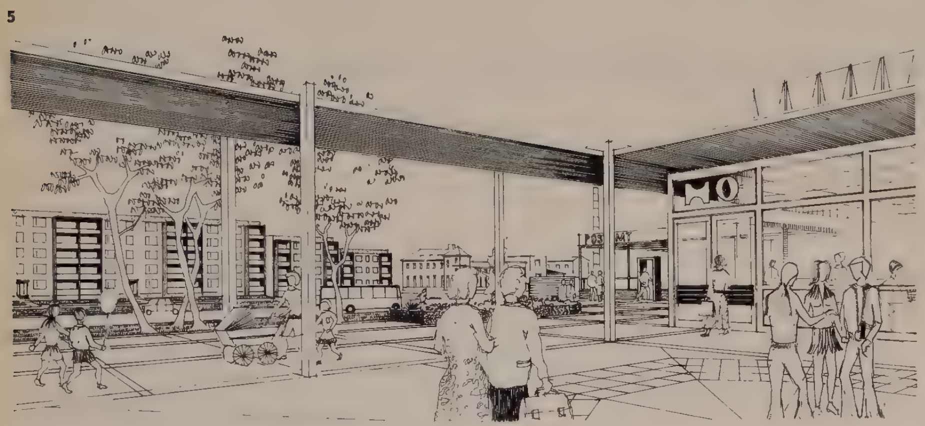
3
Bebauungskonzeption

3



4

5



4
Fußgängerachse mit Blick auf die polytechnische Oberschule

5
Zentrumsbereich im künftigen Wohngebiet Burg-Süd

6
Modell für das Wohngebiet. Blick von Nordosten

Wohngruppen von außen erschließendes Verkehrssystem. Besonderer Wert wurde auf das Erscheinungsbild des Wohnungsbaus von der Fernverkehrsstraße gelegt. Parallel zur Fernverkehrsstraße 1 – Magdeburger Chaussee – wurde eine eindeutige rhythmische Gliederung im Wechsel von gleich langen Blocks und Verkehrserschließungsräumen konzipiert. Die südwestliche Randbebauung ist relativ geschlossen gehalten, öffnet sich aber wiederum vom Schulkomplex zu den im Süden des Planungsgebietes liegenden schulischen Einrichtungen wie Schulgarten und Schulsportplatz. Die kombinierte Kindereinrichtung wurde unmittelbar an das gesellschaftliche Zentrum angebunden, damit für Mütter und Kinder optimale Wegebeziehungen erreicht werden.

Die Anbindung an das innerstädtische Verkehrsnetz erfolgt einmal durch eine Anschlußstraße an die Magdeburger Chaussee und zum anderen an den geplanten Tangentenring, der vom Kreuzungspunkt in Richtung Bahnhof führen wird. Nördlich der geplanten Ringstraße wurde im Anschluß an die vorhandene zweigeschossige geschlossene Bebauung an der Magdeburger Chaussee ohne Abbruch von Wohnraumsubstanz eine in der Geschoßanzahl gestaffelte Wohngruppe konzipiert. Diese Wohngruppe schließt den gesamten Wohnkomplex und vor allem das gesellschaftliche Zentrum nach Norden hin ab. Am Nordwestrand des Wohnkomplexes wurde ein Garagenkomplex eingeordnet, der den Bedarf des gesamten Neubaugebietes deckt und darüber hinaus zur Befriedigung des Nachholebedarfs aus der angrenzenden Altneubebauung herangezogen werden kann. Er ist sowohl an das städtische Verkehrsnetz als auch an den Wohnkomplex günstig angebunden.

■ Wohnungsbau:

In Abstimmung mit dem Bezirksbauamt kommt im ersten Bauabschnitt der Typ P 2 und im zweiten Bauabschnitt der Typ WBS, fünfgeschossig, zur Anwendung.

Die beabsichtigte räumliche Wirkung der einzelnen Wohngruppen wird im wesentlichen durch die Bildung rechtwinkliger Ekken erzielt.

Die Bildung von zwei stumpfwinkligen Ecken im Bebauungsgebiet stellt eine Sonderlösung dar, mit welcher der trapezförmig aufgeweitete innere Freiraum erreicht und zugleich zwischen den drei Hauptrichtungen der Gebäudestellung vermittelt wird. Die Erschließung der Wohnblocks ermöglicht es, eine funktionelle Trennung der Räume für den fließenden und ruhenden Verkehr von den Grünräumen vorzunehmen. Auf diese Weise können die verkehrsfreien Grünräume für die Belange des Erholens, des Spielens für Kinder und zur Unterbringung der notwendigen Wirtschaftseinrichtungen intensiv gestaltet werden.

Die Wohngruppe im Anschluß an die zweigeschossige Altbebauung der Magdeburger Chaussee beginnt mit einer dreigeschossigen Sektion und staffelt sich über vier- und fünfgeschossige Bauten.

■ Gesellschaftliche Einrichtungen:

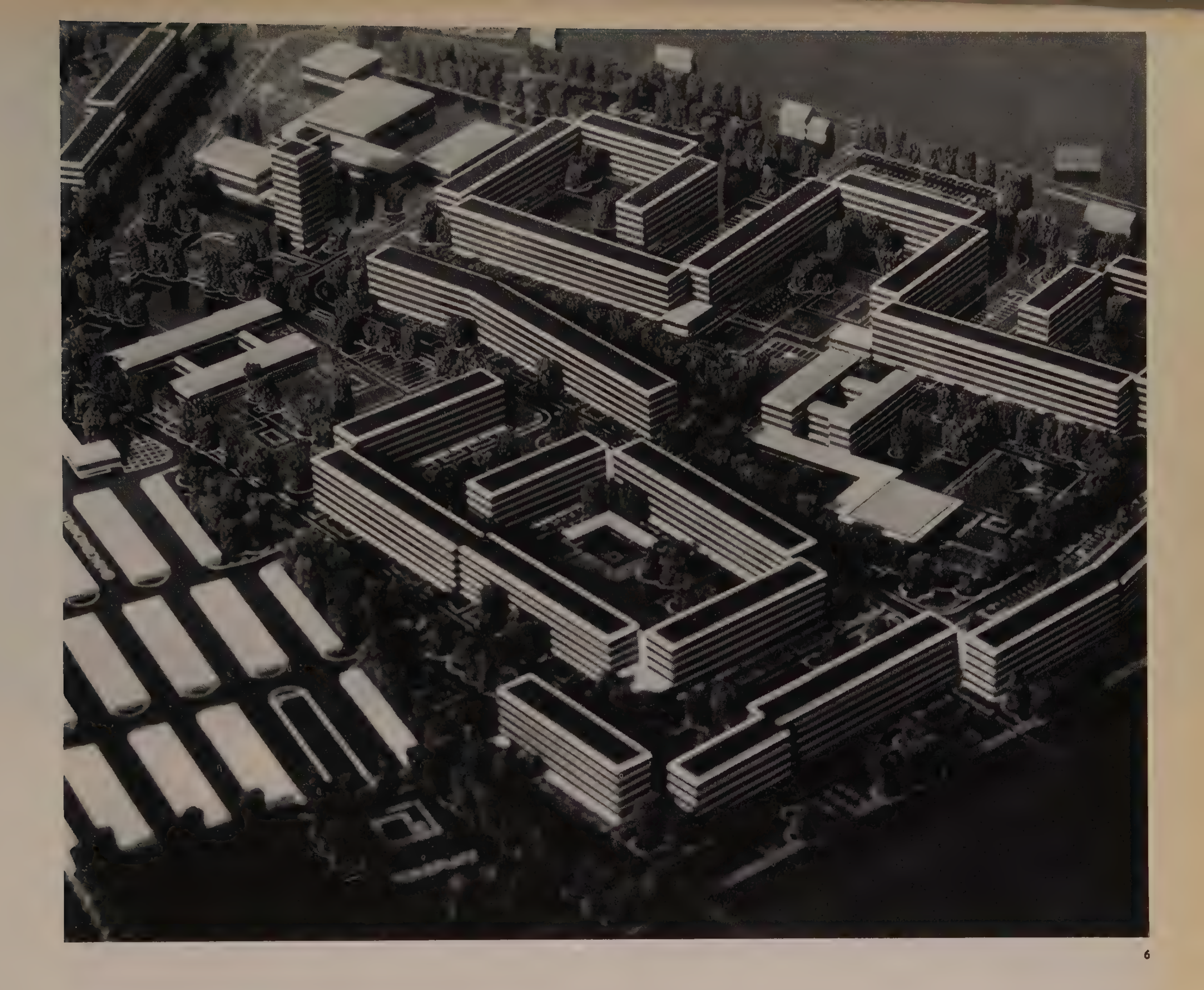
In einem Nachtrag zur gesellschaftspolitischen Zielstellung, erarbeitet von der Kreisplankommission, wurden die erforderlichen gesellschaftlichen Einrichtungen benannt und deren Kapazitäten ermittelt.

Die geplante Einwohnerzahl macht den Bau einer zweizügigen polytechnischen Oberschule erforderlich. Verwendet wird das bezirkliche Wiederverwendungsprojekt für 792 Schüler.

Die Schulspeisung erfolgt innerhalb der polytechnischen Oberschule, da in diesem bezirklichen Wiederverwendungsprojekt die notwendigen räumlichen Voraussetzungen, wie Ausgabe, Spüle und Mehrzweckräume, vorhanden sind.

Auf Grund der Größe der Schule wird eine Turnhalle des Typs KT 60 L mit 502 m^2 Sportfläche ausgewiesen.

Die geltenden Bemessungsrichtwerte machen 238 Kindergartenplätze erforderlich. Das im Bezirk ausschließlich zur Anwendung kommende Typenprojekt weist 180 Kindergartenplätze aus. Nach dem zur Zeit noch verbindlichen Bemessungsrichtwert sind 107 Kinderkrippenplätze für den



6

Wohnkomplex notwendig. In dem zur Anwendung kommenden Typenprojekt stehen 80 Kinderkrippenplätze zur Verfügung.

In den Beratungen mit den Vertretern des Rates der Stadt und des Rates des Kreises wurde dahingehend Übereinstimmung erzielt, daß für das Neubaugebiet der oben erwähnte Typ — kombinierte Kindereinrichtung mit 80 Krippen- und 180 Kindergartenplätzen — zur Anwendung kommt. Fehlende Kapazitäten sollen durch Erweiterungsbauten an vorhandenen städtischen Einrichtungen geschaffen werden.

Mit Rücksicht auf die schlecht versorgte angrenzende Altbebauung bzw. Altneubebauung wurde in Übereinstimmung mit den örtlichen Organen als Kaufhalle der Typ ESK 400/600 gewählt.

Aufgrund des Bemessungsrichtwertes ergibt sich ein Bedarf von 59 bis 85 Gaststättenplätzen für die Neubebauung. Im Hinblick auf den Nachholebedarf der angrenzenden Altbebauung wurde eine Gaststätte mit einer Kapazität von 96 Plätzen ausgewiesen. Im Obergeschoß dieses Objektes befindet sich eine Bibliothek mit 11 000 Bänden, die ebenfalls den Bedarf für das angrenzende vorhandene Wohngebiet abdeckt.

Ferner sind im Obergeschoß Klubräume vorgesehen, die von der Jugend, für Wohnbezirksversammlungen und ähnliches genutzt werden können.

In einem Gebäude für Dienstleistungen sind folgende Einrichtungen untergebracht: Annahmestelle für Dienstleistungen und ein Friseursalon.

Für die Annahmestelle für Dienstleistungen sind insgesamt 150 m² Fläche geplant. Der Friseur- und Kosmetiksalon ist mit 9 Arbeitsplätzen vorgesehen. Bei beiden Einrichtungen wurden die Richtwerte aufgrund des Nachholebedarfs in der Altbebauung überschritten.

Ein Ambulatorium beinhaltet vier Arztpraxen, zwei Praxen für Allgemeinmedizin, zwei stomatologische Praxen, einschließlich einer Schwesternstation.

Für ein Zweigpostamt wurde in Verbindung mit einem Café die notwendige Fläche für zwei Arbeitsplätze ausgewiesen. Der zur Komplettierung des gesellschaftlichen Zentrums vorgesehene Bau eines Cafés mit etwa 55 Gaststättenplätzen ist als Ersatz für eine Gaststätte anzusehen, die im Zusammenhang mit dem Bau der südlichen Verkehrstangente abgebrochen werden muß.

Bei den gesellschaftlichen Einrichtungen, wie Schule, Turnhalle, kombinierte Kindereinrichtung und Kaufhalle, wurde vom bezirklichen und zentralen Typenangebot ausgegangen. Für die Objekte Gaststätte mit Bibliothek und Dienstleistungstrakt mit Café sind Wiederverwendungsprojekte anzuwenden.

Die einzelnen Objekte des gesellschaftlichen Zentrums wurden durch Überdachung bzw. Pergolen miteinander verbunden. Damit wurde zugleich eine interessante und abwechslungsreiche Raumfolge erzielt, die in die Tiefe des Wohngebiets überleitet.

■ Bildkünstlerische Konzeption:

Die städtebaulich-architektonischen Gestaltungsabsichten sind mit den Mitteln der bildenden Kunst zu unterstützen. Dazu ist der konzentrierte Einsatz dieser Mittel im Bereich des gesellschaftlichen Zentrums vorgesehen. Weitere Gestaltungsschwerpunkte bilden der Schulkomplex und der zentrale Freiraum zwischen Zentrum und Schulkomplex.

Die Bearbeitung der bildkünstlerischen Konzeption erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Beirat für bildende Kunst und in Abstimmung mit den örtlichen Räten.

■ Konzeption zur Farbgestaltung:

Als weiteres Mittel zur Steigerung der städtebaulich-architektonischen Wirkung des Wohngebietes wird die Farbgestaltung angesehen. Sie soll zur Differenzierung der einzelnen Räume bzw. Gebäudegruppen beitragen.



1

Wohngebiet Weimar „Am Stadion"

Dipl.-Ing. Ewald Henn
Bezirksarchitekt beim Rat des Bezirkes Erfurt
Dipl.-Ing. Heinz Münch
Stellvertretender Abteilungsleiter für Bebauungsplanung

1
Modellfoto. Stand 1974

2
Lageplan. Stand 1974

Städtebaulicher Entwurf:
Büro des Bezirksarchitekten beim Rat des Bezirkes Erfurt
Dipl.-Ing. Ewald Henn
Dipl.-Ing. Walter Müller
Dipl.-Ing. Heinz Münch
Dipl.-Ing. Sigfried Grabner
Dipl.-Ing. Isolde Gherasopulos

Stadttechnik:
Dipl.-Ing. Bettina Martin

Freiflächengestaltung:
Gartenbauingenieur Jutta Löbe

In den nächsten Jahren sollen in Erfüllung des Wohnungsbauprogramms in der Stadt Weimar etwa 3000 Wohnungen errichtet werden.

Die Untersuchung der extensiven Standortangebote (Weimar-Nord, Am Stadion, Tiefurt, Böckelsberg, Umgestaltungsgebiet Jacobsviertel) hat ergeben, daß der für Weimar erforderliche Wohnungszuwachs mit den dafür notwendigen Primärerschließungsmaßnahmen am effektivsten auf den Standorten „Weimar-Nord" und „Am Stadion" realisiert werden kann.

Mit der städtebaulichen Konzeption werden angestrebt,

- die Standortbedingungen unter den gegebenen Begrenzungen durch Reichsbahn und Industrie, die eine relative Abgeschlossenheit gegenüber dem Stadtgebiet bewirken, optimal ausnutzen
- die Anschlußbedingungen an das Verkehrsnetz der Stadt unter Berücksichtigung der notwendigen Überquerung der Reichsbahntrassen zu gestalten
- ein klares System von Wohngruppen und differenzierten Raumfolgen mit den gestalterischen Möglichkeiten des mehrgeschossigen Wohnungsbaus zu schaffen
- bedeutende topographische und funktionelle Schwerpunkte durch besonders gestaltete Baukörper zu betonen
- gesellschaftliche Einrichtungen in die Grundstruktur des Wohngebietes unter besonderer Berücksichtigung von Fußgängerbereichen anzuordnen, die die Anziehungspunkte des gesellschaftlichen Lebens und der Freizeitgestaltung darstellen.
- die Beziehungen zum angrenzenden Landschaftsraum wirkungsvoll zu gestalten und
- Forderungen des Landeskulturgesetzes durch vorbeugenden Lärmschutz und weitgehende Erhaltung des Bestandes an Großgrün zu beachten.

Das Planungsgebiet „Am Stadion" liegt nordwestlich des Stadtzentrums und rundet die Stadtstruktur sinnvoll ab. Im Osten des Gebietes schließt sich eine siedlungsartige Wohnbebauung mit zwei- bis dreigeschossigen Gebäuden an. Im Norden befindet sich das Neubaugebiet „Weimar-Nord" mit überwiegend fünfgeschossiger Bebauung. Die Ballungsbereiche der Industrie liegen im Norden und Westen der Stadt und sind vom Planungsgebiet aus gut zu erreichen. Eine direkte fußläufige Verbindung besteht zum Industriegebiet „An der Schwanenseestraße", das wegen seiner günstigen Standortfaktoren (Straßen- und Gleisanschluß) mit nichtstörenden Industrie- und Dienstleistungsbetrieben langfristig ausgebaut werden kann.

Naherholungsgebiete befinden sich im Osten und Süden der Stadt. Die Asbachniederung („Am Paradies"), die sich im Westen an das Neubaugebiet anschließt, soll langfristig für gesamtstädtische Naherholungszwecke ausgebaut werden. Zwischen Innenstadt und Planungsgebiet besteht eine enge funktionelle Beziehung durch den Asbachgrünzug, in dem Einrichtungen der Naherholung und des Sports eingeordnet sind. Insgesamt bestehen günstige Weg-Zeit-Beziehungen zwischen dem Planungsgebiet und den Arbeitsstätten, den zentralen Einrichtungen der Stadt und den innerstädtischen und stadtnahen Erholungsgebieten.

Das funktionelle Grundgerüst des Wohngebiets bildet die in Ostwestrichtung verlaufende Fußgängerverbindung, die von der Innenstadt über den Asbachgrünzug durch das Wohngebiet bis zum geplanten Naherholungsgebiet „Am Paradies" verläuft. Im direkten Wohngebietsbereich zweigen aus dieser Hauptsache zwei weitere Fußgängerverbindungen ab und führen nach dem Wohngebiet „Weimar-Nord" und dem Industriegebiet „An der Schwanenseestraße". Am Schnittpunkt dieser Fußgängerachse ist der Kommunikationsschwerpunkt des Wohngebietes, das Versorgungszentrum, eingeordnet.

Das Wohngebietszentrum stellt eine Folge von Räumen unterschiedlichen Charakters dar, um die sich die gesellschaftlichen Ein-

Anzahl der Wohnungen:	3 599 WE
Belegungsfaktor:	2,86 Ew/WE
Einwohnerdichte:	257 Ew/ha
■ Gesellschaftliche Einrichtungen	
Kombinierte Kindereinrichtungen	540 Plätze KG 270 Plätze KK
Polytechnische Oberschule	2 160 Plätze
Turnhalle	1 752 m² Sportfläche
Wohngebietsgaststätte	140 Plätze
Milchbar	40 Plätze
Schulspeisung	540 Plätze
Wohngebietsklub (zeitlich nachgelagerte Nutzung der Schulspeiseneinrichtung)	
■ Dienstleistungen:	
Komplexe Annahmestelle	240 m²
Friseur, Kosmetik	13 Arbeitsplätze
Sekundärrohstoffe	72 m²
Annahmepostamt	4 Arbeitsplätze
Sparkassenzweigstelle	3 Arbeitsplätze
KWV-/AWG-Verwaltung	4 Arbeitsplätze
Pflegestützpunkt ÖVW	40 m²
Abschnittsbevollmächtigter	58 m²
Zweigbibliothek	12 500 Bände
Handelseinrichtungen	
Kaufhalle	1 200 m² VKRF
Spezialläden	200 m² VKRF
■ Medizinische Versorgung:	
Allgemeinmedizin, Pädiatrie, Stomatologie	10 Arztarbeitsplätze
Gemeindeschwester	2 Arbeitsplätze
Arzneimittelausgabestelle	2 Arbeitsplätze
■ Feierabendheim mit Pflegestation	198 Plätze
■ Blumenverkaufsstelle	60 m²
■ Freizeit- und Erholungseinrichtungen	
Sauna	35 Plätze
Kegelsportanlage	4 Bahnen
Jugendklub	
Terrassencafé und Diskothek	500 m²
Zirkelräume, Konditionierungsräume	250 m²

richtungen konzentrieren. Die rückwärtige Lage der Anlieferbereiche garantiert eine Zone ungestörten Fußgängerverkehrs. An der Übergangsstelle zum Naherholungsgebiet „Am Paradies" sind Flächen für die Gestaltung eines Freizeit- und Erholungszentrums ausgewiesen. Diesem Bereich ist ein Feierabendheim mit Pflegestation zugeordnet.

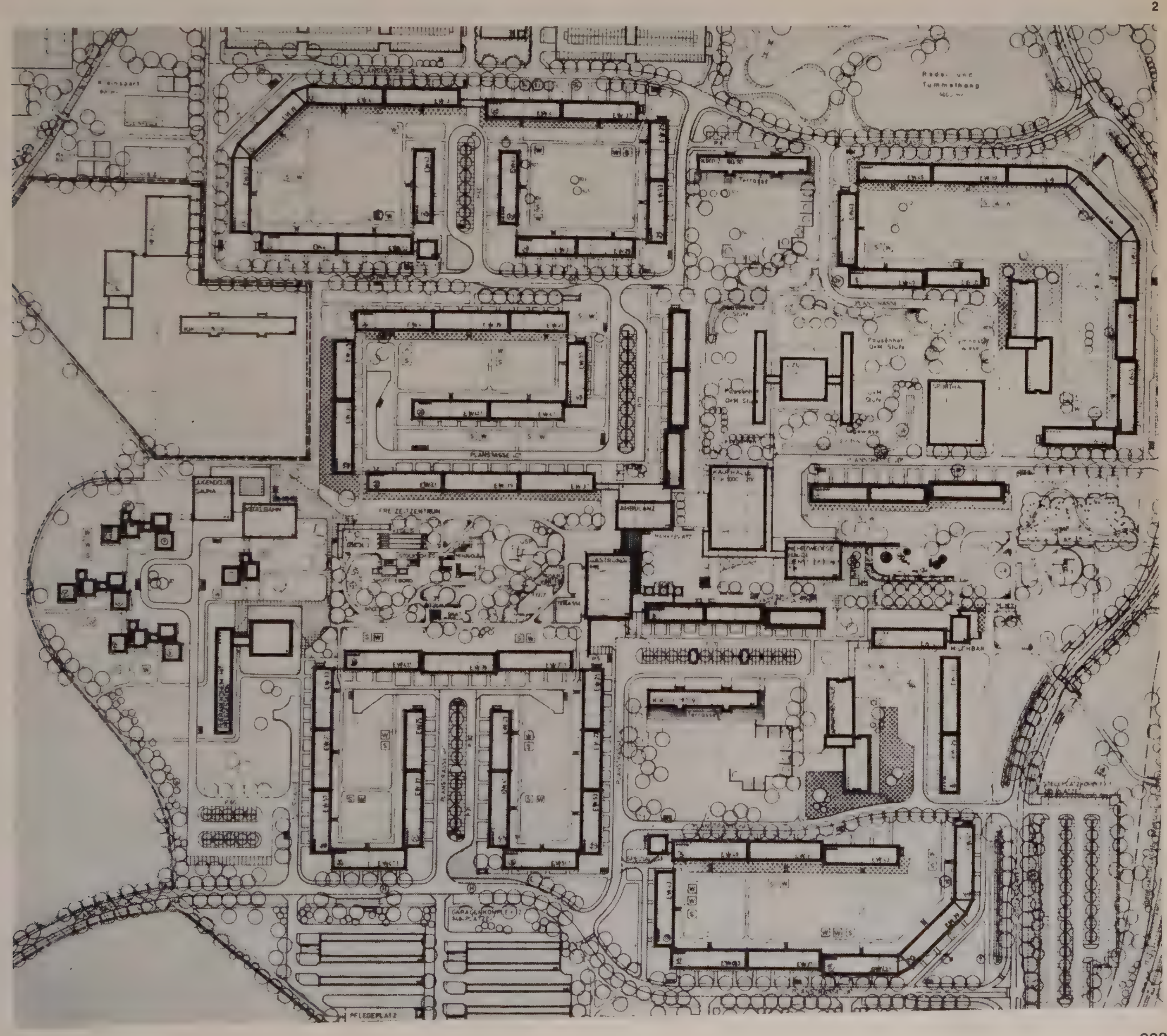
Die Wohnbebauung gliedert sich nördlich und südlich der Hauptfußgängerachse in zwei große Wohnbereiche, die wiederum durch in sich geschlossene, klar ablesbare Wohngruppen gegliedert sind. Die vorschulischen Einrichtungen werden den Wohngruppen, die Schulen den beiden zentralen Bereichen zugeordnet. Das Feierabendheim und Wohnungen für ältere Bürger werden ebenfalls in enger Beziehung zu den Schwerpunkten des gesellschaftlichen Lebens im Wohngebiet errichtet.

Die öffentlichen Freiflächen konzentrieren sich in einem Grünzug, der beide Versorgungszentren miteinander verbindet und in den Naherholungsbereich überleitet. Die Fußgängerbereiche bilden Anziehungspunkte des gesellschaftlichen Lebens, der Freizeitgestaltung sowie des Spiels und des Sports. Sie bestimmen mit ihren Verbindungen zu anderen Funktionsbereichen der Stadt die städtebauliche Gestaltung des Wohngebietes. Die Sportflächen sind konzentriert am westlichen Ende des Wohngebietes im Übergangsbereich zum Naherholungsgebiet vorgesehen. Die Anbindung für den fließenden Verkehr erfolgt über die Schwanenseestraße im Südosten, über die Rießnerstraße im Norden und über die Röhrstraße im Osten. Die Anbindepunkte sind durch die geplante Osttangente zu verbinden. Die entstehenden Kreuzungspunkte mit der Reichsbahn werden durch Brückenbauwerke niveaufrei gestaltet. Die Fußgänger werden über die vorhandenen und geplanten Brückenbauwerke in das Wohngebiet geführt. Die geplante Trennung der Verkehrsarten begünstigt die Entwicklung eines ruhigen Wohnmilieus. Anlagen des ruhenden Verkehrs sind weitgehend am Rande des Wohngebiets in den Schutzzonen zwischen Reichsbahn, Industrie und der Neubebauung eingeordnet. Das Massenverkehrsmittel (Bus) tangiert das Wohngebiet und ist aus allen Wohnbereichen günstig zu erreichen.

Das Sortiment der mehrgeschossigen Wohngebäude basiert auf der Grundlage der rationalisierten Wohnungsbaureihe Erfurt. Akzente werden durch mehrgeschossige Würfelhäuser (WBS 70) an Kommunikationsschwerpunkten gesetzt.

Für die gesellschaftlichen Einrichtungen, wie Schulen, Turnhallen, Kinderkombinationen, Kaufhallen und kleine Einrichtungen (Pavillon), werden Angebots- und Wiederverwendungsprojekte angewendet. Für alle weiteren gesellschaftlichen Einrichtungen sind Projektlösungen auf der Grundlage des SKBM 72 zu entwickeln.

2



Projektant:
VEB Ingenieurhoch- und Tiefbau, Ottendorf-Okrilla/Dresden

Entwurf und Gesamtleitung:
Dr.-Ing. habil. Manfred Zumpe

Mitarbeiter:
Dipl.-Ing. Horst Witter
Dipl.-Ing. Angelika Hayagneh
Bauingenieur Erhard Antelmann

Statik, Konstruktion und Technologie:
Dipl.-Ing. Günther Schmidt
Dipl.-Ing. Heinz-Georg Zink
Dipl.-Ing. Werner Klottig
Dipl.-Ing. Lothar Dimmler
Dipl.-Ing. Eckehard Landmann
Dipl.-Ing. Hellmut Voigt

Heizungs- und lüftungstechnische Anlagen:
Ingenieur Helmut Zschiedrich

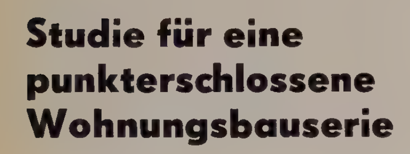
Sanitärtechnische Anlagen:
Ingenieur Jürgen Olbrich

Elektrotechnische und Informationsanlagen:
Ingenieur Rainer Kühne

Bauwirtschaft:
Bauingenieur Volkmar Kaiser
Bauingenieur Walther Herschel
Bauingenieur Heinz Holm

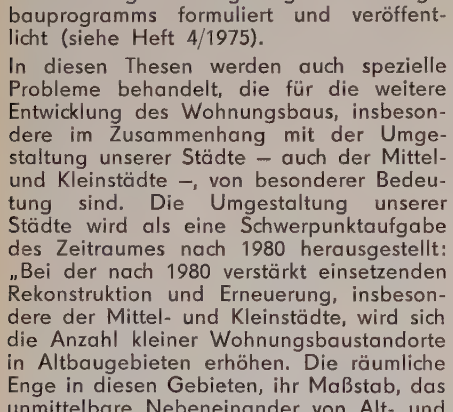
Bauphysik:
Bauingenieur Erich Dahms

1



Studie für eine punkterschlossene Wohnungsbauserie

Dr.-Ing. habil. Manfred Zumpe



Die Bauakademie der DDR hat zur Vorbereitung der 31. Plenartagung in Form von Thesen die Aufgaben des Städtebaus zur Erfüllung des langfristigen Wohnungsbauprogramms formuliert und veröffentlicht (siehe Heft 4/1975).

In diesen Thesen werden auch spezielle Probleme behandelt, die für die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus, insbesondere im Zusammenhang mit der Umgestaltung unserer Städte – auch der Mittel- und Kleinstädte –, von besonderer Bedeutung sind. Die Umgestaltung unserer Städte wird als eine Schwerpunktaufgabe des Zeitraumes nach 1980 herausgestellt: „Bei der nach 1980 verstärkt einsetzenden Rekonstruktion und Erneuerung, insbesondere der Mittel- und Kleinstädte, wird sich die Anzahl kleiner Wohnungsbaustandorte in Altbaugebieten erhöhen. Die räumliche Enge in diesen Gebieten, ihr Maßstab, das unmittelbare Nebeneinander von Alt- und Neubauten und die Erhaltung kulturhistorisch wertvoller Bausubstanz stellen hohe Anforderungen an die Konstruktionssysteme und die Bautechnologien des komplexen Wohnungsbaus. Bautechnologien mit günstigen Ausmaßen des Baustellenbereiches sowie flexible Transport- und Montageprozesse sind für das Bauen in innerstädtischen Gebieten unerläßlich (da die Bauprozesse in der Stadt die städtischen Funktionen nur wenig stören dürfen und umfassende Straßensperrungen zu vermeiden sind). Die Ortfertigung von Tragkonstruktionen sollte mehr als bisher genutzt werden. Das bedeutet, daß künftig neben der Montagebauweise Technologien des Monolithbaus in die industrielle Entwicklung des Bauens stärker einzubeziehen sind.

Es ist darum notwendig, den Stadtplanern, Projektanten und Baubetrieben schnell praxiswirksame Anleitung und moderne Technologien und Ausrüstungen zu geben."

Die punkterschlossene Wohnungsbauserie wurde auch im Hinblick auf diese perspektivische Entwicklung ausgearbeitet. Mit ihr sollen vorwiegend Standorte bebaut werden, deren Bedingungen einen ökonomischen und effektiven Einsatz der Großtafelbauweise nicht gewährleisten. Darüber hinaus ist sie geeignet, das vorhandene Erzeugnisangebot des komplexen Wohnungsbaus zu ergänzen und damit zur Bereicherung der Bebauungsformen neuer Wohnkomplexe beizutragen.

Eine Aufgabe von besonderer Bedeutung im Bezirk Dresden ist die Hangbebauung. Die spezifischen Bedingungen, die mit dem Bauen auf hängigem Gelände verbunden sind, können mit der vorliegenden Wohnungsbauserie auf Grund ihrer technologischen Konzeption effektiv erfüllt werden.

Mit dieser Entwicklung verknüpft sich aber insbesondere auch das Anliegen, neue Wohnungs- und Erschließungsformen, die Einbeziehung von Gemeinschaftseinrichtungen sowie die Funktionsmischung mit geeigneten gesellschaftlichen Einrichtungen zu erproben und auszuwerten.

In bewußtem Gegensatz zu den traditionellen Grundrißformen des Wohnungsbaus, die auf dem Prinzip der Reihung vereinheitlichter Gebäudesegmente und -sektionen beruhen, orientiert sich die punkterschlossene Wohnungsbauserie auf kompakte Baukörper von ausgeprägt plastischer Gestalt.

Durch die Großflächigkeit der Grundrisse können viele Wohnungen in einem großzügig erschlossenen Wohngeschoß untergebracht und Gemeinschaftsräume zugeordnet werden. Auf diese Weise ergeben sich Möglichkeiten vielseitiger Begegnungen und Kontakte zwischen den Bewohnern (Räume für gemeinsame Freizeitgestaltung oder Veranstaltungen einzelner Gruppen der Wohngemeinschaft).

Die Geschoßzahl ist variabel. Durch entsprechende Ausbildung des Verkehrsbereiches können bei gleicher Grundrißstruktur weniggeschossige, mehrgeschossige und vielgeschossige Gebäude errichtet werden. Die Skala der Wohnungstypen reicht von der Einraumwohnung bis zur Vierraumwohnung; auch Fünfraumwohnungen für kinderreiche Familien oder Drei-Generationen-Familien sind realisierbar.

Mit Ausnahme der Einraumwohnungen sind alle Wohnungseinheiten nach zwei oder drei Himmelsrichtungen orientiert.

Alle Wohnungen verfügen über einen geräumigen Freisitzplatz. Charakteristisch sind die dreieckförmigen Loggien und Terrassen und die Zuordnung der Haupträume über Eck, so daß ein geschützter vielseitig nutzbarer Freiraum entsteht, der einen hohen Wohnwert besitzt. Den Erdgeschoßwohnungen sind Mietergärten vorgelagert, da das übliche, ein halbes Geschoß über Terrain ragende Kellergeschoß



2 3 4 5 6

1 Vielgeschossige Zwölfeckhäuser am Hang. Perspektive

Auswahl einiger Wohnungsgrundrisse 1 : 250

2 Einraumwohnung für eine Person (33,25 m²)

3 Zweiraumwohnung für zwei Personen (54,93 m²)

4 Dreiraumwohnung für vier Personen (63,00 m²)

5 Dreiraumwohnung für fünf Personen (88,26 m²)

6 Vierraumwohnung für sechs Personen (94,51 m²)

Auswahl von gesellschaftlichen Einrichtungen, die im Erdgeschoß angeordnet werden können 1 : 250

7 Moccastube

8 Friseur- und Kosmetiksalon

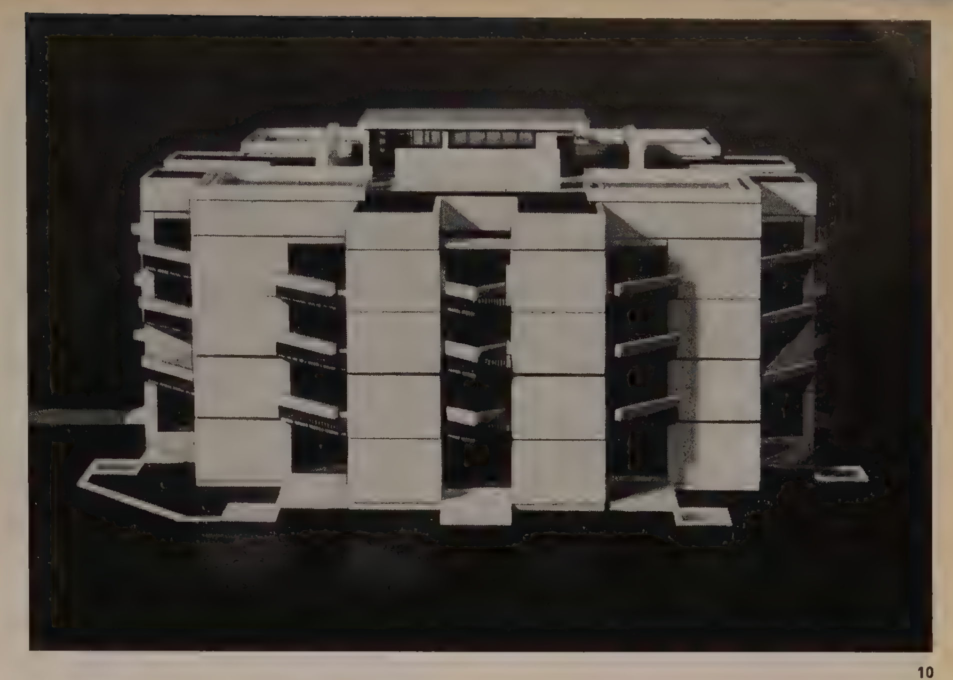
9 Arztpraxis

10 Modellfoto eines viergeschossigen Zwölfeckhauses

Konstruktive Details 1 : 50

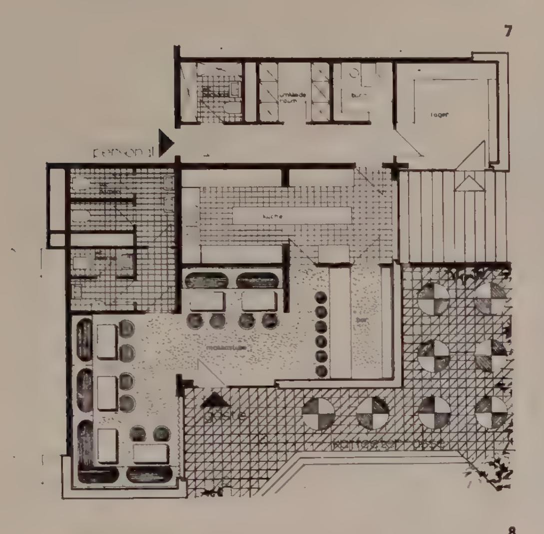
11 Schnitt durch die Großflächenschalungssektion für eine Innenwand

12 Schnitt durch die Großflächenschalungssektion für eine Außenwand

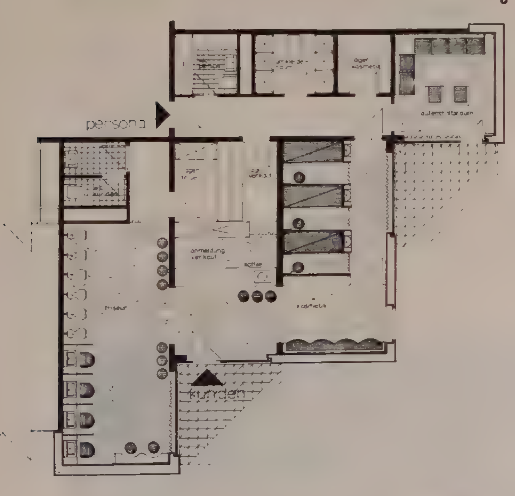


10

7



8



9



entfällt (Teilunterkellerung). Diese Wohnungen können von körperbehinderten Personen benutzt werden, da keine Treppenstufen zu überwinden sind. Im Hinblick auf eine Funktionsüberlagerung wurden Lösungen für geeignete gesellschaftliche Einrichtungen im Erdgeschoß ausgearbeitet.

Konstruktion und Technologie der Wohnungsbauserie sind auf die eingangs erwähnten spezifischen städtebaulichen Aufgaben abgestimmt. Für die Fertigung des Rohbaus wurde eine Kombinationsbauweise nach folgendem Prinzip entwickelt:

■ Wände im Großflächenschalverfahren auf der Grundlage des Universellen Schalungssystems US 72 (industrieller Monolithbau)

■ Decken in Montagebauweise mit Fertigteilen der Gewichtsklasse 2,0 Mp.

Die komplizierteren Teile des Tragwerkes (Wände) werden also am Ort hergestellt, während die einfacheren Teile des Tragwerkes (Decken) vorgefertigt und montiert werden.

Das hat den Vorteil, daß bereits am Tage nach dem Ausschalen der Wände die Decken hergestellt werden können und somit längere Schalungsfristen, wie sie bei monolithischen Decken zwangsläufig entstehen, vermieden werden. Auf diese Weise ist ein rasches Umsetzen der Großflächenschalungssektionen gewährleistet.

Als Hebezeug dient ein Standkran (Kletterkran UK 50 oder UK 60), der entweder im Gebäudekern (Zwölfeckhaus) oder neben dem Gebäude (Pfeilhaus, reihbares Punkthaus) aufgestellt wird. Die technologisch bedingte Baustelleneinrichtung beschränkt sich auf die Fläche, die der Aktionsradius des Kranes erfaßt; sie ist demzufolge sehr klein im Vergleich zur Großtafelbauweise.

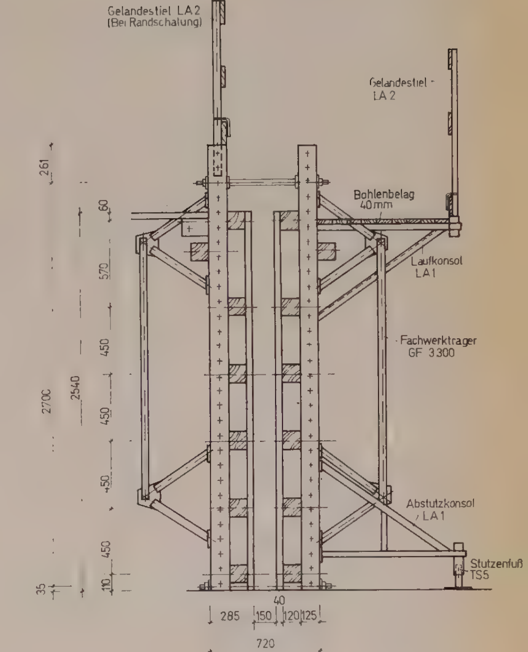
Dieses technologische Verfahren erfordert nur einen geringen Investitionsaufwand und ist flexibel einsetzbar, so daß auch kleinere Betriebe damit in der Lage sind, mit hoher Effektivität an der Verwirklichung bestimmter Aufgaben des komplexen Wohnungsbaus teilzunehmen.

Die Folge der Arbeitstakte ist:

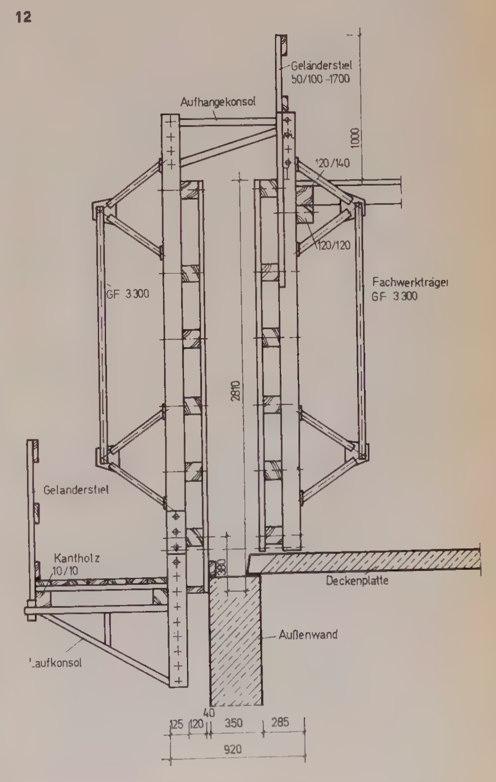
■ Einschalen der Wände
■ Betonieren der Wände
■ Ausschalen der Wände
■ Montieren der Decken

Die technologisch bedingten Arbeitsabschnitte sind so bemessen, daß jeweils ein Arbeitstakt von einer Brigade mit 15 Arbeitskräften in einer Schicht fertiggestellt werden kann (rund 180 bis 220 m²). Nach einem optimierten Taktfolgeplan werden

11



12



zwei Arbeitsabschnitte vorbereitet und in zeitlicher Überschneidung gefertigt.

Nach den vorliegenden Berechnungen beträgt beim Zwölfeckhaus die erforderliche Arbeitszeit im Einschichtbetrieb für ein Wohngeschoß mit etwa 830 m² Bruttofläche und 11 Wohnungseinheiten 18,3 Tage (Rohbaufertigung).

Die Tragwerke sind auf einem einheitlichen Konstruktionsraster von 3600 mm wie folgt konzipiert:

Gründung:

Plattenstreifenfundamente, B 225, unbewehrt

Innenwände:

Schwerbeton, B 225, unbewehrt, 150 mm dick

Außenwände:

Konstruktiver Leichtbeton, B 225, unbewehrt, 350 mm dick, Trockenrohdichte 1,25

Decken:

Vollbeton-Deckenplatten, 2,2 Mp, B 225, schlaff bewehrt, 140 mm dick, Systemmaß 3600 mm × 1800 mm

Dach:

Zweischaliges quergelüftetes Kaltdach.

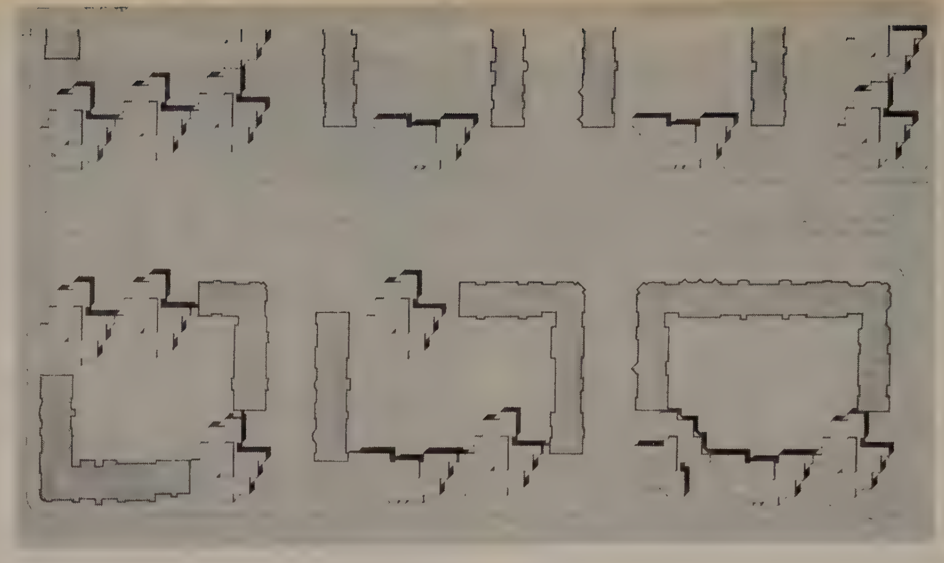
Der grundsätzliche Unterschied zu den anderen bekannten industriellen Monolithbauverfahren wie der Allbetonbauweise oder dem Tunnelschalverfahren besteht darin, daß gleichzeitig Innen- und Außenwände geschüttet werden, die Decken aber nach dem Umsetzen der Großflächenschalungssektionen aus Fertigteilen verlegt werden. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit, kompakte Grundrisse mit komplizierten geometrischen Formen zu realisieren. Die anderen erwähnten Verfahren mit monolithisch hergestellten Querwänden und Decken, aber offenen Fassaden, die nach dem seitlichen Herausziehen der Schalungselemente aus Fertigteilen nachträglich montiert werden, bedingen längsgerichtete Baukörper von geringer Gebäudetiefe und einfachen Grundrißstrukturen im Querwandsystem. Das horizontale Herausfahren der Flächen- oder Raumschalungselemente ist außerdem komplizierter als das vertikale Herausheben, wie es bei der vorliegenden Entwicklung vorgesehen ist.

Es war ein entscheidender Gesichtspunkt, eine Technologie zu entwickeln, die es ermöglicht, Gebäudeformen zu verwirklichen, die von den herkömmlichen Lösungen im Angebot des komplexen Wohnungsbaus abweichen, um eine echte Bereicherung zu erzielen.

Durch den Einsatz eines Standkranes und den Wegfall flächenaufwendiger Palettenbahnhöfe ist das Bauen auf hängigem Gelände ohne größere Schwierigkeiten zu bewältigen. Die Deckenelemente können bei gut vorbereitetem Produktionsablauf direkt vom Transportfahrzeug entnommen und montiert werden. Bei Verwendung von Transportbeton entfällt sogar die Betonmischanlage auf der Baustelle, so daß ein Minimum an Baustelleneinrichtung erforderlich ist.

Mit der punkterschlossenen Wohnungsbauserie ergeben sich neue Aspekte bei der Umgestaltung innerstädtischer Wohngebiete. Zwei Kriterien sind hierbei von besonderer Bedeutung:

- Durch die starke Plastik der Baukörper erhält die Neubausubstanz eine kraftvolle Struktur und kann sich somit behaupten gegen die zumeist stark plastische Gliederung der alten Bausubstanz (vorspringende Mittel- oder Seitenrisalite, Balkone, Erker, Hauseingänge, Gesimse, Dachaufbauten).
- Durch die raumgewinnenden Rücksprünge der Baukörper werden Freiräume für Grünflächen geschaffen, wodurch gegenüber der alten Bausubstanz (insbesondere bei geschlossener Blockbebauung) eine Aufwertung des städtischen Raumes erzielt werden kann.



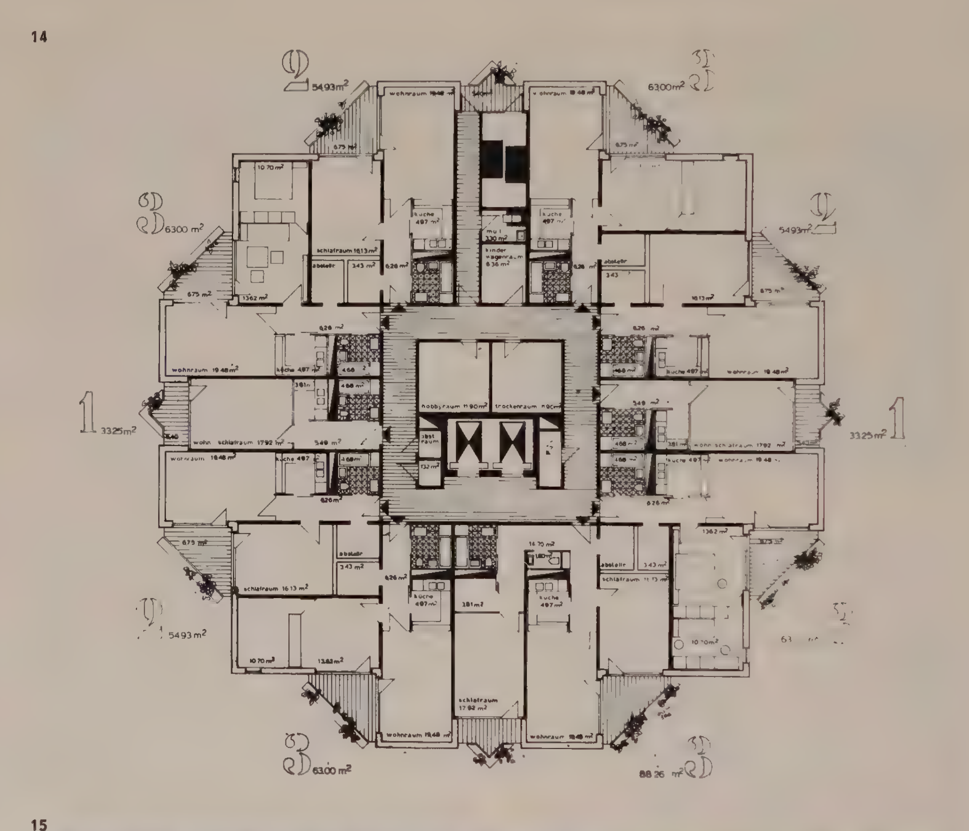
13

13 Industrieller Ersatzneubau bei der Umgestaltung innerstädtischer Wohngebiete durch Pfeilhäuser und reihbare Punkthäuser (Ideenvariante)

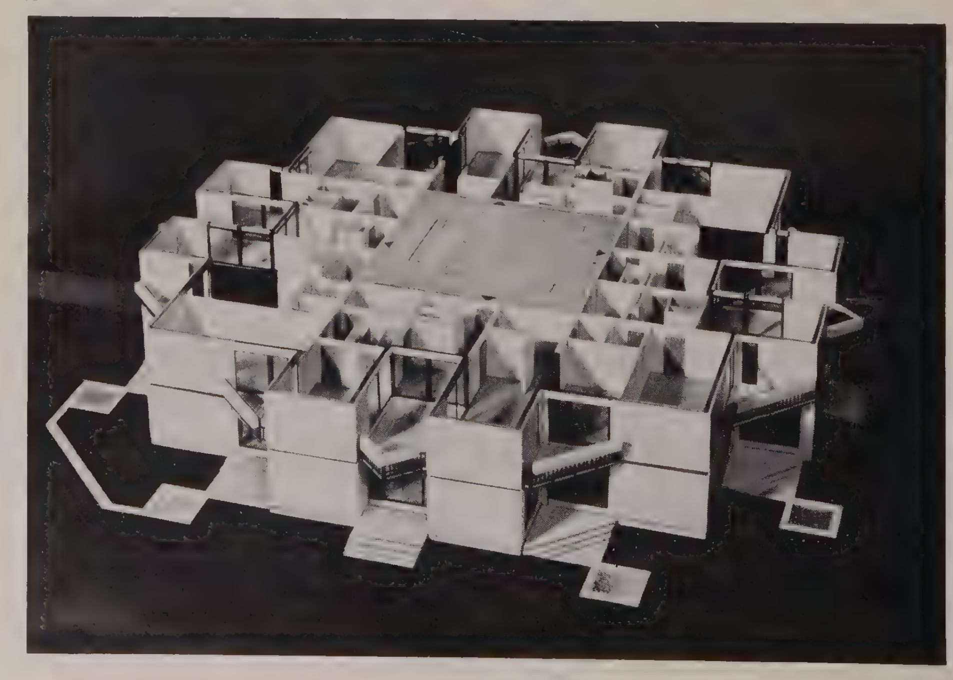
14 Obergeschoß eines vielgeschossigen Zwölfeckhauses 1 : 400

15 Modellstudie für ein Zwölfeckhaus

14



15



Zwölfeckhaus

Das „Zwölfeckhaus" ist ein richtungsloser Baukörper mit einem allseitig symmetrischen Zentralgrundriß. Es hat die Umhüllungsfigur eines Kreises mit einem Durchmesser von über 36 m. Mit diesem außerordentlich kompakten Typ können Akzente gesetzt werden, die für bestimmte städtebauliche Situationen erforderlich oder wünschenswert sind. Auch für Einzelstandorte ist dieser Typ auf Grund seiner baukörperlichen Gestalt besonders prädestiniert.
Der Wohnungsschlüssel ist von großer Variationsfähigkeit. Durch unterschiedliche Kombinationen von Ein- bis Fünfraumwohnungen sind 36 Varianten des Wohnungsschlüssels möglich von 6 bis 12 WE je Geschoß. Der Wohnungsschlüssel kann geschoßweise variiert werden (z. B. große Wohnungen für kinderreiche Familien im Erdgeschoß, kleinere Wohnungen in den Obergeschossen). Die Anordnung aller vorgesehenen sechs Wohnungstypen in einem Geschoß ist ebenfalls möglich.
Eine Konsequenz, die grundsätzlich mit jedem kompakten Baukörper dieser Größenordnung verbunden ist, ist der Nachteil, daß die Besonnung der im nördlichen Bereich angeordneter Wohnungen in den Wintermonaten nicht die geforderten Mindestwerte erreicht. Dies muß bei der Auswahl der Mieter berücksichtigt werden.
Im Bezirk Dresden wird gegenwärtig ein Experimentalbau eines Zwölfeckhauses errichtet. Mit diesem Bau ist ein umfangreiches Experimentalprogramm zu funktionellen und gestalterischen, konstruktiven und technologischen sowie ökonomischen und hygienischen Problemen verbunden, das in Abstimmung mit der Bauakademie der DDR, dem Bezirksbauamt und der Staatlichen Bauaufsicht vorbereitet wurde, so daß nach Übergabe des Objektes konkrete Aussagen zu diesen Untersuchungskomplexen gemacht werden können.
(Vgl. Deutsche Architektur, 5/73)

Pfeilhaus

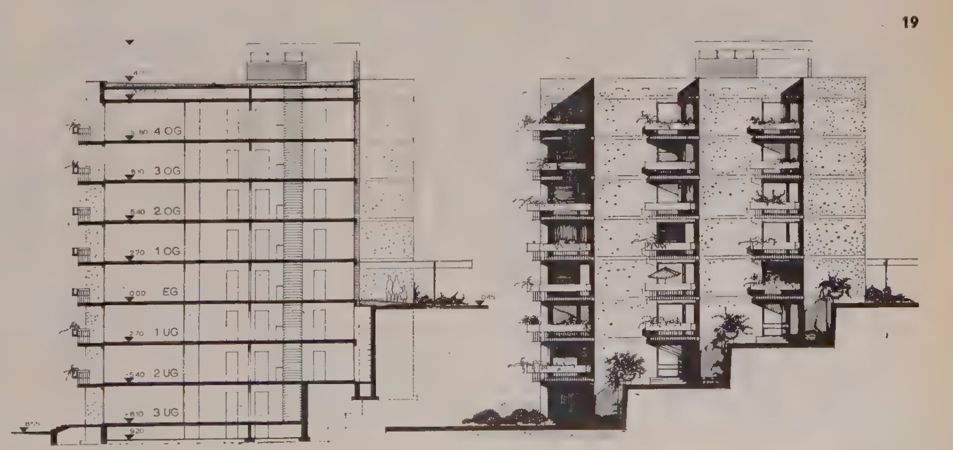
Das „Pfeilhaus" ist ein vorzugsweise nach Süden gerichteter Baukörper mit optimalen Bedingungen für die Besonnung der Wohnungen. Dieser Typ ist besonders geeignet für Hangbebauungen. Je nach Neigung des Geländes können durch Anordnung von Untergeschossen fünf- bis achtgeschossige Gebäude ohne Aufzug realisiert werden. Die Erschließung erfolgt von der Nordseite her.
Das Normalgeschoß verfügt über acht Wohnungen mit jeweils
2 Einraumwohnungen
2 Zweiraumwohnungen
2 Dreiraumwohnungen
2 Vierraumwohnungen.
Varianten des Wohnungsschlüssels können gebildet werden durch das Zusammenfügen der Ein- und Dreiraumwohnungen zu einer großen Vierraumwohnung. Die Vierraumwohnungen sind im Schlafbereich flexibel teilbar.
In den Untergeschossen reduziert sich die Anzahl bis zu vier Wohnungen.
Im untersten Geschoß können gesellschaftliche Einrichtungen vorgesehen werden, die von einer talseitigen Fußgängerpromenade erschlossen werden.

16

17



18



19

Pfeilhaus

16 Südansicht 1 : 500

17 Obergeschoß 1 : 400

Bruttogeschoßfläche	699,2 m²
Hauptfläche	515,2 m²
Nebenfläche	38,0 m²
Verkehrsfläche	55,0 m²
Konstruktionsfläche	91,0 m²
durchschnittliche Wohnungsgröße	58,7 m²

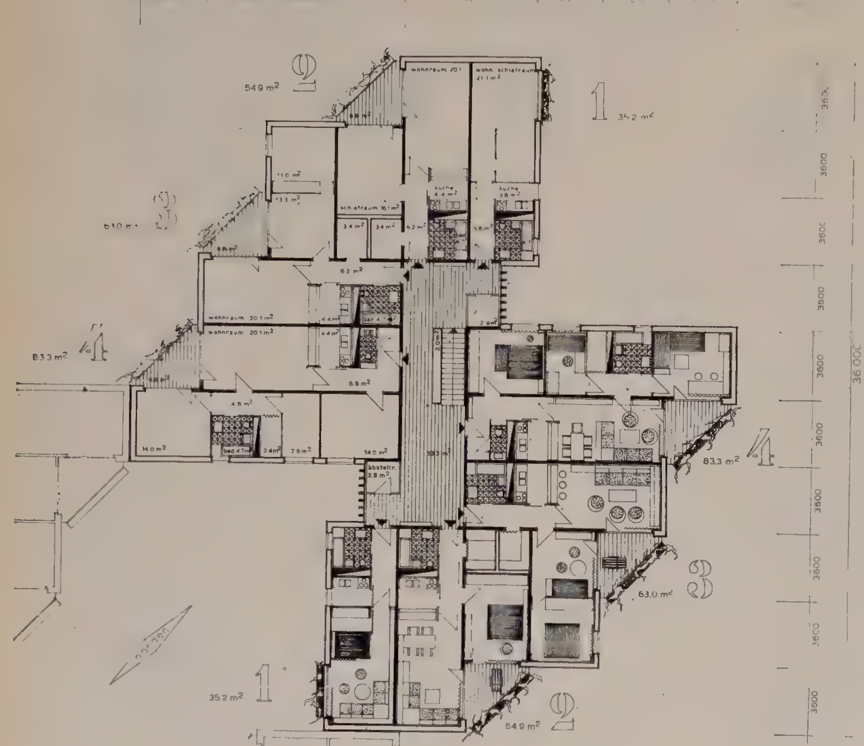
18 Deckenverlegeplan 1 : 400

19 Schnitt und Ostansicht eines Hauses am Hang 1 : 500

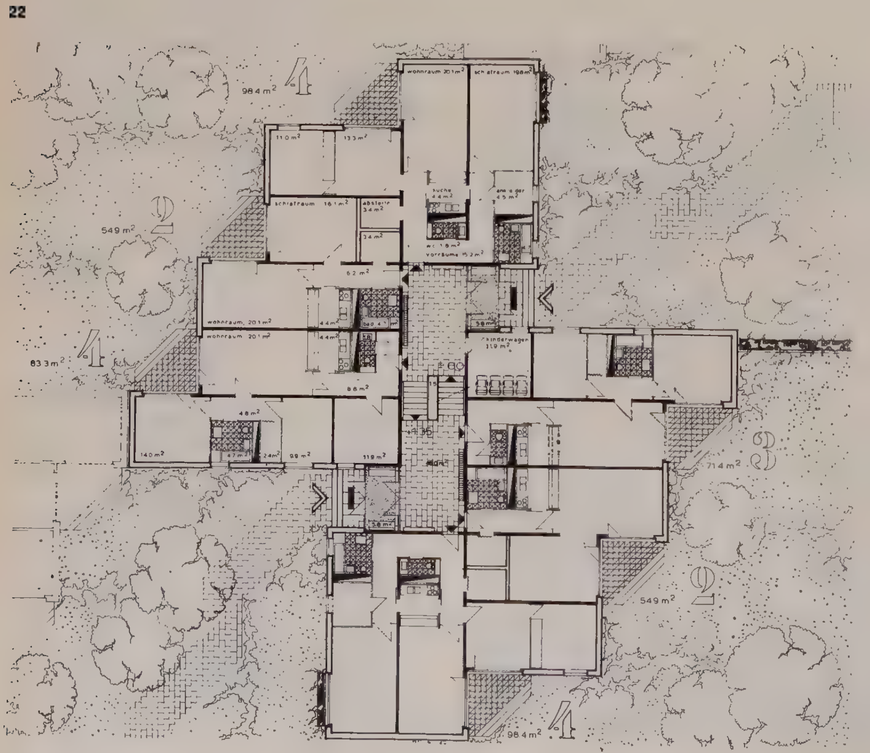


20

21



22



Reihbares Punkthaus

Das „reihbare Punkthaus" besitzt einen eigenwilligen schmetterlingsförmigen Grundriß, der durch Umklappen einer Grundrißhälfte des Pfeilhauses gebildet wird, wobei ein zentraler Verkehrsbereich mit zweiseitiger Erschließung entsteht. Auf diese Weise ergeben sich zwei Gebäudetrakte (nach Nordost – Südost oder Nordwest – Südwest orientiert), die als Variantenlösung mit einer zweiläufigen Treppe auch halbgeschossig versetzt angeordnet werden können, so daß den Bedingungen eines leicht hängigen Geländes sinnvoll entsprochen werden kann. Das „reihbare Punkthaus" hat den gleichen Wohnungsschlüssel wie das „Pfeilhaus".
Dieser Gebäudetyp ist allseitig reihbar. Damit können viele interessante städtebauliche Bebauungsformen realisiert werden. Auf Grund der kräftigen Vor- und Rücksprünge entstehen neuartige Baukörpergruppierungen und Raumbildungen, die mit den traditionellen Erzeugnissen unserer Wohnungsbauserien noch nicht verwirklicht werden können.

Reihbares Punkthaus

20
Perspektive

21
Obergeschoß 1 : 400

Bruttogeschoßfläche	663,0 m²
Hauptfläche	512,6 m²
Nebenfläche	6,7 m²
Verkehrsfläche	55,3 m²
Konstruktionsfläche	88,4 m²
durchschnittliche Wohnungsgröße	59,1 m²

22
Erdgeschoß 1 : 400
Variante: halbgeschossig versetzte Trakte (5 und 6 Geschosse)

Bruttogeschoßfläche	663,0 m²
Hauptfläche	501,2 m²
Nebenfläche	11,9 m²
Verkehrsfläche	61,1 m²
Konstruktionsfläche	88,8 m²
durchschnittliche Wohnungsgröße	76,8 m²

23
Reihungvarianten

23

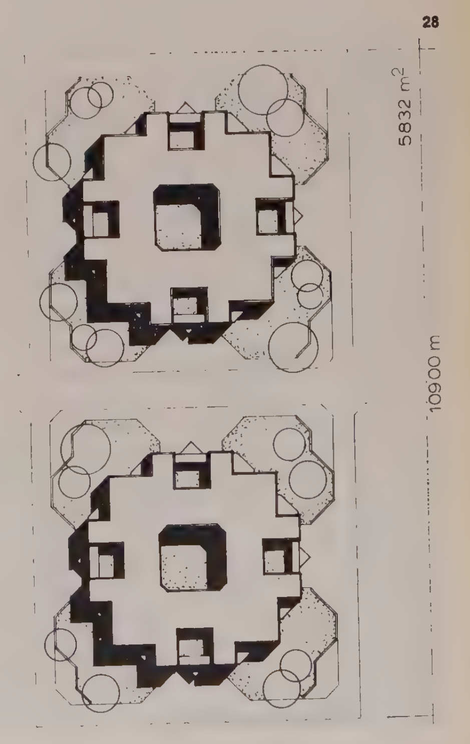


Atriumhaus

Das „Atriumhaus" ist ein Alternativvorschlag zum Eigenheimbau.
Bei der vorgeschlagenen zweigeschossigen Wohnanlage für acht große Familien sind die Wohnungen mit Eigenheimcharakter auf der Grundlage der Grundrißstruktur des Zwölfeckhauses so zusammengefügt, daß ein gemeinsames Atrium gebildet wird, von dem aus die Wohnungen erschlossen werden. Dieses Atrium und die Eingangshalle (die als Spielhalle genutzt werden soll) bilden einen Begegnungsraum für die Wohngemeinschaft, der zu vielseitigen Kontakten anregt. Neben diesem Gemeinschaftsraum im Freien verfügt jedes der acht Eigenheime über eigene Freiräume (Wohngarten und je zwei gedeckte Terrassen für die Eigenheime im Erdgeschoß, Gartenterrasse und je zwei Loggien für die Eigenheime im Obergeschoß). Dadurch ergibt sich eine dreifach differenzierte Abstufung der Freiräume: Loggien und gedeckte Terrassen unmittelbar an den Wohnräumen für die individuelle Nutzung, Gartenterrassen und Wohngärten für die familiäre Nutzung, Atrium und Spielhalle für die gemeinschaftliche Nutzung.
Die Mittelachsen sind 6 m breit. Darin befinden sich im Erdgeschoß die Eingangshalle und drei Doppelgaragen, im Obergeschoß die dreiseitig geschützten Gartenterrassen. Die Decken in den Mittelachsen sind abgesenkt, so daß eine Begrünung der Gartenterrassen im Obergeschoß möglich ist.
Im Vergleich zum konventionellen Eigenheimbau würden sich folgende Vorteile ergeben:
mehr Wohnfläche für einen vergleichbaren Baupreis
geringere Baulandinanspruchnahme
geringerer Aufwand an stadttechnischer Erschließung
Möglichkeit der Gemeinschaftsbildung im unmittelbaren Wohnbereich
Die Wohnungen sind so konzipiert, daß sie für die unterschiedlichsten Familien eingerichtet werden können.

Atriumhaus

24
Ansicht 1 : 400
25
Schnitt 1 : 400
26
Obergeschoß 1 : 400
27
Erdgeschoß 1 : 400
28
Eigenheimsiedlung mit Atriumhäusern



Zu Fragen des Städtebaus in der SR Rumänien



1

Dr.-Ing. Peter Sniegon
Oberingenieur Werner Prendel

Der Erfahrungsaustausch der Architektenverbände der sozialistischen Länder 1975 in der SR Rumänien vermittelte den Teilnehmern neben einer interessanten Begegnung mit historischen Baudenkmälern einen Einblick in die schöpferische Einbeziehung rumänischer Architekturtraditionen in die Bauaufgaben von heute.

Vielschichtig, sozial und politisch sehr wechselvoll und in ihren nationalen Besonderheiten außerordentlich kompliziert ist das Erscheinungsbild der rumänischen Architektur. Der wehrhaften Architektur der Kirchenburgen in Transsilvanien folgte die Kirchen- und Klosterarchitektur aus dem 15. und 18. Jahrhundert in Montenien und die bis heute liebevoll gepflegte Tradition landschaftstypischer Hausformen im Banat und in der Walachei.

Die Generalbebauungsplanungen für die Städte Bukarest, Pitesti, Brasov, Sibiu und Constanza mit der Planung neuer und der Umgestaltung alter Wohngebiete in diesen Städten gaben den Teilnehmern schließlich einen Überblick über die heu-



2

3



4



tigen Bauaufgaben und das Architekturschaffen in der SR Rumänien.

Doppelt so groß wie die DDR, hat die SR Rumänien etwa 21 Millionen Einwohner. Von der Gesamtbevölkerung leben zur Zeit rund 41 Prozent in Städten. Die rasche Entwicklung der rumänischen Industrie in den drei Jahrzehnten sozialistischen Aufbaus hat, verbunden mit einer zielgerichteten Standortverteilung der Produktivkräfte, einen beachtlichen Urbanisierungsprozeß im Lande ausgelöst (vgl. Tabelle 1).

Man geht heute davon aus, daß von den 25,5 Millionen Einwohnern, die die SR Rumänien im Jahre 1990 haben wird, etwa 52 Prozent in Städten leben werden. Eingeschlossen in diesen Urbanisierungsprozeß sind im Entstehen begriffene sogenannte städtische Siedlungen in der Nähe neuer Industriebetriebe sowie ländliche Ortschaften mit städtischem Charakter, die, je nach örtlicher Situation, eine Größenordnung einschließlich Einzugsbereich zwischen 25 000 und 40 000 Einwohnern erreichen werden. Damit werden in der Perspektive etwa 65 bis 70 Prozent der Gesamtbevölkerung in der SR Rumänien unter städtischen Bedingungen leben. Das heißt, in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten wird die SR Rumänien über ein Siedlungsnetz mit Städten und städtischen Siedlungen verfügen, in denen rund 2,5mal mehr Menschen wohnen werden als im Jahre 1970.

Um diese Aufgabe rationell zu lösen, werden in der ersten Phase die bestehenden großen Siedlungszentren, wie Bukarest, Sibiu, Brasov, Constanza, Pitesti u. a., durch neue Wohngebiete erweitert, und die alten Städte oder Stadtteile werden umgestaltet und verdichtet.

Rimnicu-Vilcea, Hauptstadt des Kreises Vilcea, heute 50 000 Einwohner, wird seine Einwohnerzahl bis zum Jahre 2000 verdoppeln. Sibiu wird von 140 000 Einwohnern bis 1980 auf 200 000 Einwohner anwachsen. Während 1974 in Brasov rund 2100 WE gebaut wurden, werden es 1980 3600 WE sein. Für Bukarest mit zur Zeit 1,6 Millionen Einwohnern wird ein Zuwachs für das Jahr 2000 auf 2,3 Millionen Einwohner prognostiziert.

Daneben werden die vorzüglichen landschaftlichen und klimatischen Gegebenheiten des Landes durch weitreichende Projekte für Erholungskomplexe in den Karpaten und an der Schwarzmeerküste für den nationalen und internationalen Tourismus weiter erschlossen.

Aus der Fülle der gewonnenen Eindrücke heben sich drei besonders hervor.

1. Es fällt auf, daß bei vielen neuen, großen und bedeutenden gesellschaftlichen Einrichtungen, wie z. B. dem Nationaltheater und dem Intercontinentalhotel in Bukarest oder dem Universitätshügel in Brasov und bei anderen, in der architektonischen Gestaltung dieser Gebäude und baulichen Ensemble Elemente überwiegen, die aus den Traditionen der Wehrarchitektur entlehnt und schöpferisch weiterentwickelt wurden.

2. Im Zuge des Urbanisierungsprozesses wird sowohl in neuen Wohngebieten als auch in Umgestaltungsgebieten eine beachtliche Bebauungsdichte angestrebt. Sie wird mit 4000 bis 12 000 m² Wohnfläche je Hektar angegeben, wobei im Zeitraum 1971/75 mit 8 m² Wohnfläche je Einwohner und im kommenden Planjahrfünft mit 10 m² gerechnet wird (vgl. hierzu Tabelle 2 und 3).

Man muß allerdings bedenken, daß im Gegensatz zu unseren Breitengraden die



5

Tabelle 1 Index der industriellen Produktion[1])

Land	1960	1971
DDR	100	193
SR Rumänien	100	373

[1]) Statistisches Taschenbuch der DDR 1973, S. 180

Tabelle 2 Struktur der Wohnungsgrößen in der SR Rumänien am Beispiel einer 2-Raum-Wohnung

Kategorie	Wohn- und Schlafz. (m²)	Küche (m²)	Anteil in Prozent 1971/75	1976/80
I	36	8	42	81
II	28 ... 30	6 ... 7	35	19
III	26	5	23	—

Tabelle 3 Struktur des Wohnungsbaues in der SR Rumänien am Beispiel der Kategorie II

Wohnfläche (m²)	Anzahl der Räume	Anteil in Prozent 1971/75	1976/80
—	1	4	—
30	2	8	33
40	3	11	57
50	4	1	10

1
Wohngebiet Coleatina in Bukarest — Erdgeschoßzone an einer Fußgängerachse

2
Das neue Theater in Tirgu Mures

3
Hotelkomplex Aurora an der Schwarzmeerküste

4
Intercontinentalhotel in Bukarest

5
Kirchenbereich im Kloster Cozia im Olttal (erbaut im 14. Jahrhundert)

6
Aufgang zur Burg in Sighisoara

7
Kloster Horezu (erbaut im 18. Jahrhundert)

8
Das alte Rathaus in Sibiu

9
Ein sogenanntes Bojarenhaus in Maltaresti

6



7



8

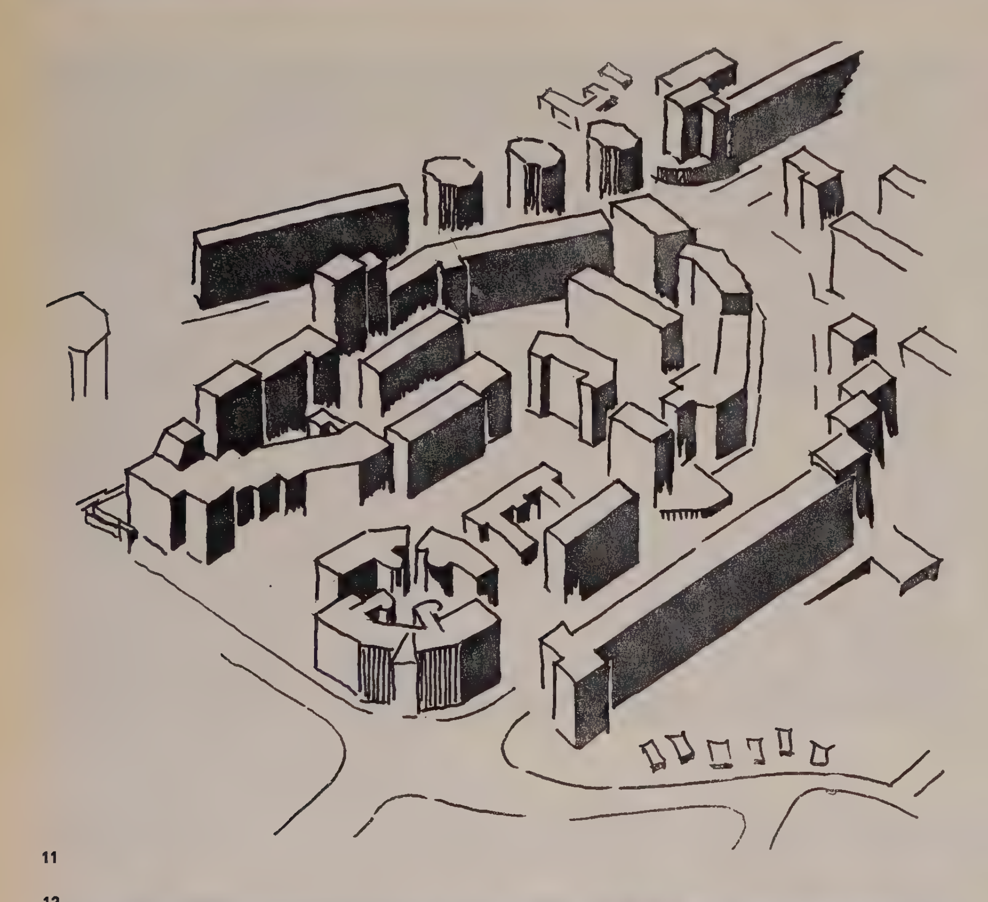


9





10



11

12



günstigen Klimabedingungen und eine intensivere Sonneneinwirkung andere Gebäudeabstände zulassen, ja in den Sommermonaten sogar eine Verschattung der Wohngebäude angestrebt wird.

Aber nicht nur diese Bedingungen, die die reine Nordlage der Wohnung nicht ausschließen sowie Mehrspänner, Laubenganghäuser, Mittelganghäuser und ähnliche Wohnungstypen im Städtebau frei orientierbar machen, erzeugen den urbanen Charakter der Wohngebiete. Ein wesentliches Element interessanter und abwechslungsreicher Formen, die den Wohngebieten Farbigkeit und Typik verleihen, ist die Tatsache, daß sehr unterschiedliche Typen des Massenwohnungsbaus zur Anwendung kommen und die Landschaft als ein wesentliches Element der Gestaltung meisterhaft in die städtebauliche Komposition mit einbezogen wird.

Unser Bestreben nach Differenzierung der städtebaulichen Räume in den Wohngebieten, wie z. B. engere Verkehrsräume und weite, verkehrslärmfreie Innenräume, wirken den zur Zeit gültigen städtebauhygienischen Bedingungen entgegen. Sie heben u. a. bei Einhaltung der geforderten Dichte im Prinzip die Differenzierung der Räume auf, da auf Grund unseres Typenangebotes im Wohnungsbau sich nach beiden Seiten fast die gleichen Gebäudeabstände ergeben. Im Interesse einer funktionellen und gestalterischen Differenzierung der städtebaulichen Räume (Bildung von Straßen u. a.) müßte es aber bei Zweispännertypen durchaus möglich sein, zugunsten einer lärmfreien Zone und guter Sichtbeziehungen auf der einen Wohnseite engere Gebäudeabstände auf der anderen Seite (Verkehrsseite) in Kauf zu nehmen, ohne städtebauhygienische Bedingungen sofort in Frage zu stellen. Ebenso hat sich gezeigt, daß die Erfahrungen keineswegs negativ sind, wenn man in städtebaulich begründeten Fällen einen bestimmten Anteil Wohnungen von Nordost bis Nordwest orientiert.

3. Bemerkenswert und anregend waren Anlage und Gestaltung der gesellschaftlichen Bereiche in den Städten und in den Wohngebieten. Neben den historisch entstandenen Zentren in den alten Städten, wo sich in den Fußgängerbereichen in den Nachmittags- und Abendstunden die Bür-

10
Blick auf das Wohngebiet Titan in Bukarest

11
Skizze für ein innerstädtisches Umgestaltungsgebiet in Pitesti

12
Neue Wohnbebauung in Cluj

13
Teilbereich des Wohngebietes Trumul Taberei in Bukarest

14
Ausschnitt aus dem Bebauungsplan für eine Siedlung mit städtischem Charakter – Avrig

1 alte Bebauung
2 mittelalterliche Kirchenburg
3 neue Wohnbebauung
4 gesellschaftliches Zentrum

15
Gesellschaftliches Zentrum des Wohngebietes Drumul Taberei in Bukarest

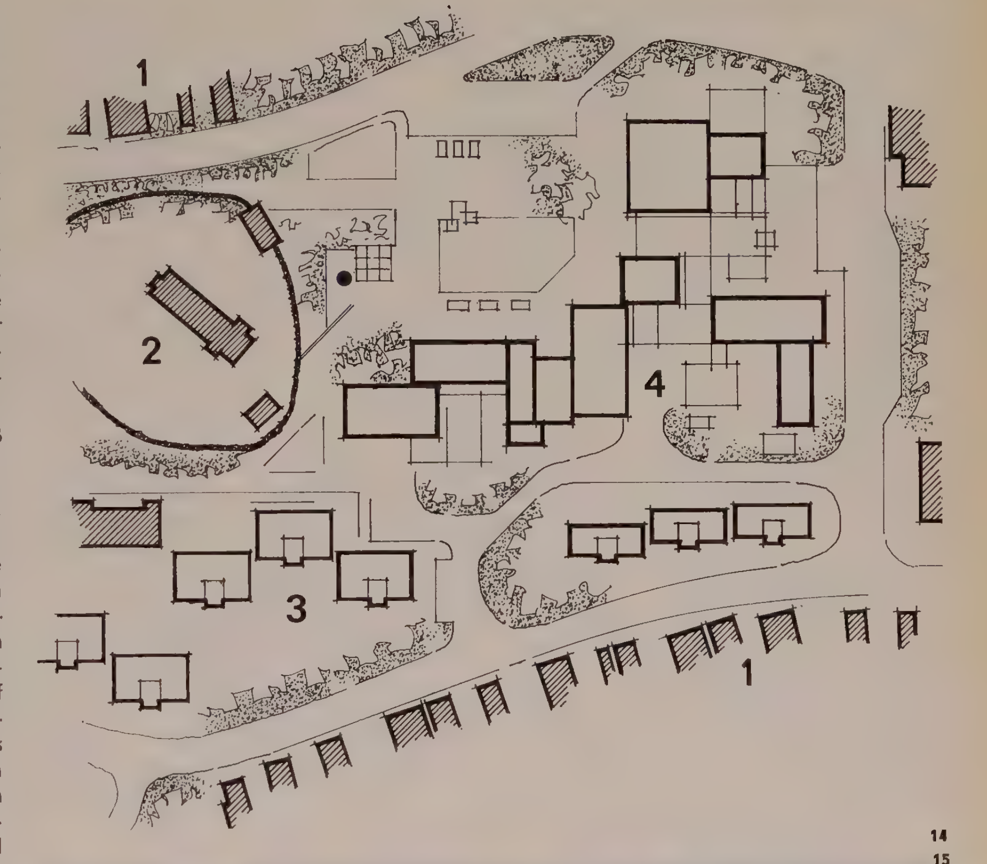


13

ger der Stadt dicht drängten, waren es besonders die gesellschaftlichen Bereiche in den Neubauwohngebieten, die die Aufmerksamkeit erregten. Diese Gebiete konnten bisher nur mit den absolut notwendigen gesellschaftlichen Einrichtungen ausgestattet werden. Gleichzeitig mit der zunehmenden Befriedigung des Wohnraumbedarfes sollen nun diese Gebiete durch weitere gesellschaftliche Einrichtungen vervollständigt werden, so daß in der Endphase ihrer Ausstattung die Wohngebiete vom städtebaulichen Gesichtspunkt her ausgeprägte Zentren besitzen, die allen sozialen und zwischenmenschlichen Bedürfnissen der Bewohner Rechnung tragen.

Positiv wird die Tatsache eingeschätzt, daß man neuerdings nicht mehr nur ausschließlich auf die seinerzeit so überzeugend erscheinenden größeren und kleineren Einkaufszentren in den neuen Wohngebieten orientiert, sondern dazu übergeht, die Straßen und Hauptverkehrswege durch Wohngebäude mit gesellschaftlichen Einrichtungen in den Erdgeschossen und durch dazwischenliegende gesellschaftliche Einrichtungen zu beleben. Dabei wird auf eine konsequente Trennung von Fußgänger- und Fahrzeugverkehr geachtet, und es werden direkte Verbindungen zwischen den gesellschaftlichen Bereichen und den Wohnbereichen hergestellt. Schulen, Vorschuleinrichtungen, Erholungszonen und Kinderspielplätze werden so eingeordnet, daß sie zusammen mit den anderen gesellschaftlichen Einrichtungen das Zentrum bzw. den gesellschaftlichen Bereich des Wohngebietes bilden. Dort, wo bereits mit einer höheren Ausstattung der Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen gearbeitet wurde, sind interessante und abwechslungsreiche Lösungen erkennbar.

Derartige Überlegungen sollten auch in die Gestaltung der gesellschaftlichen Bereiche in unseren neuen Wohngebieten einfließen. Besonders unter den Bedingungen der nächsten Jahre im Gesellschaftsbau können wir nicht ausschließlich auf nur einer Zentrumsform beharren. Wir sollen aber in der Funktionsunterlagerung der Wohnbauten nicht die Alternative zum gesellschaftlichen Zentrum sehen, sondern vielmehr dort, wo es angebracht und sinnvoll ist, sie als eine echte Bereicherung der städtebaulichen Gestaltung einsetzen.



14

15



Planen und Bauen in der Republik Irak

Dr.-Ing. Bernhard Gräfe, Dresden
Technische Universität Dresden
Sektion Architektur



1

2

3

Land der Kontraste

Im Irak vollziehen sich gegenwärtig auf vielen Gebieten entscheidende Veränderungen. Der Besucher ist von der Vielgestalt und den Kontrasten im Land überrascht und erlebt, daß hier Vergangenes und Neues, Tradition und Fortschritt dicht nebeneinander liegen. Es erscheint fast symbolisch, wenn das junge Mädchen in der Abaa, dem althergebrachten, vom Kopf bis zu den Füßen reichenden schwarzen Umhang zur Universität gehen und selbstbewußt ihre neuerworbenen Rechte in Anspruch nehmen. Verwinkelte Gassen, großzügig angelegte Straßen, altorientalische Bürgerhäuser dicht neben in Aluminium und Glas ausgeführten Vielgeschossern – all das gehört zum heutigen Bild des Irak.

Gegenwärtig ist das einst rückständige Agrarland dabei, einen starken Industriesektor aufzubauen. Dabei bieten reiche Erdöl- und andere Rohstoffvorkommen günstige Voraussetzungen. Die schnelle Entwicklung der industriellen Basis dient der Sicherung der antiimperialistischen Politik des Landes und macht die Republik Irak in zunehmendem Maße ökonomisch unabhängig.

Der Wandel auf politischem, ökonomischem und sozialem Gebiet wirft gleichzeitig eine Reihe von Problemen auf, die die Stadtplaner und das Bauwesen vor große Aufgaben stellen. Im Rahmen dieses Beitrages soll vor allem auf die mit der steigenden Urbanisierung des Landes zusammenhängenden Probleme eingegangen werden. Diese Entwicklung, die aus den ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen resultiert, überschreitet in ihrem Ausmaß unsere Vorstellungen und scheint allem Planungswillen vorerst Hohn zu sprechen. Andere Aspekte der Stadtplanung, die sich zum Beispiel aus dem extrem heißen Klima, aus unterschiedlichen Wohnbedürfnissen ethnisch differenzierter Gruppen, aus

1
Bagdad ist auch eine Stadt im Grünen. Blick auf ein Wohnhochhaus (Architekt Mahdi Al-Hassani)

2
Übersicht über die Hauptanbaugebiete des Irak

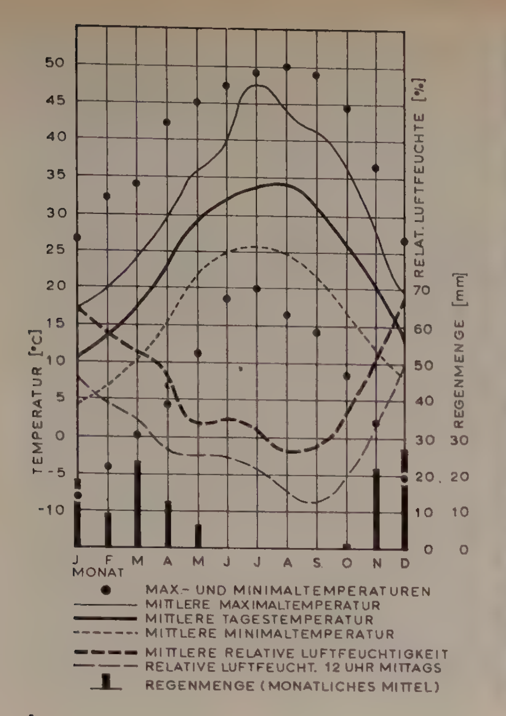
3
Mehrgeschossiges Mietshaus, eine in Bagdad noch wenig verbreitete Wohnform

4
Klimadiagramm für Bagdad

5
Die „Goldene Moschee" in Bagdad-Kadhimiyah

6
Im Zentrum von Bagdad

7
Bürohochhaus in Bagdad. Der Sonnenschutz ist entscheidendes Element der Fassadengestaltung.



4

5

jahrhundertealter Tradition und dem Islam ergeben, erscheinen dagegen von untergeordneter Bedeutung.
Der Verfasser dieses Beitrages hatte während seiner Tätigkeit in der Planungsabteilung des Städtebauministeriums in Bagdad in der Zeit von 1970 bis 1973 Gelegenheit, sich mit diesen Problemen und dem Planen und Bauen überhaupt an Ort und Stelle auseinanderzusetzen.

Mesopotamien – Wiege der Stadtplanung?

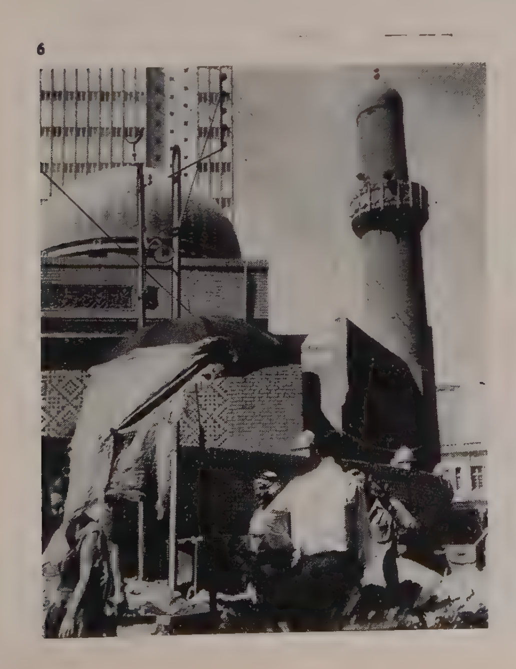
Im früheren Mesopotamien, heute im wesentlichen Territorium der Republik Irak, haben Städte seit alters her eine große Rolle gespielt. Namen wie Babylon, Ninive, Nimrud oder Ur sind für uns nicht nur Inbegriff höchster kultureller und baukünstlerischer Leistungen, sondern auch Zeugen frühester Stadtplanung, die wir heute aufrichtig bewundern. Vollständig ist die planerische Leistung im alten Mesopotamien aber erst zu begreifen, wenn man über die Grenzen der einzelnen Stadt hinaussieht: Dem Euphrat entlang existierte im 3. Jahrtausend v. u. Z. eine solche Ballung großer Städte, daß es schwerfällt, die gegenseitigen Stadtbegrenzungen auseinanderzuhalten. Diese alten Städte zeichnen sich heute als Sandhügel in der Wüste ab, und viele von ihnen sind bisher vom Spaten des Archäologen noch gar nicht berührt worden. Wir würden heute angesichts einer solchen Ballung von einer großstädtischen Agglomeration sprechen. Zwischen diesen Städten hat es damals bereits die vielfältigsten gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen gegeben, wovon die ausgegrabenen Keilschrifttafeln ein lebendiges Zeugnis ablegen. Auch die in Vorzeiten errichteten, umfassenden Bewässerungssysteme zwischen Euphrat und Tigris setzten ein hohes Maß an großräumlicher Zusammenschau, um nicht zu sagen territorialer Planung voraus. Sie zeichnen sich vielerorts heute noch als wohlüberlegtes Netz regionaler Infrastruktur auf Luftaufnahmen ab. Diese Bewässerungssysteme waren die Grundlage für die legendäre Fruchtbarkeit im mesopotamischen „Paradies". Denn ohne das umsichtige Planen und Bauen war dieses Gebiet unfruchtbar, und es verwandelte sich auch nach der Zerstörung der Bewässerungssysteme im Mittelalter zum größten Teil sehr schnell wieder in Steppe und Wüste.

An diese historischen Bezüge muß man denken, wenn man erlebt, welche großen Anstrengungen die irakische Regierung jetzt unternimmt, um durch neue Bewässerungsprojekte der Steppe Ackerland abzugewinnen, eine Regionalplanung für das Land aufzubauen und das mehr oder weniger unkontrollierte Wachstum der Städte in den letzten Jahren durch verbindliche Generalbebauungspläne zu steuern.

Geographische und klimatische Bedingungen

Die Republik Irak hat mit einer Fläche von 444 442 km² etwa die vierfache Größe der DDR. Von dieser Fläche sind jedoch rund 80 Prozent Steppe bzw. Wüste. Das Kulturland nimmt nur rund 15 Prozent der Gesamtfläche ein und konzentriert sich, wie auch das Siedlungsnetz, auf die traditionellen flußnahen Bereiche an Euphrat und Tigris. Das ist dadurch bedingt, daß im gesamten Süd- und Mittelirak nur Bewässerungsfeldbau möglich ist. Die günstigeren Niederschlagsverhältnisse und die Klimabedingungen in den Nordbezirken sind vor allem von den bis zu 3600 m hohen, ganzjährig schneetragenden Ketten des Taurusgebirges bedingt. In den mittleren und südlichen Landesteilen herrscht ein ausgesprochen heiß-trockenes Kontinentalklima. Von Mitte Mai bis Oktober gibt es keinen Niederschlag, und das Thermometer steigt in den Mittagsstunden auf Temperaturen zwischen 40 und 50 °C im Schatten.
Bagdad, die Hauptstadt des Irak, steht trotz einer nördlichen Breite von 34° unter den heißesten Städten der Welt an der Spitze, und die extrem hohen Sommertemperaturen sind für uns eigentlich nur durch die geringe Luftfeuchtigkeit und die künstliche Kühlung aller Aufenthaltsräume auszuhalten.
Ausgesprochen unangenehm sind die häu-

6



7



fig auftretenden Sand- bzw. Staubstürme, gegen die man sich nur sehr schwer schützen kann. Es kommt mitunter nach anfänglicher Rotfärbung zu einer völligen Verdunkelung des Himmels. Der in der Luft gelöste Lehm dringt dann durch alle Fugen, und die üblichen, die Außenluft ansaugenden Kühlsysteme führen dann zu einem Chaos in den Wohnräumen. Entgegen dieser Klimatücke wird die merkliche Abkühlung in den Nachtstunden, die typisch für das Kontinental- und Wüstenklima ist, als ausgesprochene Wohltat empfunden.

Klimagerechtes Bauen

In jahrhundertelanger Entwicklung haben sich, wie überall, in Übereinstimmung mit Mentalität und Lebensgewohnheit Bauweisen herausgebildet, die den klimatischen Besonderheiten Rechnung tragen. So ist für die alten Stadtkerne der sehr kompakte Stadtkörper typisch, der nur durch ein unentwirrbares Labyrinth von engen Gassen durchzogen wird. Durch auskragende Obergeschosse lehnen sich die Wohnhäuser über den Gassen förmlich gegeneinander. Nur so wird in der Mittagszeit der ersehnte Schatten für den Passanten erzielt (in Bagdad erreicht die Sonne eine Maximalhöhe von 81 °).

Der einzig größere Freiraum in den alten Stadtkernen ist der Hof der Moschee, die in der Regel den Mittelpunkt der Stadt bildet. Diese mit der städtischen Engräumigkeit kontrastierenden Höfe sind mehr als nur Vorraum zum Heiligtum; sie sind Versammlungsplatz und Kommunikationsbereich der Bürger und in den Zeiten der heiligen Feste Schlafstelle der Pilger in eigens dafür eingerichteten Nischen. Meist schließt sich unmittelbar an die Moscheen der von orientalischer Geschäftigkeit überquellende Basar an. Diese Einkaufsgassen waren üblicherweise mit Ziegeln überwölbt und boten durch eine natürliche Auftriebsventilation auch in der größten Hitze einen angenehmen Aufenthalt. Heute werden sie oft mit Wellblech „modernisiert", wodurch sich eine fast unerträgliche Hitze in den Gängen entwickelt.

Umgeben sind die Stadtkerne meist von Dattelpalmen- und Apfelsinenplantagen, die viel zur Verbesserung des Mikroklimas beitragen.

Die dem Schutz vor Sonne und Sandsturm gleichermaßen dienende introvertierte Stadtform findet ihre Ergänzung im Wohnhaus selbst: Der Iraker liebte das nach dem öffentlichen Raum abgeschlossene zweistöckige Atriumhaus, das oft liebevoll gestaltet und reich mit Schnitzereien verziert ist. Der kleine Innenhof, den mitunter noch einige Palmen schmücken, wird zur guten Stube, nach der sich die Gemächer öffnen und wo sich auch unter den schattenspendenden Arkaden das gesamte Familienleben abspielt. Das obere Stockwerk der Gebäude besteht zumeist aus Holz und dient während der kalten Zeit von Dezember bis März, wo nachts häufig sogar Minustemperaturen auftreten, als angenehmer Aufenthalt. Die Tage sind auch während dieser Jahreszeit zumeist sonnig, und so werden die leichter gebauten, oberen Stockwerke schnell erwärmt. Diese alten Traditionen sind in den letzten Jahren mehr und mehr aufgegeben worden. Es wurden frei stehende Wohnhäuser mit aufgerissenen Fassaden errichtet. Aufwendige Klimaeinrichtungen müssen ersetzen, was das traditionelle Atriumhaus so selbstverständlich gab.

Kompakte Bebauungsformen finden sich fast nur noch in dem sogenannten Selfhelp-housing. Das sind mit staatlicher Unterstützung von den Bewohnern errichtete, verhältnismäßig einfache Häuser für Bürger der unteren Einkommensklassen.

Der Architekt, der zur Rückkehr zu klimagerechteren Bauformen und Bauweisen ermahnt, findet kaum ein offenes Ohr. Es scheint, als sei das traditionelle Atriumhaus in einer Zeit, da es in abgewandelter Form international als Mittel der Ver-

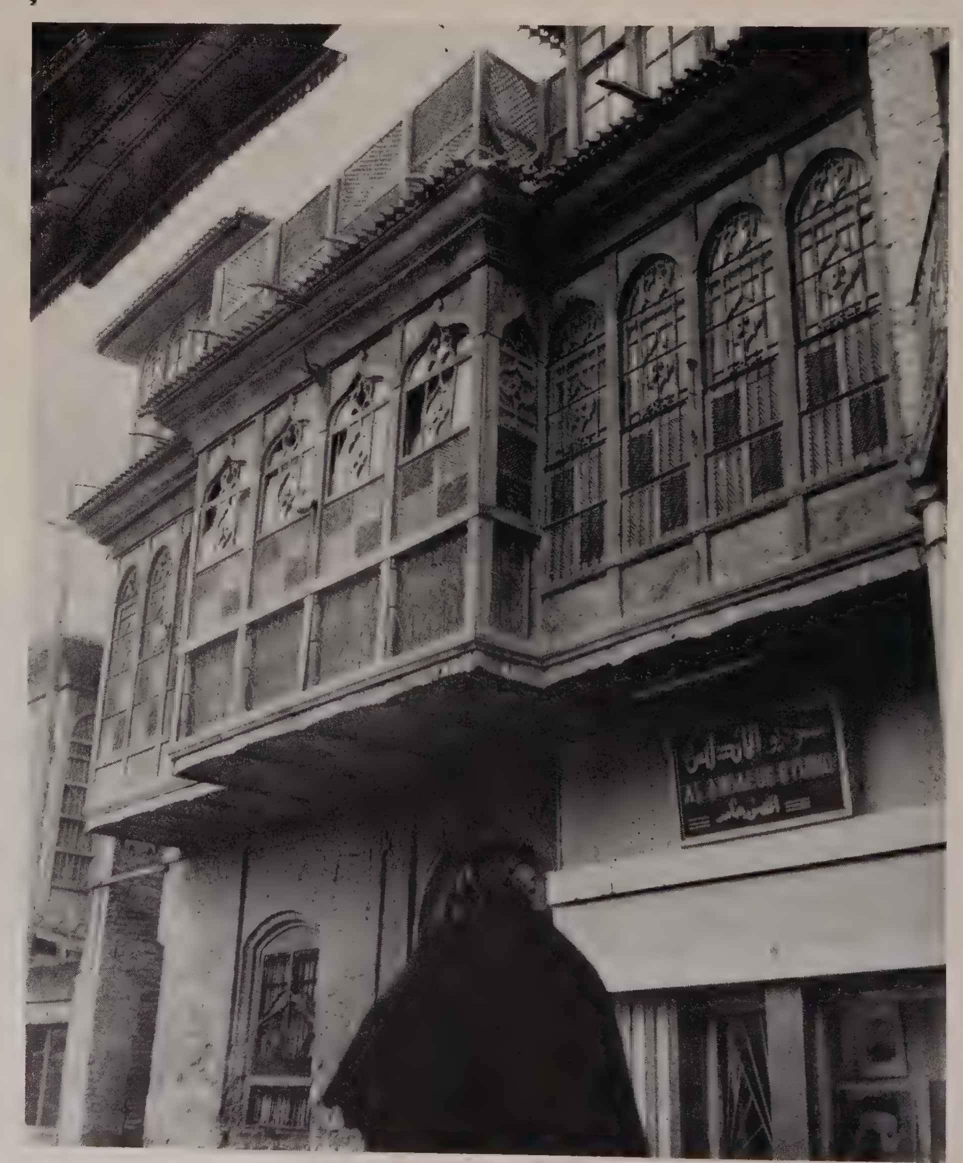


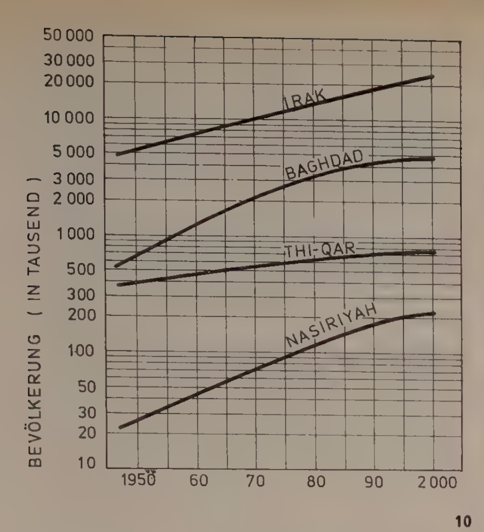
8

Tabelle 1 Entwicklung der städtischen und ländlichen Bevölkerung im Irak

Jahr	männlich städtisch	männlich ländlich	weiblich städtisch	weiblich ländlich	Gesamtbevölkerung	städtischer Bevölkerungsanteil (%)
1947	812442	1444903	921385	1637455	4816185	36,0
1957	1249697	1892835	1195525	1960919	6298976	38,8
1965	2092165	1962133	2019644	1973483	8047415	51,2
1970	2767346	1986888	2685089	2000775	9440098	57,8

9





10

8
Schule in Bagdad – typisches Beispiel für klimagerechtes Bauen

9
Traditionelles irakisches Wohnhaus in Nasiriyah

10
Bevölkerungsentwicklung im Irak zwischen 1947 und 1970 sowie Prognose der Entwicklung bis zum Jahr 2000 (für den Irak, Bagdad, die Bezirksstadt Nasiriyah)

11
Aqra – eine typische Kurdenstadt im Norden des Irak

12
Beduinenzelte in Steppengebieten sind auch heute noch typische Wohnformen.

13
Kunstvoll gefertigte Schilfhäuser der Marscharaber im Südirak

dichtung im Einfamilienhausbau aufgegriffen wird, zum Symbol von Ärmlichkeit, jahrhundertelanger Unterdrückung und Zurückgezogenheit geworden. Mit Bedauern sieht man, wie diese Häuser in den alten Städten verfallen, wie sie abgerissen und durch sterile Ziegelbauten ersetzt werden.

Auch in den Gebirgen an der türkischen und iranischen Grenze haben sich spezifische Hausformen entwickelt. Oft staffeln sich die Orte an den Hängen empor, so daß das Dach eines Hauses den Hof des höherstehenden bildet. Manche Orte schmiegen sich in ein Becken wie ein Amphitheater.

Hier steht der Schutz gegen winterliche Kälte im Vordergrund. Die dicken Wände sind meist sorgfältig aus Naturstein gefügt. Bei der Konstruktion der Dächer werden auf tragende Rundhölzer Astwerk und Matten aufgebracht, die dann mit einer 40 bis 50 cm dicken Schicht aus lehmiger, festgestampfter Erde abgedeckt werden. Bei Regen muß diese Schicht mit einer Steinwalze immer aufs neue geglättet werden.

Sonderformen der umweltadäquaten Behausung sind die Beduinenzelte der rund 250 000 heute noch wandernden irakischen Nomaden und die kunstvoll gefertigten Schilfhäuser in den ausgedehnten, nur auf dem Wasserweg zu erreichenden Siedlungen der Sumpfgebiete des Südirak. Aber auch hier sind Straßen zu bauen, Siedlungszentren und verarbeitende Industrien zu schaffen und Planungsaufgaben überhaupt zu bewältigen.

Die Expansion der Städte

Das Hauptproblem, mit dem jeder Planer im Irak sofort konfrontiert wird, ist der sich gegenwärtig vollziehende unerhörte Urbanisierungsprozeß, der sich in einem enormen Anwachsen des städtischen Teils der Bevölkerung und der räumlichen „Explosion" fast aller größeren Städte im Lande niederschlägt. Dieser Expansion der Städte konnte trotz größter Anstrengungen der



11



12

13





14

14
Blick über die Altstadt von Bagdad. Rechts ein neuerer Straßendurchbruch

15
Plan der historischen Entwicklung Bagdads

16
Strukturskizze zum Generalbebauungsplan für Bagdad (1972)

17
Darstellung der vorhandenen Flächennutzung (1972) und der geplanten Flächennutzung (1995) für Nasiriyah

18
Generalbebauungsplan für Nasiriyah (1972 bis 1995). Strukturskizze

19
Als Eigenheime entstandene moderne Wohnbauten

einzelnen Ministerien und Stadtverwaltungen weder mit den erforderlichen Infrastrukturen noch mit den nötigen gesellschaftlichen Einrichtungen gefolgt werden. Was aber ebenso schwer wiegt, ist, daß nur für die wenigsten Städte verbindliche Planungen vorhanden waren, so daß sich das Städtewachstum mehr oder weniger unkontrolliert vollzog. Das erschwert es heute, Ordnung in die Struktur der Städte zu bringen.

Die Urbanisierung im Irak stellt sich besonders problematisch dar durch das Ausmaß dieses Prozesses und die Kürze der Zeitspanne, in der er vor sich geht.

Die Bevölkerung des Irak wächst insgesamt in einem für unsere Verhältnisse unvorstellbaren Maße. Sie hat sich in den letzten 25 Jahren verdoppelt und in nächster Zeit ist nicht mit einem Absinken der Zuwachsrate zu rechnen. Diese Prognose läßt sich allein schon aus der gegenwärtigen Altersstruktur der Bevölkerung stellen. Die enorm starken Altersgruppen bis zu 14 Jahren (47,3 Prozent der Gesamtbevölkerung!) werden in den kommenden Jahren zu einem sehr hohen Geburtenüberschuß führen. Man kann sich vorstellen, welch ungeheurer Bedarf an Schulen bereits jetzt existiert, zumal die Schulpflicht vor einigen Jahren eingeführt worden ist und schon zu diesem Zeitpunkt ein beträchtliches Schuldefizit bestand. Die auf Grund weiterer Analysen getroffenen Prognosen für die Entwicklung der Bevölkerung sind in Abbildung 10 dargestellt. Sie zeigen die Bevölkerungsentwicklung für den Irak, für Bagdad und die Stadt Nasiriyah mit ihrem Bezirk.

Noch weitaus höher als das allgemeine Bevölkerungswachstum liegt die Zuwachsrate des städtischen Bevölkerungsanteils. Die Verdopplungszeit beträgt hier nur etwa elf Jahre (siehe Tabelle 1). Die Auswirkungen sind in der Praxis nur allzu sichtbar. In vielen Städten des Landes haben die im Bau bzw. in der Aufschließung befindlichen Flächen die Größenordnung des bisher bestehenden Stadtkörpers. Das trifft besonders auf die größeren Städte zu, auf die sich der Urbanisierungsprozeß im Irak konzentriert. So hat sich die Anzahl der Städte mit über 100 000 Einwohnern seit 1947 von drei auf neun erhöht, und die Hauptstadt Bagdad hat einen enormen Wachstumsprozeß erlebt: 1947 hatte sie 500 000 Einwohner, heute leben hier 2,5 Millionen. Sie ist jährlich um etwa 100 000 Einwohner gewachsen; jedes Jahr war ein neuer Stadtbezirk zu bauen und zu versorgen! Aber selbst für die Hauptstadt gab es bis 1967 keine entsprechende Planung, die diese Expansion hätte lenken können.

Erstaunlich ist aber auch, daß eine Bezirkshaupstadt wie Nasiriyah im Südirak, die bis vor kurzem nur durch unbefestigte, in der Regenzeit unpassierbare Trassen mit dem Lande verbunden war, dem Wachstumstempo der Hauptstadt nur unerheblich nachsteht. Die Wachstumsrate

15

ALTER DAMM
DIALA FLUSS
TIGRIS
0 5KM
STADT IM 8./10. JAHRHDT.
STADT IM 16./17. JAHRHDT.
STADTENTWICKLG. BIS 1900
STADTENTWICKLG. BIS 1950
STADTENTWICKLG. BIS 1965
SPEZIELLE FLÄCHEN
ADMINISTR. STADTGRENZE 1950

16

TIGRIS
MOSUL
KIRKUK
BAQUBA
NEUER OSTDAMM
RAMADI
FLUGHAFEN
UNI.
HILLA
TIGRIS
DIALA FLUSS
KUT
BASRA
0 5KM
WOHNGEBIETE
ZENTRALER BEREICH
INDUSTRIEGEBIETE
GRÜNFLÄCHEN
SPEZIELLE EINRICHTUNGEN (ERHOLUNG, UNI, CAMPS ETC.)
HAUPT- UND FERNSTRASSEN
EISENBAHNLINIEN

von Bagdad liegt bei etwa 6 Prozent, die von Nasiriyah bei 5,1 Prozent.

Bagdad wird nach vorsichtigen Prognosen 1995 die 5-Millionen-Grenze erreichen; für Nasiriyah, das als Beispiel für viele Städte im Lande stehen kann, muß eine Entwicklung von gegenwärtig 70 000 auf 180 000 Einwohner bis zu diesem Zeitpunkt angenommen werden. Welche räumlichen Proportionen solche Wachstumsraten zur Folge haben, sollen zwei Skizzen der Bezirkshauptstadt Nasiriyah veranschaulichen, für die die Planung 1972 vom Verfasser bzw. unter seiner Leitung im Irak erarbeitet wurde. Über die mit der Realisierung solcher Pläne im Landesmaßstab erforderlichen Investitionen kann man nur eine vage Vorstellung haben.

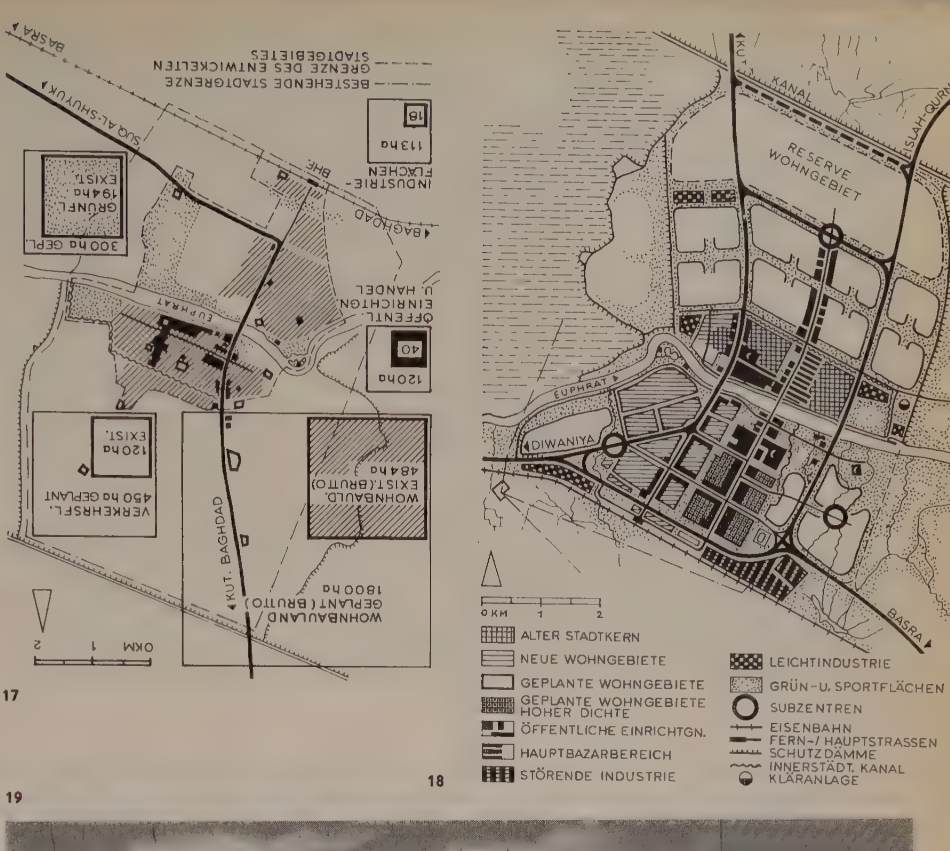
Beschäftigungsstruktur und soziale Problematik

Die irakischen Städte stehen vor schwerwiegenden ökonomischen Problemen. Dem Bevölkerungswachstum konnten die städtebildenden Faktoren nicht folgen, so daß Industriearbeitsplätze noch sehr knapp sind und Vollbeschäftigung im allgemeinen nicht gewährleistet ist. Solange Fremdherrschaft und imperialistische Wirtschaftsinteressen im Irak bestimmend waren, wurde das Land als Rohstoffquelle ausgeplündert und die Entwicklung einer landeseigenen Industrie weitgehend verhindert.

Dieses schwere Erbe der Republik Irak schlägt sich heute noch in einer recht problematischen Beschäftigungsstruktur nieder. Die Beschäftigungsquote im produktiven Sektor ist sehr niedrig, und es ist immer wieder erstaunlich, wie vielen Menschen die Dienstleistungen in den Städten Brot zu geben vermögen. Die Beschäftigungsstruktur von Bagdad ist dabei noch weitaus günstiger als in all den anderen irakischen Städten, weist aber in dieser Relation gleichzeitig auf eine ökonomische Disproportion im Lande hin. Die Industrie ist in sehr starkem Maß in der Hauptstadt konzentriert. So sind von 28 065 Industrieunternehmen 10 642 in der Hauptstadt ansässig und beschäftigen 53,8 Prozent aller Industriearbeitskräfte des Landes! Die Frage nach einer Dezentralisierung der Industrie wird um so mehr aufgeworfen, als gerade die Bagdad umgebenden Klein- und Mittelstädte kaum über Industrien verfügen und in vielfältiger Hinsicht stark an die Hauptstadt gebunden sind. Deshalb wendet sich das Augenmerk gegenwärtig besonders der Erfassung und Planung der „Metropolitan Area" von Bagdad mit einem Radius von etwa 50 bis 100 km zu, und man diskutiert die Zweckmäßigkeit der Entwicklung von Satellitenstädten.

Auch eine Bezirkshauptstadt wie Nasiriyah mit 70 000 Einwohnern kann gegenwärtig nur 250 Arbeitsplätze in industriellen Einrichtungen anbieten und wie hier, so sind in vielen anderen Städten bis zu 85 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig. Dies hat natürlich tiefgehende soziale Auswirkungen. Aber auch hier zeigt sich der Fortschritt in der Entwicklung des Irak deutlich. Einige Städte konnten in jüngster Zeit bereits große Industriekomplexe wie Textil-, Glas-, Zucker- und Papierfabriken errichten, die inzwischen zu einer soliden wirtschaftlichen Basis in den betreffenden Städten geworden sind. Hand in Hand damit ging oft der Bau von meist in Selbsthilfe errichteten Arbeitersiedlungen, wodurch auch automatisch das Wohnungsproblem in diesen Städten mit angepackt wurde.

Es soll an dieser Stelle erwähnt werden, daß es im Irak bis heute praktisch keinen staatlichen Wohnungsbau gibt. Die staatliche Hilfe erschöpft sich meist in der Beschaffung von Baugrund zu günstigen Bedingungen, der an Gewerkschaften und bestimmte Interessengruppen vergeben wird. Das ist auch mit ein Grund, weshalb es in Bagdad Stadtviertel der Lehrer, der Advokaten, der Offiziere usw. gibt.



17

18

19



Tendenzen der Entwicklung auf dem Lande

Das irakische Dorf mit seinen flachen, fensterlosen Lehmkaten beginnt aus seinem jahrhundertelangen Schlaf in feudalen Ketten zu erwachen. Seit Jahren weiß man im Irak, daß die Entwicklung in der Landwirtschaft ein wesentlicher Faktor sozialen und ökonomischen Fortschritts ist. Man hat erkennen müssen, daß auch die städtischen Probleme nur im Zusammenhang mit einer umfassenden Planung in den ländlichen Gebieten zu lösen sind.

So ist z. B. der natürliche Bevölkerungszuwachs nicht der alleinige Grund für die Ausuferung der Städte. Für viele Städte im Irak war die Zuwanderung aus ländlichen Gegenden viel einschneidender.

Die Abwanderung vom Lande nahm im Irak die Ausmaße einer Landflucht an. So ergab die Volkszählung von 1965, daß Landwirtschaftsbezirke wie Mesan (Amara) und Wasit (Kut) 32,6 bzw. 29,3 Prozent ihrer hier geborenen Bevölkerung verloren hatten, während 31 Prozent der im Bezirk Bagdad ansässigen Bevölkerung aus anderen Bezirken zugewandert waren! In der Hauptstadt selbst ließen sich in knapp fünf Jahren über eine halbe Million Zuwanderer nieder. Das führte zwangsläufig zur Entstehung von provisorischen Unterkünften mit all den damit verbundenen sozialen, ökonomischen und politischen Problemen. Inzwischen ist von der irakischen Regierung viel getan worden, um mit dem Zuwanderungsproblem fertig zu werden. In Bagdad wurde z. B. das Gebiet Al Thaura (Revolutionsstadt) den Zuwanderern kostenlos für den Bau einer ausgedehnten Reihenhaussiedlung zur Verfügung gestellt, oder es wurden in anderen Fällen Arbeitsplätze durch neue Industrien geschaffen und die Entwicklung der Infrastrukturen vorangetrieben.

Mitunter brachten aber solche Investitionen nicht den gewünschten Erfolg. Im letzten Fünfjahrplan waren für den Irak insgesamt 821 Millionen Dinar (1 irakischer Dinar entspricht rund 8,75 Mark) für Investitionen vorgesehen. Davon wurden allein 577 Millionen Dinar auf den städtischen Sektor zur Lösung der städtischen Probleme konzentriert. Sehr bald mußte aber festgestellt werden, daß durch den mit den Investitionen verbundenen Fortschritt in den Städten ein weiterer, die Landflucht begünstigender Faktor geschaffen worden war. So suchte man nach Wegen, um zu den Ursachen der städtischen Probleme vorzustoßen und vor allem die Migration zur Beruhigung zu bringen.

Man entschloß sich also, die Investitionen im ländlichen Sektor zu erhöhen, mußte aber im Ergebnis ein Phänomen feststellen: Die Abwanderung wuchs gerade in einigen geförderten Gebieten an. Einfach deshalb, weil durch die mit den Investitionen meist verbesserten Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten bei den Bauern die Sehnsucht nach der Attraktivität der Stadt um so mehr geweckt wurde.

Allerdings scheinen sich jetzt die Verhältnisse auf dem Lande stabilisiert zu haben. Das ist vor allem auf die kontinuierliche progressive Landwirtschaftspolitik der irakischen Regierung zurückzuführen. Die Bodenreform wurde zielstrebig fortgeführt, Kollektivwirtschaften gebildet und gefördert, große Bewässerungsprojekte konnten durchgeführt werden, und in den Dörfern wuchsen Schulen und Ambulanzen aus dem Boden.



20



21

20
Modell des geplanten Kultur- und Verwaltungszentrums für Bagdad (Architekt Hishan Munir, Bagdad)

21
Harter Kontrast von Alt- und Neubauten in einer Geschäftsstraße von Bagdad

Zur Entwicklung Bagdads

Obwohl 762 u. Z. vom Kalifen Al Mansour als „Medinat es Salam" (als „Stadt des Friedens") am westlichen Tigrisufer gegründet, hat Bagdad in seiner wechselvollen Geschichte Höhen und Tiefen erlebt wie wohl kaum eine andere Stadt.
Bereits unter Harun al Rashid (786 bis 809) erreichte Bagdad eine Blüte, die alle damals bestehenden Städte in den Schatten stellte. Aber schon 30 Jahre nach seinem Tode wurde durch eine Laune seiner Nachfolger die Hauptstadt des Kalifenreiches nach dem 130 km entfernten Samarra verlegt, wodurch Bagdad rasch verfiel. Nach 56 Jahren, als Samarra wieder aufgegeben wurde, erfolgte die Neugründung Bagdads am östlichen Tigrisufer. In der Folgezeit entwickelte sich die Stadt zum wohl bedeutendsten wissenschaftlichen und kulturellen Zentrum der damaligen Zeit.
Bagdad darf sich rühmen, mit der Al Mustansiriyah die älteste Universität der Welt besessen zu haben. Bagdad war gleichzeitig religiöser Mittelpunkt der islamischen Welt und wurde durch die Lage an alten Handelswegen auch bald zum wichtigsten Handelszentrum im Vorderen Orient.
Es muß angenommen werden, daß Bagdad im 12./13. Jahrhundert mehr als 2 Millionen Einwohner zählte. Nach Epidemien, Brand- und Flutkatastrophen und den „Mongolenstürmen" weiß die Chronik im 16. Jahrhundert anstelle Bagdads nur noch von einem unbedeutenden Flecken mit 16 000 Einwohnern zu berichten. Erst in unserem Jahrhundert brachte der Ölboom neue Impulse für die Entwicklung Bagdads. 1920 wurde die Stadt wieder Hauptstadt.
Die folgende städtebauliche Entwicklung war jedoch durch die sie eng umschließenden Hochwasserschutzdämme beschränkt. Erst als überörtliche Flußregulierungsmaßnahmen durchgeführt und stadtfernere Dämme fertiggestellt waren, setzte in den 60er Jahren eine sprunghafte Ausdehnung der Stadt ein. Das Wachstum ging um so rapider vor sich, als im Gegensatz zu dem kompakten alten orientalischen Stadtkörper in den neuen Wohngebieten das freistehende Einfamilienhaus auf großen Grundstücken typisch wurde. Die Nachteile dieser Entwicklung (Verkehrsprobleme, aufwendige Erschließung, Überforderung der technischen Stadtversorgung usw.) wurden nur sehr zögernd erkannt.
Erst in dem neuen Generalbebauungsplan für Bagdad, an dem seit 1965 auch polnische Planer von Miastoprojekt Krakow mitarbeiten und der in seiner Endform auf 4 bis 5 Millionen Einwohner ausgelegt ist, wird konsequent eine Verdichtung, vor allem in den zentralen Bereichen, angestrebt. In welcher Form das erreicht werden kann, bedarf jedoch noch sehr eingehender Forschungen, denn gegen das herkömmliche mehr- oder vielgeschossige Wohngebäude besteht eine ausgesprochene Antipathie bei der Bevölkerung. Das ist nur z. T. klimatisch bedingt. Der Kinderreichtum und die durchschnittliche Haushaltgröße von 7,4 Personen bringen Probleme des Zusammenlebens im Hochhaus mit sich, wie auch Mentalität und Tradition nicht zu übersehen sind. So ist man seit Jahrhunderten daran gewöhnt, daß sich das Leben vorwiegend im Freien, im Hof, unter Arkaden oder auf dem Dach abspielt.
So sehr das Problem der Verdichtung fast zu einer Existenzfrage der irakischen Städte wird, so schwer ist es doch andererseits, gegenwärtig eine generelle Lösung zu finden. Es scheint, daß landesspezifische, konzentrierte Wohnformen entwickelt werden müssen, die ihre Wurzeln in traditionellen Bauformen, wie z. B. dem reihungsfähigen orientalischen Atriumhaus, haben könnten.
Der bestätigte Plan für die weitere Entwicklung von Bagdad unterscheidet sich allein schon durch eine den natürlichen Gegebenheiten angepaßte organische Stadtform sehr angenehm von früheren, sehr starren Planungen. Die tragende Idee ist, zu beiden Seiten des Tigris eine 2 bis 3 km breite Zone für alle zentralen Funktionen auszuweisen. Die Größe der Stadt war der Grund, weshalb nicht an die Ausbildung eines konzentrierten Stadtzentrums gedacht ist. Es soll vielmehr dem Strom entlang eine ganze Anzahl städtebaulicher Brennpunkte aufeinander folgen wie ein Regierungszentrum, ein Verwaltungszentrum, ein Touristenzentrum und ein Hotelkomplex. Außerhalb dieser zentralen Zone sind auf beiden Seiten je drei Distrikte mit rund 500 000 Einwohnern ausgewiesen, die eigentlich voll ausgestattete, in sich gegliederte Städte mit eigenen Industriegebieten sind. Große Teile der sechs Distrikte sind heute bereits bebaut. Die Aufgabe der nächsten Jahre wird in diesen Gebieten vornehmlich darin bestehen, sie nach einem Ordnungsprinzip mit gesellschaftlichen Einrichtungen und Arbeitsplätzen auszustatten und technisch zu versorgen. Breite Grünzonen trennen diese Distrikte und verbinden gleichzeitig den Tigris mit dem geplanten breiten Grüngürtel um die Stadt, der zum Schutz gegen die häufigen Standstürme beitragen soll. In Verwirklichung der Planung ist am Tigrisufer bereits ein einige Kilometer langer Streifen grünplanerisch gestaltet worden, den die Bewohner mit seinen vielen Attraktionen genauso schnell begeistert angenommen haben wie den gerade fertiggestellten Vergnügungspark, der sich unmittelbar westlich an das Zentrum in einer Größe von rund 250 ha anschließt.
Die Realisierung auch großer städtebaulicher Projekte wird im Irak oft verblüffend schnell und großzügig in Angriff genommen. So hatte man die für das Kultur- und Verwaltungszentrum vorgesehene dichtbebaute Fläche förmlich über Nacht geräumt. Breite Straßen wurden durch die Altstadt gebrochen, eine Uferschnellstraße unter komplizierten Bedingungen gebaut, eine zentrale Kläranlage mit den entsprechenden Hauptsammlern errichtet und große Industriekomplexe angelegt. Diese und andere Bauleistungen zeugen vom Aufbauwillen, Selbstbewußtsein und der gewachsenen Kraft der Republik Irak.

Gedanken zum gesellschaftlichen Auftrag der Architekten und Ingenieure in den Planungsbüros des Städtebaus bei der weiteren Erfüllung des Wohnungsbauprogramms

Dipl.-Ing. Dietrich Koch
VEB Büro für Städtebau des Bezirkes
Frankfurt (Oder)

Die 6. Baukonferenz stand unter der Losung: „Mehr, besser und effektiver bauen – durch Vertiefung der Intensivierung und Förderung der Masseninitiative". Erich Honecker sagte dazu: „Die Fragen der Intensivierung stehen mit völlig neuer Schärfe. Volkswirtschaftliche Reserven in neuen Dimensionen müssen erschlossen werden. Damit sind höhere Maßstäbe für die Arbeit gesetzt. Überall ist es notwendig, das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis gründlich zu durchdenken und wesentlich zu verbessern ...".

Diese Zielstellungen gelten auch für die Zeit von 1976 bis 1980 in besonderem Maße für uns als Architekten und Ingenieure in den Planungsbüros des Städtebaus.

Sie gelten deshalb in besonderem Maße für uns, weil durch unseren Arbeitsgegenstand ein Entscheidungsfeld enormer volkswirtschaftlicher Größenordnung beeinflußt wird und weil durch baupolitisch richtige Vorschläge im Rahmen unserer Arbeitsergebnisse Reserven in Millionengröße nutzbar gemacht werden können.

Eine Besonderheit liegt darin, daß unsere Anstrengungen im Sinne der sparsamsten und effektivsten Verwendung des Volksvermögens oft erst nach Jahren in der Praxis realisiert werden. Dazu kommt, daß es oft sehr kompliziert ist, langwieriger Untersuchungen und vielfältiger geistiger Anspannungen bedarf, um Millioneneffekte zu erreichen, und daß die dabei zu durchlaufenden Optimierungsprozesse oftmals nur in der Auseinandersetzung mit vielen objektiven und subjektiven Faktoren bewältigt werden können. Wir alle wissen, daß bei einer solchen Auseinandersetzung schon bei uns durchaus persönliche Konflikte zwischen der eigenen fachlichen Auffassung (dem, was man gelernt hat) und den jeweils vorhandenen gesellschaftlichen Erfordernissen und Möglichkeiten auftreten können.

Vor diesen Konflikten werden wir uns auch in Zukunft nicht bewahren können, denn sie gehören auch zu den Widersprüchen, die die Entwicklung vorantreiben. Wichtig ist nur, daß wir diese Konflikte diszipliniert lösen und dabei von der Grundeinstellung ausgehen, das zum jeweiligen Zeitpunkt gesellschaftliche Optimum finden zu wollen. Daß dieses gesellschaftliche Optimum sich in Abhängigkeit von den konkreten historischen Bedingungen und dem erreichten Entwicklungsstand wandelt, ist allgemein bekannt. Wenn in einer Zeit extrem gestiegener Weltmarktpreise von Partei und Regierung die Aufgabe gestellt wird, das beschlossene Wohnungsbauprogramm auf Grund seiner enormen sozialpolitischen Bedeutung dennoch in vollem Umfange zu erfüllen, und wenn man persönlich die Notwendigkeit der schnellstmöglichen Lösung der Wohnungsfrage für alle Menschen als ein gesellschaftliches Grundanliegen anerkennt, dann muß man sich auch zu dem Grundanliegen bekennen, durch eigene Überlegung und Initiative ständig dazu beizutragen, daß die volkswirtschaftlichen Fonds so effektiv wie irgend möglich im Sinne der Lösung der sozialpolitischen Aufgabe eingesetzt werden.

Dazu gehört auch, zu akzeptieren, daß die für unser Bauwesen und besonders für den komplexen Wohnungsbau einsetzbaren Mittel vorläufig nicht noch mehr erweitert werden können und daß jede Mark, die über die staatlichen Normative hinaus verbraucht wird, in der Endkonsequenz dazu führen würde, daß weniger Familien eine Wohnung bekommen können.

Mit dieser Feststellung wird noch einmal deutlich, daß gegenwärtig ein hoher gesellschaftlicher Auftrag für jeden von uns darin besteht, im Prozeß unserer Arbeit ständig, wie Erich Honecker sagte, „... das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis immer wieder gründlich zu durchdenken ...". Welche Möglichkeiten haben wir, um dieser Verantwortung gerecht zu werden?

Es ist nicht Anliegen dieses Aufsatzes, in Beantwortung dieser Frage prinzipiell neue Erkenntnisse zu vermitteln, sondern die Absicht besteht darin, Zusammenhänge bewußt zu machen, Möglichkeiten, die uns bei unserer Arbeit zur Verfügung stehen, in Form einiger Grundsätze in Erinnerung zu rufen und ein Bekenntnis zu diesen Grundsätzen abzulegen.

1. Grundsatz

Unsere Arbeit muß noch stärker als bisher durch Variantenuntersuchungen zum Auffinden des gesellschaftlichen Optimums gekennzeichnet sein. Das gilt sowohl für die Auswahl der Standorte als auch für die Erarbeitung von städtebaulichen Konzeptionen. Dabei müssen vor allem in den städtebaulichen Entwurfsprozessen neben technisch-gestalterischen Kriterien in stärkerem Maße als bisher ökonomische Kriterien für die Beurteilung der Varianten herangezogen werden. Das erfordert weiteres zielstrebiges Suchen nach Arbeitsmethoden, die nicht mit unvertretbar hohem Bearbeitungsaufwand für die Entwurfsprozesse verbunden sind. Die Ideen aller sind bei der Lösung dieser Aufgabe gefragt!

2. Grundsatz

Wir müssen bei unserer Arbeit mehr als bisher die Frage nach Weiternutzbarkeit des Vorhandenen stellen. Das wird in den Jahren bis 1980 auf Grund des hohen Nachholebedarfs an gesellschaftlichen Einrichtungen in den bisherigen Schwerpunkten des Baugeschehens und der immer noch schwierigen Kapazitätssituation insbesondere für viele Einrichtungen der sozialen Infrastruktur zutreffen.

Eine wichtige Aufgabe besteht deshalb für uns darin, uns zu den von den Auftraggebern übergebenen Programmen und Zielstellungen generell einen eigenen kritischen Standpunkt zu bilden und zu prüfen, ob die eine oder andere bestehende gesellschaftliche Einrichtung noch Reserven beinhaltet oder durch Um- und Ausbaumaßnahmen als Alternative zum Neubau noch für einen Übergangszeitraum funktionstüchtig gemacht werden kann. Natürlich darf uns das nicht hindern, die Standorte für künftige Ausbauzustände auszuweisen und städtebaulich einzuordnen.

3. Grundsatz

Die Alternative zu einer aufwendigen Gesamtlösung wird häufig in einem etappenweisen Ausbau notwendiger Endzustände bestehen. Auch dieser Gedanke ist nicht neu, es ist nur notwendig, ihn sich im erforderlichen Moment bewußt zu machen.

Dieser Grundsatz erhält besondere Bedeutung, wenn es um die Lösung von Aufgaben geht, die überwiegend mit Hilfe gesellschaftlicher Kräfte bewältigt werden müssen. Es ist unsere Aufgabe, die Möglichkeiten des etappenweisen Aufbaus intensiver als bisher planerisch zu durchdringen und unseren Auftraggebern diesbezügliche Lösungsvorschläge als Entscheidungsgrundlage zu übergeben.

4. Grundsatz

Wir müssen es nach wie vor als eine unserer wichtigsten Aufgaben ansehen, unsere Kooperationspartner, insbesondere die erzeugnisverantwortlichen Kombinate, immer wieder anzuregen und aufzufordern, ihre Erzeugnisse in volkswirtschaftlich günstigem Sinne zu rationalisieren, um mehr solche positiven Ergebnisse zu erreichen, wie beispielsweise die Einführung des Leitungsganges im Gebäude in die Serienproduktion. Bisher sind die ökonomischen Möglichkeiten dieses Konstruktionsprinzips sicher nicht in allen Bezirken in vollem Umfang ausgeschöpft. Bereits in der Phase der städtebaulichen Planung sollten technisch-ökonomische Untersuchungen mit dem Ziel der weiteren Effektivitätserhöhung durchgeführt werden.

5. Grundsatz

Wir sollten unsere Bemühungen zur sinnvollen Rationalisierung der Flächennutzung im Rahmen unserer Planungen weiter fortsetzen, weil eine intensivere Nutzung der Fläche weniger Investitionsaufwand im sekundären Bereich und höhere Effektivität der Primärinvestitionen bedeutet. Das heißt nicht, daß wir alle fachlichen Regeln über Bord werfen sollen, aber wir sollten Gedankenansätze, wie sie in vielen Planungen bereits zur Doppelnutzung von Flächen bestehen, weiterentwickeln, wir sollten ihre volkswirtschaftlichen Effekte zu errechnen versuchen, und wir sollten prüfen, ob es nicht noch mehr solcher Ansatzpunkte gibt, wie die überspitzten Besonnungsforderungen für die Freiflächen in der TGL 24 890 „Vorschuleinrichtungen", denen wir durch wissenschaftliche Beweisführung zu Leibe rücken können, um letzten Endes volkswirtschaftlich vernünftig zu bauen.

Jeder von uns ist aufgerufen, bei der gegenwärtigen Diskussion über den Entwurf der Direktive des IX. Parteitages der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976 bis 1980 derartige Reserven aufzuspüren und daran mitzuwirken, daß sie gesellschaftlich nutzbar gemacht werden.

Gemeinschaftliches Leben im Wohngebäude

Einige konkrete Erfahrungen

Dr.-Ing. Werner Rietdorf, Berlin

In der vor einigen Jahren erschienenen Reportage über den Aufbau von Halle-Neustadt „Städte machen Leute" gibt es jene bemerkenswerte Stelle, wo davon gesprochen wird, daß eine Stadt zweimal gebaut wird: einmal von den Projektanten und Bauleuten, und ein zweites Mal von den Bewohnern, die in ihr leben.

Was von dem Reporterkollektiv am Beispiel der neuen Chemiearbeiterstadt festgestellt wurde, gilt meines Erachtens aber nicht nur für die Stadt als Ganzes, sondern auch für ihre Teile, ja sogar für jedes einzelne Wohngebäude. Es gibt auch hier so etwas wie „das Haus an sich" und „das Haus für mich, für uns"! Es gibt auch hier diesen interessanten Vorgang des praktischen Aneignens – einen Vorgang, den es sich immer zu beobachten lohnt und aus dem der Architekt mit Sicherheit Gewinn für seine Arbeit ziehen kann.

Ich möchte im folgenden einige Beobachtungen aus eigener Kenntnis an einem konkreten Beispiel anführen. Das Beispiel ist ein Wohnhochhaus mit 280 Zwei- und Dreiraumwohnungen im Stadtzentrum unserer Hauptstadt. Jeweils 28 Familien bilden eine Hausgemeinschaft; die betreffenden Wohnungen liegen in zwei oder drei Geschossen übereinander. Das Haus ist als Mittelgangtyp entwickelt, der Gang ist in seiner Führung mehrfach versetzt angeordnet. Im Haus insgesamt besteht eine Zentrale Hausgemeinschaftsleitung, in der die Vertreter der zehn Hausgemeinschaften alle gemeinsam interessierenden Probleme beraten und ihre Maßnahmen und Vorschläge, zum Teil in Abstimmung mit dem Wohnbezirksausschuß der Nationalen Front der DDR, koordinieren. Das ist die Struktur. Wie aber wird gearbeitet?

Als die Mieter vor über fünf Jahren in das neue Haus einzogen, gab es wie überall zunächst eine Fülle organisatorischer Fragen zu lösen – von der Erfassung leider notwendiger Regreßarbeiten über die einheitliche Beschilderung der Hausbriefkastenanlage bis zur Benutzungsordnung für den Müllschlucker, die Wäschetrockenräume, den Fahrradkeller und die Kinderwagenabstellräume. Alles das konnte dank der Aufgeschlossenheit der Mieter, der organisatorischen Kunst der gewählten Vertreter der Hausgemeinschaften und der sich formierenden Zusammenarbeit mit der Kommunalen Wohnungsverwaltung sachlich und erfolgreich Zug um Zug bewältigt werden. Und doch blieb es bei diesen Aufgaben nicht, sondern es ging von Anfang an um mehr: um die Herausbildung und Förderung wirklichen Gemeinschaftslebens im Neubau. Dieser Aufgabe wandten sich sowohl erfahrene Genossen und Genossinnen der Parteiorganisation zu als auch aufgeschlossene junge Ehepaare, Frauen und Männer des Hauses mit Engagement, Liebe und Ideen.

Zu den ersten gemeinschaftlichen Aktivitäten im Neubau gehörten zum Beispiel

- eine von den Mietern selbst entwickelte und finanzierte, einheitlich gestaltete Beflaggung des Hauses zu festlichen Anlässen
- die gemeinsame Pflege hausnaher Grünanlagen und Pflanzungen
- die Gründung von zwei Malzirkeln für Vorschul- und Schulkinder, die unter Anleitung ehrenamtlicher Kräfte aus der Hausgemeinschaft regelmäßig im Hause oder in der Umgebung zeichnen, malen und basteln
- die gemeinsame Ausgestaltung der beiden Hauseingangsbereiche mit thematischen Ausstellungen zum Tag der Republik, zum 1. Mai, zu den X. Weltfestspielen und zum 30. Jahrestag der Befreiung und
- die Ausschmückung der Flure und Verkehrsbereiche an den Aufzügen mit Fotos, Zeichnungen und Reproduktionen sowie Blumenständern.

Zu Höhepunkten des Lebens im Haus jedoch sind unbestreitbar jene festlichen Ereignisse geworden, die von den Mietern selbst gemeinsam vorbereitet und gestaltet wurden und an denen – veranstaltet von einer Hausgemeinschaft aus 28 Familien – mitunter 80 bis 100 Menschen teilnahmen:

- die gemeinsamen Silvesterfeiern der Hausgemeinschaft, das sogenannte „Flurvester"
- die Faschingsveranstaltung (Fasching in Wald und „Flur")
- der Kinderfasching

sowie die Dachgartenfeste, die an lauen Sommerabenden auf der Dachterrasse des Hauses stattfanden.

Die „Flurvester"-Feiern, der Fasching und der Kinderfasching machten dabei für alle praktisch erlebbar, welche großen Möglichkeiten für gemeinsame Veranstaltungen



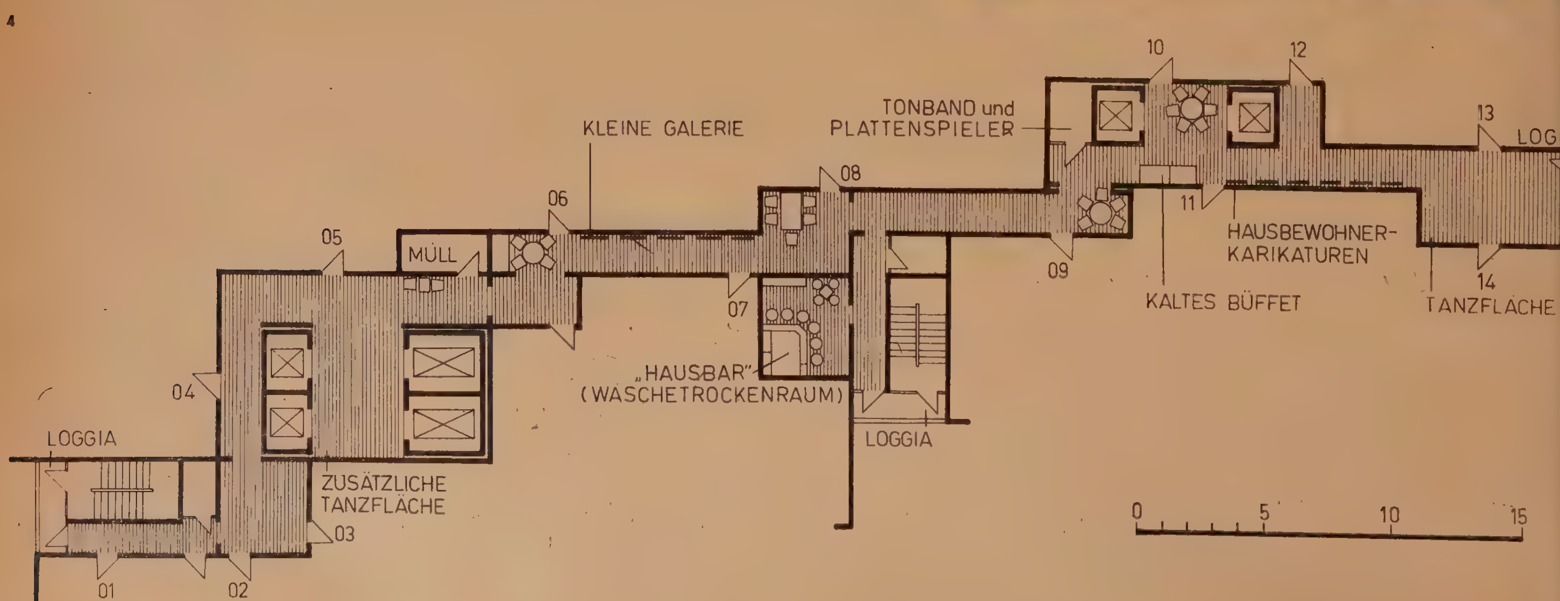
1



2



3



4



5



6



7

allein die Nutzung der Verkehrsflächen vor den Wohnungen, also ein Teil des sogenannten „halböffentlichen Raumes" bietet. Der etwa 1,50 m breite Flur und die Flächen an den (zum Teil ausnahmsweise verriegelten Aufzügen) werden zu attraktiven Kommunikationsbereichen gestaltet, mit einem erlesenen Kalten Büffet aus den Küchen der Mieter, mit einer kleinen Galerie Hausbewohner-Karikaturen, mit kleinen Überraschungen wie einem mannshohen Nußknacker, der Berliner „Schusterjungen" feilbietet, mit Lampions und buntem Papier.

Getanzt wird in einem Bereich, der vom Architekten des Hauses eigentlich mehr als Kinderwagenabstellfläche gedacht war (eine Lösung, die wegen des unvertretbar hohen Platzbedarfs der Kinderwagen in den Aufzügen zugunsten von Abstellräumen im Erdgeschoß im allgemeinen aufgegeben werden mußte); der Elektroraum nahm für ein paar Stunden die „elektroakustische Grundausrüstung" auf (Tonband, Plattenspieler) und der im Geschoß vorhandene Wäschetrockenraum wird zur Faschings- oder Silvesterfeier sinnigerweise als Hausbar „Zum siebenten Himmel" genutzt. Um genügend Platz für tanzmüde Sitzlustige zu bieten, sind auch die Wohnungen selbst mehr oder weniger in das Geschehen einbezogen, so daß sich – die Soziologen mögen das mit Genugtuung registrieren – zumindest für einige Stunden die oftmals beklagten Grenzen zwischen den „eigenen vier Wänden" und dem „Draußen" fast verwischten.

Ich will und kann die hier kurz skizzierten Aktivitäten einer Hausgemeinschaft natürlich nicht ohne weiteres verallgemeinern. Wer die vor kurzem begonnene Leserdiskussion der Wochenzeitung „Sonntag" zum Thema „Leben heute: Wohnen im Neubau" verfolgt, kann die Differenziertheit solcher Fragestellung sehen. Einiges aber möchte ich hier als generelle Schlußfolgerung aus eigener Erfahrung doch feststellen:

1. Es ist durchaus auch möglich, schon in den ersten Jahren in einem Neubau ein wirkliches Gemeinschaftsleben zu entwickeln. Die mitunter geäußerte Meinung, das gäbe es nur in den Altbauten, ist einfach falsch. Auch die des öfteren auftretende Behauptung, vielgeschossige Wohngebäude und Hochhäuser seien gegenüber der mehrgeschossigen Bebauung besonders kommunikationsfeindlich, ist so absolut nicht aufrechtzuerhalten.

2. Um gemeinschaftliches Leben im Wohnhaus zu entwickeln, sind bestimmte räumliche Voraussetzungen erforderlich. Geeignete Verkehrsflächen sowie Nebenfunktionsflächen in den Geschossen oder im Erdgeschoß können dabei durchaus mitgenutzt werden (siehe auch „Architektur der DDR" 1/76, S. 50 ff.).

3. Und das scheint mir die wichtigste Erfahrung: Entscheidend dafür, wie sich gemeinschaftliches Leben im Wohngebäude entwickelt, ist es, ob es gelingt, daß sich eine kontinuierliche Arbeit der Hausgemeinschaften und ihrer Leitungen herausbildet, in der alle Mieter entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen das ihre beitragen.

1
Kinderweihnachtsfeier im Flur vor den Wohnungen

2
Filmvorführung beim Kinderfasching (Vorraum vor den Aufzügen)

3
Tischrunde bei der „Flurvester"-Feier

4
Nutzung der Verkehrs- und Nebenflächen zu Hausgemeinschaftsfeiern.

5
Einladung zum „Flurvester" (Gestaltung: Cordula Günther)

6
Eierlaufen im Flur

7
Andrang am Kalten Büffet

Zur Ausschreibung von Architekturwettbewerben

Aus einem Leserbrief:

Werte Redaktion!

Im Heft 12/1975 und Heft 1/1976 veröffentlichten Sie in Ihrer Zeitschrift die Ausschreibung zum Wettbewerb zur Neugestaltung des Gebietes „Nördlich der Langen Straße" in Rostock. Damit werden im Prinzip folgerichtig die Gedanken der 14. Präsidiumssitzung und des 7. Kongresses des BdA/DDR zur Intensivierung der Arbeit der Architekten der DDR aufgegriffen.

Es geht in meinen kritischen Zeilen also nicht um die Ausschreibung von Wettbewerb schlechthin, sondern im speziellen um inhaltliche Sentenzen der obengenannten Ausschreibung. Im wesentlichen sind es zwei Gesichtspunkte, die – so meine ich –, wenn sie Schule machten, viele wertvolle schöpferische Gedanken und Ideen weiter Architektenkreise ungenutzt lassen, weil diese nämlich dann von vornherein Abstand von einer Wettbewerbsbeteiligung nähmen. Konkret sind das

1. die durch die Anwendung einer Bearbeitungsgebühr für ausgewählte aufgeforderte Kollektive provozierte Chancenungleichheit und Benachteiligung von Einzelpersonen und kleineren Kollektiven bei sonst offenen Wettbewerben sowie

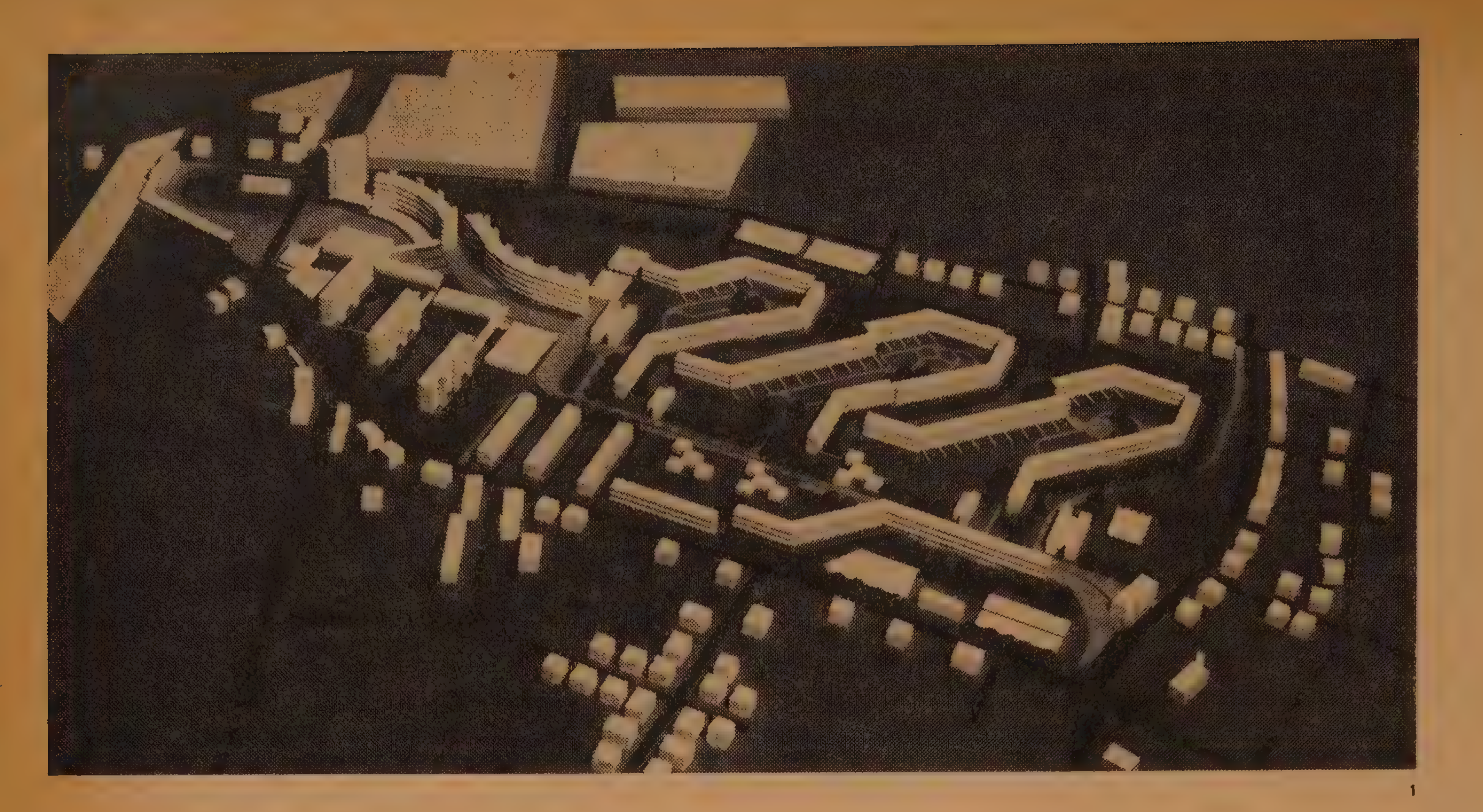
2. der geforderte Leistungsumfang bei diesem Wettbewerb, der von der Aufgabenstellung – Stadtumgestaltung als intensiver Prozeß unter Einbeziehung denkmalpflegerisch geschützter Substanz – relativ diffizil und neuartig ist.

Unter den konkreten Bedingungen der fachlichen und gesellschaftlichen Beanspruchung der Architekten der DDR sollten Wettbewerbe vorrangig zur Ideensammlung genutzt und durch eine sinnvolle Leistungsforderung und entsprechende materielle Stimulierung ein breiter Kreis von Kollegen angesprochen werden. Die von den zuständigen örtlichen Räten geforderte Detaillierung der Unterlagen könnte durch eine 2. Bearbeitungsstufe (Stufenwettbewerb) gesichert werden, wodurch gleichzeitig die Garantie gegeben ist, daß die aus Sicht der Jury bzw. der territorialen Ebene geeigneten Vorschläge diese Weiterbearbeitung erfahren. Damit werden nach meiner Meinung auch die zur Verfügung stehenden Fonds sowohl hinsichtlich des Arbeitszeitvermögens der Fachkollegen als auch bezüglich der materiellen Mittel der Auslober optimal genutzt.

Sicher haben Sie als Veröffentlicher der Wettbewerbsausschreibung keine Verantwortung für deren Inhalt. Da ich jedoch der Meinung bin, daß es sich hierbei auch um ideologische Probleme handelt – wie beispielsweise die wohl doch normalerweise selbstverständliche Beteiligung der Architekturhochschulen der DDR an Wettbewerben –, werden Sie sich als Publikationsorgan der Architekten der DDR, so hoffe ich, dieser Zeilen annehmen.

Ich bin mir gleichfalls im klaren darüber, daß zweifelsfrei ernsthafte Überlegungen zur Wahl dieser Wettbewerbsform geführt haben, gerade darum möchte ich meine Gedanken dazu zur Diskussion stellen.

Mit kollegialem Gruß
Diplomarchitekt Altmann, Potsdam



1

Über die Effektivität von Architekturwettbewerben

Dr.-Ing. Peter Sniegon

Für das Jahr 1976 sind elf DDR-Wettbewerbe vorgesehen, demgegenüber gab es vor kurzem noch Jahre, in denen die Zahl der ausgeschriebenen republikoffenen Wettbewerbe viel weniger betrug. Ähnlichen Schwankungen war auch die im Bezirksmaßstab organisierte Wettbewerbstätigkeit in den meisten unserer Bezirke unterlegen.

Im Bezirk Dresden wurden auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung vom 16. 7. 1970 zwischen dem BdA-Bezirksvorstand, dem Bezirksbaudirektor und dem Stadtbaudirektor von Dresden sowie den dazugehörigen Jahresvereinbarungen kontinuierlich drei bis vier Wettbewerbe im Jahr (überwiegend auf Bezirksebene) durchgeführt. Ihre Effektivität soll im Rahmen dieses Beitrages auf der Grundlage einer Analyse der mit Wettbewerben erreichten Ergebnisse eingeschätzt werden; die daraus gezogenen Schlußfolgerungen sind sicher auch für andere Bezirke von Interesse.

Wie trugen die Wettbewerbe zur Erhöhung der Qualität der gebauten Umwelt bei?

Von den im Zeitraum 1970 bis 1975 veranstalteten Wettbewerben wurden acht Wettbewerbe (sechs Objekte) für eine tiefgründige Analyse ausgesucht. Kriterien der Auswahl war das Vorliegen von bestätigten Investitionsvorentscheidungen oder Bebauungskonzeptionen, zumindest aber von verbindlichen Studien. Der Vergleich dieser gegenwärtigen „Endprodukte" mit den Entwürfen der Preisträger und den Empfehlungen des Preisgerichts ergab folgendes Resultat (s. auch Tab. 1):

■ Bei zwei Wettbewerben konnte das Ergebnis fast vollständig übernommen werden:

für das Wohngebiet Dresden-Försterlingstraße der 1. Preis des Kollektivs Dr. Burggraf (s. Abb. 1 und 2)

für das Wohngebietszentrum Bautzen-Gesundbrunnen der 1. Preis des Kollektivs Prof. Dr. Trauzettel (s. Heft 6/1975).

■ Bei weiteren drei Objekten flossen wichtige Ideen in die vorliegende Lösung ein: im Wohngebiet Coswig, Dresdner Straße, Vorschläge des 1. Preises (Kollektiv Dr. Fehrmann) und des 2. Preises (Kollektiv Dr. Burggraf)

im Wohngebiet Prohlis (2. Wettbewerb) Gestaltungsideen der Varianten 3 (Kollektiv Prof. Dr. Brenner) und 4 (Kollektiv Dr. Petzold)

beim Zentrum Görlitz-Nord die Grundidee des 1. Preises (Kollektiv Prof. Dr. Trauzettel).

■ Dagegen konnten bei der Studie zum Wohngebiet Dresden-Gorbitz und zum Wohngebiet Görlitz-Nord sowie zur ersten Konzeption zum Wohngebiet Dresden-Prohlis nur in unbedeutendem Maße Ideen der Preisträger verwertet werden.

Was waren die Ursachen hierfür?

An der Zusammensetzung der Kollektive lag es nicht. Das Feld der Teilnehmer zeigte in allen drei Fällen – und darauf wird durch die Wettbewerbskommission des Bezirksvorstandes des BdA/DDR besonders geachtet – eine gute Mischung zwischen wettbewerbs- und städtebauerfahrenen Kollektiven und jenen, die erstmals an einem Wettbewerb solcher Aufgabenstellung teilnahmen. Dazu kam, daß gegenüber einer durchschnittlichen Teilnahme von 7 Kollektiven je Wettbewerb die Anzahl der teilnehmenden Kollektive mit 8, 11 und 14 relativ hoch lag. Die Wohngebiete Dresden-Gorbitz (36 TEw), Dresden-Prohlis (26 TEw) und Görlitz-Nord (18 TEw) stellen einmal von ihrer Größenordnung her einen neuen Maßstab dar, zum anderen wird bei Dresden-Gorbitz und Görlitz-Nord zum ersten Mal in diesem Maße hängiges Gelände in Anspruch genommen wie nie zuvor (absolute Höhenunterschiede in Dresden-Gorbitz 52 m, in Görlitz-Nord 37 m). Dazu kam, daß vor der Konzipierung von Bebauungsformen die komplizierte Klärung der Grundstruktur erfolgen mußte, eine Aufgabe, die anscheinend bei vorgegebenen Bedingungen im Rahmen des sonst üblichen Einsatzes des Freizeitfonds der Beteiligten nicht voll befriedigend gelöst werden konnte.

In allen drei Fällen ergaben sich deshalb folgende 2 Wettbewerbsstufen:

Dresden-Prohlis
1. Wettbewerb Wohngebiet (gesamt) 1970
2. Wettbewerb Wohngebiet (gesamt) 1973

Dresden-Gorbitz
1. Wettbewerb Wohngebiet (gesamt) 1972
2. Wettbewerb Teilgebiet 1975

Görlitz-Nord
1. Wettbewerb Wohngebiet (gesamt) 1973
2. Wettbewerb Teilgebiet 1975

(Die 2. Wettbewerbsstufen bei Prohlis und Gorbitz liefen mit unterschiedlicher Aufgabenstellung.)

Bei allen drei Gebieten lag zwischen den beiden Wettbewerben die Bearbeitungsphase Studie, bei Gorbitz dabei die sehr tiefgründige Bearbeitung der Beispielplanung durch das Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR. In allen drei Fällen war jedoch der Doppelwettbewerb nicht geplant, sondern ergab sich aus dem ungenügenden Ergebnis des ersten Wettbewerbs und den in der Studie herausgearbeiteten Problemen.

Als Schlußfolgerung aus den gewonnenen Erfahrungen wäre folgender Ablauf bei ähnlich komplizierten Aufgaben anzustreben:

■ Städtebauliche Studie (1 : 2000) auf der Grundlage des Generalbebauungsplanes mit Klärung der möglichen Strukturvarianten und Herausarbeitung der absoluten und variablen Bedingungen

■ 1. Wettbewerb für das Gesamtgebiet mit dem Schwerpunkt Vorschläge zur Grundstruktur und Aussagen zum Prinzip der Bebauungsstrukturen (1 : 2000)

■ Bebauungsstudie (1 : 2000) unter Konsultation der Preisträger zur Herausarbeitung der endgültigen Grundstruktur und der sich daraus ergebenden Bedingungen

■ 2. Wettbewerb für ein Teilgebiet, möglichst unter Einschluß des 1. Bauabschnittes und des Hauptzentrums unter Beteiligung der preisgekrönten Kollektive des 1. Wettbewerbs mit dem Ziel der Ausarbeitung der Bebauungsstrukturen (1 : 1000)

■ Bearbeitung der Bebauungskonzeption (1 : 1000) unter Konsultation der Preisträger des 2. Wettbewerbs.

Voraussetzung für eine im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten sorgfältige Vorbereitung eines solchen Standortes ist allerdings der Entscheidungsvorlauf zur Standortkonzeption des Bezirkes, das bedeutete zum heutigen Zeitpunkt die Bestätigung der langfristigen Konzeption komplexer Wohnungsbau 1981 bis 1985, wie sie meines Wissens in den wenigsten der Bezirke



2

vorliegt. Denn nur aus der exakten zeitlichen Fixierung des Aufbaus eines solchen Standortes sind die optimalen Zeitpunkte der Vorbereitungsetappen abzuleiten, jedes „Zufrüh" oder „Zuspät" bringt Effektivitätsverluste. Da sich in der Praxis jedoch dieser ideale Ablauf nicht immer verwirklichen läßt, können an Stelle der genannten Wettbewerbe zeitgünstigere innerbetriebliche Variantenvergleiche oder Entwurfsklausuren eingesetzt werden, qualitätssteigernde Mittel, zu denen im Bezirk Dresden ebenfalls positive Erfahrungen vorliegen.

Insgesamt gesehen kann jedoch die Effektivität der Wettbewerbe im Bezirk Dresden seit 1970 befriedigen. Mit vertretbarem finanziellem Aufwand, mit vertretbarem Zeitfondseinsatz der Kollektive wurden Qualitätssteigerungen erreicht, die unter der derzeitigen Kapazitätssituation der Städtebaubüros nicht erreichbar gewesen wären.

Tabelle 1: Übersicht über Wettbewerbe im Bezirk Dresden

Jahr	Objekt	Fachgebiet	Anzahl der Kollektive	Übernahme von Ergebnissen
1970	WG Dresden-Prohlis	Städtebau	8	Ergebnisse eingeflossen
	WG Dresden, Stübelallee	Städtebau	11	
1971	Rekonstruktion und Erweiterung der Porzellanmanufaktur Meißen	Industriebau	13	Ergebnisse eingeflossen
	Dresden, Prager Straße Nordost	Städtebau	6	Ergebnisse dienten der Klärung der Aufgabenstellung
	Wohngebietszentren Johannstadt Nord und Süd	Städtebau/Hochbau	3	Ergebnisse eingeflossen
1972	WG Coswig, Dresdner Straße	Städtebau	8	Ergebnisse 1. und 2. Preis eingeflossen
	WG Bautzen-Neustadt	Städtebau	8	Standort zeitlich verschoben
	Möblierungsvarianten WBS 70	Innenarchitektur	8	Ergebnisse dienten der Öffentlichkeitsarbeit
	WG Dresden-Gorbitz	Städtebau	14	Ergebnisse mit der veränderten Grundstruktur nicht eingeflossen
1973	WG Dresden-Prohlis	Städtebau	4	Ergebnisse Variante 3 und 4 eingeflossen
	WG Görlitz-Nord	Städtebau	11	Übernahme der Lage des Zentrums vom 1. Preis
	WG Dresden, Försterlingstraße	Städtebau	8	Grundstruktur vom 1. Preis voll übernommen
1974	Dresden-Innere Neustadt II	Städtebau	5	Ergebnisse dienten zur Klärung der Aufgabenstellung
	Freiflächengestaltung Altmarkt Süd/Prager Straße Nord	Freiflächengestaltung	11	Ergebnisse eingeflossen
	WG Bautzen-Gesundbrunnen	Städtebau/Hochbau	4	1. Preis fast vollständig übernommen
	WG Coswig, Steinbacher Weg	Städtebau	9	Standort zeitlich verschoben
1975	WG Dresden-Gorbitz	Städtebau/Technologie	6	
	WG Görlitz-Nord	Städtebau/Hochbau	5	Ergebnisse 1. Preis weitgehend eingeflossen
	Umgestaltung Innenstadt Bischofswerda	Städtebau (DDR-offen)		
1976	Dresden-Innere Neustadt II	Städtebau (DDR-offen)		
	Umgestaltung Görlitz-Innenstadt	Städtebau (DDR-VR Polen)		
	WG Dresden-Gorbitz	Städtebau/Hochbau		
	WG Zittau-Kummersberg	Städtebau		

Welche Schlußfolgerungen sind für zukünftige Wettbewerbe zu ziehen?

In Auswertung der genannten Einzelfaktoren kann festgestellt werden, daß sich allgemein bewährt haben:

1. die Anzahl von vier Wettbewerben je Jahr
2. die Ausschreibung bezirklicher Aufforderungswettbewerbe
3. die Teilnehmerzahl von sechs bis zehn Kollektiven
4. die zuvor beschriebene Zusammensetzung der Kollektive
5. die Festlegung der Mindestgröße eines Kollektivs von drei Mitgliedern, davon zwei Mitglieder des BdA/DDR
6. die aktive Einflußnahme der BdA-Wettbewerbskommission auf die Ausschreibung und die Auswahl der Kollektive
7. die Zusammensetzung der Preisgerichte, im allgemeinen mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises und dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, mit Experten der TU Dresden und der Bauakademie, mit je einem Vertreter des zuständigen Hauptauftraggebers, des Büros für Verkehrswesen, des Generalauftragnehmers sowie des BdA-Bezirksvorstandes.

An Verbesserungen wären durchzusetzen:

1. die vorher beschriebene Durchführung von Zwei-Stufen-Wettbewerben
2. die Ausschreibung von einem DDR-offenen Wettbewerb im Jahr
3. die Verstärkung der Wettbewerbstätigkeit für Aufgaben bisher vernachlässigter Fachsparten wie Freiflächengestaltung, Hochbau und Umgestaltung sowie in Form von innerbetrieblichen Wettbewerben, insbesondere in den Projektierungsbüros
4. die Nutzung der wettbewerbsfreundlichsten Monate Januar bis April und September bis November für die Laufzeit.

Unter Beachtung dieser Verbesserungen wird es gelingen, das Potential der im Bezirk ansässigen Architekten und Ingenieure sowie weiterer so einzusetzen, daß die nach dem IX. Parteitag zu lösenden sozialpolitischen Aufgaben mit ihrem Kernstück, dem Wohnungsbauprogramm, nicht nur quantitativ, sondern gleichzeitig in der unter den gegebenen Bedingungen höchstmöglichen Qualität im Bezirk Dresden realisiert werden können.



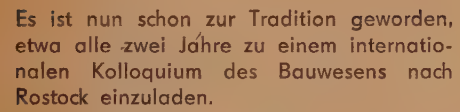
1

VI. Internationales Kolloquium des Bauwesens der Ostseeländer in Rostock



Dipl.-Ing. Matthias Stahl
Abteilungsleiter Städtebau
Bezirksbauamt Rostock

1 Blick auf das Präsidium des VI. Kolloquiums



Es ist nun schon zur Tradition geworden, etwa alle zwei Jahre zu einem internationalen Kolloquium des Bauwesens nach Rostock einzuladen.

Der Einladung des Bezirksbauamtes, der Bauakademie der DDR, des Bundes der Architekten der DDR und der Kammer der Technik zum VI. Kolloquium (Oktober 1975) waren wieder viele interessierte Kollegen aus dem In- und Ausland gefolgt.

Zwei wichtige Hinweise der Gäste des V. Kolloquiums 1973 wurden bei der Vorbereitung des VI. Kolloquiums berücksichtigt und lebhaft begrüßt: Alle Gäste hatten die Gelegenheit, an einer Besichtigung der Stadt Rostock teilzunehmen, und außer dem ersten Arbeitstag, an dem die Vertreter jeder Stadt im Plenum zu Wort kamen, gab es einen zweiten Arbeitstag mit regen Diskussionen in drei Fachgruppen.

Unter dem Hauptthema „Stadt und Umland an der Ostseeküste" leisteten die Gäste aus den Ostseeländern interessante Beiträge im Plenum und in den drei Fachgruppen. Die Ergebnisse der Arbeit in den Gruppen wurden in Thesen zusammengefaßt und werden den Teilnehmern in ihrer praktischen Tätigkeit als wichtige Arbeitsgrundlage dienen.

Die Fachgruppe 1 wurde vom Stellvertreter des Direktors des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR, Prof. Dipl.-Ing. Gericke, und dem Stadtarchitekten der Stadt Stralsund, Dipl.-Ing. Mattke, geleitet und beschäftigte sich mit der Generalbebauungsplanung.

In dieser Fachgruppe wurden folgende Schwerpunkte behandelt:

- die Stadt und ihre Beziehung zum Umland
- Stadtstruktur und Flächennutzung
- Arbeiten – Wohnen – Zentrum – Erholung
- Verkehrsprobleme
- Soziologische Probleme

Thesen zur Generalbebauungsplanung

1. Beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft nimmt die weitere Umgestaltung der Städte zu modernen Zentren des gesellschaftlichen Lebens einen hervorragenden Platz ein. Städtebau und Architektur erweisen sich in diesem Prozeß als ein wichtiges Element zur ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

2. Das von Partei und Regierung beschlossene Wohnungsbauprogramm bis 1990 ist in Wechselwirkung mit dem weiteren planmäßigen Ausbau der Industrie eine stabile Grundlage für eine gesicherte langfristige Entwicklung der Städte. Die umfassende Erweiterung, Verbesserung und Umgestaltung der Wohnbausubstanz ist untrennbar mit der Stadtentwicklung – einem ständigen Prozeß der Erneuerung – verbunden.

3. Eine große Errungenschaft der sozialistischen Gesellschaft ist die Planbarkeit der Entwicklung unserer Städte. Die Generalbebauungsplanung ist ein erprobtes Instrument dafür.

Auf der Grundlage der Vorgaben der Territorialplanung zur Standortverteilung der Produktivkräfte und zur Entwicklung der Siedlungsstruktur werden die unterschiedlichen Absichten, Erfordernisse und Bedingungen der verschiedenen Zweige und Bereiche in der Stadt lokalisiert, um im Interesse der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen eine geordnete, proportionale städtebauliche Entwicklung zu sichern.

4. Mit den vorliegenden Generalbebauungsplanungen sind in der DDR Fortschritte erzielt worden, vor allem im Hinblick auf:

– eine rationelle Flächennutzung durch eine effektive Standortverteilung für die Hauptfunktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Betreuung, Kultur und Erholung

– die Standortpolitik für den komplexen Wohnungsbau und nichtstörende Arbeitsstätten auf der Grundlage einer langfristigen territorialen Entwicklungskonzeption

– die Erhaltung, Modernisierung und gesellschaftliche Nutzung der Altbausubstanz unter besonderer Berücksichtigung historisch wertvoller Stadtstrukturen oder Einzelbauten und anderer stadttypischer Elemente (Gewässer, Uferzonen, Wälder)

– ein effektives System der Netze für den Verkehr sowie für zweckmäßige Anlagen und Netze der technischen Versorgung

– die planmäßige Gestaltung und Entwicklung von städtischen Grünbereichen in Verbindung mit stadtnahen Erholungszonen und Landschaftsräumen

– eine ausgewogene baulich-räumliche Struktur und harmonische Stadtgestalt.

5. Die Vielzahl der Prozesse, die sich in der Stadt vollziehen, verlangt, die Stadt

als Ganzes in allen ihren Bereichen (Arbeiten, Wohnen, Bildung, Kultur, Erholung, Versorgung, Dienstleistungen, Verkehr) komplex zu sehen, zu planen und entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten weiterzuentwickeln.

Die schrittweise Umgestaltung der Städte als Ganzes entspricht dem in der gesamten Volkswirtschaft gültigen Grundsatz der Intensivierung. Ein solches Herangehen sichert auch, im Rahmen der Jahres- und Fünfjahrespläne jeweils das Mögliche zu tun, ohne aber eine zukünftige Entwicklung einzuschränken.

6. Die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise wird von der funktionellen Organisation der Stadt, von ihrer strukturellen Ordnung und künstlerischen Gestaltung sowie von Umfang und Qualität ihrer Bauten und Anlagen beeinflußt.

Dazu gehört, daß

– allen Bürgern immer besser ermöglicht wird, die sozialen und technischen Leistungen der Stadt mit hoher Effektivität und geringem Zeitaufwand in Anspruch zu nehmen

– noch vorhandene Unterschiede im Niveau der Wohngebiete schrittweise abgebaut werden

– die gesellschaftlichen Einrichtungen noch vielfältiger werden, ihre Qualität und die Möglichkeiten ihrer Nutzung weiter verbessert werden

– die Arbeitsbedingungen der Werktätigen ein hohes Niveau erreichen und günstige Beziehungen zwischen den Wohn- und Arbeitsstätten geschaffen werden

– für alle Bürger gesunde Umwelt- und Lebensbedingungen zu schaffen oder zu erhalten sind und die Verkehrssicherheit erhöht wird

– die wachsenden ästhetischen Ansprüche an eine zweckmäßige und schön gestaltete bauliche Umwelt immer besser befriedigt werden.

7. Die Generalbebauungsplanung ist deshalb nicht allein eine Angelegenheit der Städtebauer und Stadtplaner, sondern eine kommunalpolitische Aufgabe des gesamten örtlichen Rates.

Die Ausarbeitung und ständige Aktualisierung der langfristigen Konzeption zur Entwicklung der Städte, der Generalbebauungspläne, der Pläne der stadttechnischen Versorgung und der Generalverkehrspläne können nur in enger sozialistischer Gemeinschaftsarbeit erfolgen.

Es wird erforderlich, die interdisziplinäre Forschung weiter voranzutreiben und stärker mit der soziologischen Forschung zu verbinden.

Die demokratische Mitverantwortung und die aktive Beteiligung der Bevölkerung an der Leitung des Staates sind durch weitere Möglichkeiten und neue Formen für die Initiative der Bürger zu entwickeln.

Die Fachgruppe 2 leiteten der Stadtarchitekt der Stadt Rostock, Dr.-Ing. Lasch, und Hauptarchitekt Dipl.-Ing. Baumbach vom VEB Wohnungsbaukombinat Rostock. Hier wurden Probleme der Wohngebietsplanung diskutiert:

- Einordnung von Wohngebieten in den Stadtorganismus
- funktionelle Beziehungen innerhalb der Wohngebiete
- gesellschaftliche Zentren in Wohngebieten
- Konstruktion und Gestaltung
- Bildende Kunst und Kleinarchitektur in Wohngebieten
- soziologische Probleme

Thesen zur Wohngebietsplanung

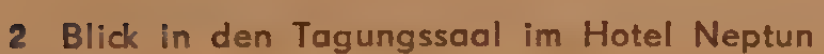
1. Die Lösung der Wohnungsfrage gehört zu den Grundbedürfnissen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, wobei es Aufgabe des Städtebaus, der Architektur und der bildenden Kunst ist, die baulich-räumliche Umwelt so zu gestalten, daß sie den ständig wachsenden Bedürfnissen der Menschen immer besser gerecht wird.

2. Ausgehend von den Beziehungen zur Gesamtstadt sind die natürlichen und landschaftlichen Gegebenheiten, die kulturhistorisch wertvollen architektonischen Traditionen, typischen Kompositionsmerkmale, die Atmosphäre und der Charakter einer Stadt Ausgangspunkt für eine schöpferische Gestaltung.

3. Die Leitbildvorstellung für die langfristige Entwicklung der Stadt (Generalbebauungsplanung) ist die Grundlage für die Gestaltung der Teilbereiche und damit auch der Wohngebiete.

4. Ihre umfassende Gestaltung ist in Wechselwirkung zu den sich vollziehenden sozialen Prozessen zu sehen, wobei die Entwicklung der Produktionsstruktur, der sozialen Struktur, der Raum-Zeit-Struktur sowie die Berücksichtigung soziologischer Aspekte wesentlich den Vorbereitungs-, Bau- und Nutzungsprozeß bestimmen.

5. Anforderungen an den Vorbereitungsprozeß:



2 Blick in den Tagungssaal im Hotel Neptun



3 Der Stadtarchitekt Dr.-Ing. Lasch erläutert die Entwicklung der Stadt Rostock.

Die Vorbereitung der Wohnungsbaustandorte ist langfristig nach einem Komplexnetzwerk als abgestimmte (mit allen am Vorbereitungs-, Projektierungs- und Bauprozeß beteiligten Kräften) Willenserklärung des gesellschaftlichen Auftraggebers durchzuführen. Eine breite interdisziplinäre Zusammenarbeit spielt eine zunehmende Rolle. Der Einsatz von Komplexarchitekten hat sich bewährt.

6. Anforderungen an den Bauprozeß:

Zur Erzielung einer hohen Effektivität sind hochleistungsfähige Taktstraßen sowie neue Technologien (Sammelkanal, Hauskollektor, raumgroße Deckenplatte, Großplattenverlegung usw.) und Fertigungsmöglichkeiten insbesondere mit einem pflegearmen Ausbau anzuwenden. Die Übergabe sollte in nutzungsfähigen Bauabschnitten erfolgen.

7. Anforderungen an den Nutzungsprozeß:

■ Städtebauliche Gesichtspunkte

In der städtebaulichen Planung sind – ausgehend von gesamtstädtischen Aspekten – Struktur der Wohngebiete und Netzaufbau unter Berücksichtigung einer stärkeren Mischung unterschiedlicher Funktionen zu beachten (z. B. Lage und Einordnung der Zentren, Anbindung an das Massenverkehrsmittel, Einordnung nichtstörender Arbeitsstätten), um damit eine hohe volkswirtschaftliche Effektivität zu erzielen.

Die Zentren sind als fußläufige Bereiche in enger Beziehung zum Massenverkehrsmittel und mit einer hohen Einwohnerdichte zu planen.

■ Zum Wohnungsbau

Unter Berücksichtigung sozial-demographischer und wohnungspolitischer Überlegungen sowie unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten eines einheitlichen Erzeugnissortiments ist ein breites Angebot an zweckmäßigen Wohnungen für unterschiedliche Haushaltsgrößen und altersspezifische Bedürfnisse zu entwickeln.

Zur Erreichung differenzierter städtebaulicher Raumbildungen sollten variable Gebäudelängen, Vor- und Rücksprünge, unterschiedliche Geschossigkeiten und dergleichen Anwendung finden.

Der Gestaltung der Erdgeschoßzone gebührt besondere Beachtung (Läden, Spielbereiche, Wohnterrassen u. a.).

■ Zum Gesellschaftsbau

Im Gesellschaftsbau sind Über- und Anlagerungen von Funktionen, Mehrzwecknutzung und zukunftsweisende, flexible, kombinierbare Raumstrukturen mit der Möglichkeit der etappenweisen Realisierung zu entwickeln. In Übereinstimmung mit der städtebaulichen Struktur des Wohngebietes sind sie sowohl in linearer oder konzentrierter Form als Zentren bzw. als dezentralisierte Kleinsteinrichtungen (Ecklösungen) erforderlich. Bei der Planung sollten altersspezifische Belange (insbesondere die Wünsche der Jugend) mehr Berücksichtigung finden.

■ Freiflächen und Verkehr

Ausgehend von den übergeordneten Verkehrsanbindungen sollten Freiflächen als zusammenhängendes Gebiet mit unterschiedlichen Funktionsbereichen gestaltet werden:

a) als zügige, attraktive Fußwegeverbindung mit differenzierten Raumfolgen (Plätze, Alleen usw.) und einer zweckmäßigen Anordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen im Sinne der Erhöhung der Kommunikation

b) als Freiflächen des Wohnbaulandes in ruhigen, windgeschützten und vom Verkehr abgewandten Wohnbereichen (die Anlage von Randparkplätzen ist eine bewährte Möglichkeit zur Unterbringung des ruhenden Verkehrs außerhalb der Wohnbereiche)

c) in Randzonen mit Aufforstungen als gestaltete Erlebnisbereiche und Wohngebietsparks.

Landschaftliche Bindungen und Bodenbewegungen sollten Anlaß zu besonderer Gestaltung sein.

■ Einsatz der bildenden Kunst

Die Hauptbewegungsräume sowie die Zentren bieten besondere Ansatzpunkte für eine „komplexe Umweltgestaltung".

Hierzu gehört u. a. die Einbeziehung von Plastiken, baugebundener Kunst, Kleinarchitektur, besonderer Fassadengestaltung, Lichteffekten, Sichtwerbung, Orientierungssystemen und Farbgestaltung.

Es sind Möglichkeiten zu entwickeln, die konzeptionellen Arbeiten im Interesse der Bewohner der Neubaugebiete schneller praxiswirksam werden zu lassen.

In der Fachgruppe 3 wurden unter der Leitung des Generalkonservators der DDR, Prof. Dr.-Ing. Deiters, und Dipl.-Ing. Kabus, Bauakademie der DDR, Probleme der Rekonstruktion der Stadtzentren beraten:

■ Erhaltung und funktionelle Umgestaltung von Stadtzentren

■ Funktionsänderung für wertvolle alte Bausubstanz (Denkmale)

- Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen
- Fußgängerbereiche
- geeignete Bauweisen für Umgestaltung auf bewegtem Raum
- soziologische Probleme

Thesen zur Rekonstruktion der Stadtzentren

1. Die Umgestaltung von Stadtgebieten mit Zentrumsfunktionen muß in ihrer gesellschaftspolitischen Zielstellung von den entscheidenden gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzmäßigkeiten, der konkreten Situation in den Altstädten und den langfristigen Zielen der Stadtentwicklung ausgehen.

2. Gerade in den Stadtkernen findet man oft architektonisch wertvolle Bausubstanz, die bedeutende Abschnitte der geistig-kulturellen Entwicklung des Volkes repräsentiert. Diese gewachsenen Traditionen und die vielfältigen sozialen Bindungen begünstigen die weitere politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung dieser Bereiche. Bauliche Veränderungen müssen sowohl formal als auch zeitlich so erfolgen, daß sie die soziale und architektonische Struktur nicht schädigen, sondern positiv beeinflussen.

3. Die Stadtkerne enthalten in ihrer städtebaulichen Komposition, in ihren Bau- und Kunstwerken aus älterer und neuerer Zeit große kulturelle Werte, die im Ensemble das charakteristische Stadtbild wesentlich mitbestimmen.

Diese unersetzlichen Werte sind zu erhalten, in die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Lebens und der Stadtgestalt wirkungsvoll einzubeziehen.

4. Der Stadtkern soll ein wesentlicher Teil des lebendigen Zentrums der Stadt bleiben und deshalb wesentliche Zentrumsfunktionen erfüllen. Nach der Überwindung der Formen kapitalistischer Deformationen lassen sich mit der Struktur und der wertvollen Bebauung des Kerns Einrichtungen der staatlichen Leitung, der gesellschaftlichen Organisationen, der Kultur, der Gastronomie, des Handels, der Dienstleistungen, der nichtstörenden Produktion entwikkeln und mit Wohnbereichen harmonisch verbinden. Störende Einrichtungen sind im Prozeß der Umgestaltung aus dem Zentrum zu verlegen.

5. Die historisch entstandene Grundstruktur (Primärstruktur) des Stadtzentrums mit den Beziehungen zur Gesamtstadt ist zu erhalten und in Abhängigkeit von der Situation und den Entwicklungsbedingungen weiterzuentwickeln, insbesondere durch die Schaffung von zusammenhängenden Fußgängerbereichen, die Erweiterung von Grünzügen und günstige Lösungen für den fließenden und ruhenden Verkehr, die den Stadtkern erschließen, seine Struktur und Gestalt jedoch nicht zerstören. Der Erschließung des Stadtkerns durch den öffentlichen Personennahverkehr hat besondere Aufmerksamkeit zu gelten.

6. Die gesamte Altbausubstanz, insbesondere die Wohnbausubstanz, repräsentiert einen sehr hohen finanziellen und materiellen Wert. Die weitere Nutzung dieses Fonds gewinnt vom materialwirtschaftlichen Standpunkt wachsende Bedeutung.

Die Substanz der Stadtkerne mit ihren Straßen und Plätzen, Grünanlagen und Gewässern, Bauten und Kunstwerken bedarf der Analyse nach den Gesichtspunkten: städtebaulicher und architektonischer Wert, geschichtliche und künstlerische Bedeutung, materieller Wert. Die Ergebnisse dieser Analyse sind Ausgangspunkte für die Bestimmung der Proportionen zwischen Instandsetzung und Modernisierung auf der einen Seite und Neubau auf der anderen Seite sowie für die Standortwahl und die Gestaltung des Ersatz- und Erweiterungsbaus.

7. Die Umgestaltung der Stadtzentren ist ein permanenter Prozeß, der langfristig geplant werden muß. Die Bebauungsplanung für einzelne Teilbereiche muß daher auf der Grundlage der Generalbebauungs- und Generalverkehrsplanung und einer Leitplanung für die Entwicklung des Altstadtkerns erfolgen und alle erforderlichen Baumaßnahmen des Hoch- und Tiefbaus (Erhaltung, Rekonstruktion, Abriß und Neubau) konkret ausweisen. Dabei muß das Stadtzentrum in jeder Phase der Umgestaltung funktionsfähig und von ausgewogener architektonischer Gesamtwirkung sein.

8. Die Art und Weise der Erhaltung alter Bauten ist von der weiteren, oft neuartigen Nutzung durch die sozialistische Gesellschaft abhängig. Ihre Nutzung muß entsprechend der architektonischen Eigenart, der funktionellen Eignung und der konstruktiven Leistungsfähigkeit gewählt werden; nur die geschichtlich oder künstlerisch bedeutendsten Bauwerke werden vorwiegend kulturell genutzt werden. Je sinnvoller die Nutzung, um so größer werden zugleich der politische und der ökonomische Effekt sein.

9. Verhältnismäßig kleine Baugebietsflächen, beengte Baustellenverhältnisse und vielfältige Bindungen an die vorhandene Situation erfordern zweckmäßige technische Voraussetzungen für eine ökonomische Lösung der Bauaufgaben bei der Umgestaltung der Stadtzentren, insbesondere in Mittel- und Kleinstädten.

10. Die Anpassung an stadttypische und denkmalwerte Bebauung, an unterschiedliche Baulücken und Standortgrößen, die differenzierte Nutzung der Erdgeschoßzonen, insbesondere in zentralen Fußgängerbereichen, erfordern ein anpassungsfähiges Erzeugnisangebot für den Ersatzneubau und den Einsatz unterschiedlicher Bauweisen. Hier wird besonders die Weiterentwicklung und Rationalisierung monolithischer und traditioneller Bauweisen empfohlen.

Mit den Abschlußberichten der drei Fachgruppenleiter und einem Schlußwort des Bezirksbaudirektors von Rostock, Oberingenieur Karl-Heinz Loui, wurde das VI. Internationale Kolloquium des Bauwesens beendet.

Für den Abend hatte der Vorsitzende des Rates des Bezirkes zu einem festlichen Empfang eingeladen, mit dem die Veranstaltung einen würdigen Abschluß fand.



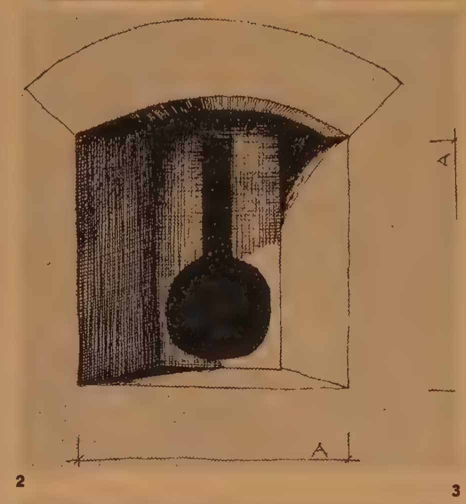
4 Die plastische Gestaltung der Wohngebäude in Rostock-Lichtenhagen fand bei den Gästen besondere Anerkennung.





1





2

3



6

5



4



"... die baukunst ist die schönste und schwierigste aller künste, aber sie ist auch die sozialste von allen ..."

clara zetkin



7



8

beim zeichnen ist man wie ein kind, das staunend anfängt, sich mit dem stift die welt begreiflich zu machen (paul klee).
ergründen wir diese brillante abstraktion: welt — das ist für den architekten sicher erst einmal die gebaute welt. er zeichnet sie, schult hand und auge, macht sich proportionen und raumrelationen bewußt. gelungene bauwerke, ensembles, straßen und plätze, doch fast ausschließlich aus einer vergangenen zeit stammend, geschichtlich und damit auch technologisch überholt. gebaute umwelt, das ist aber nicht nur das alte, das ist vor allem auch moderner wohnungsbau, den sein massencharakter immer mehr zum dominierenden gestalter unserer umwelt werden läßt und der dem zeichnenden ein schier unübersehbares quantum an motiven bietet ... oder doch nicht? staunend erobern, heißt doch, neues unbekanntes zu entdecken. nun gut, der architekt als aktiver mitarbeiter des neuerbauten, kennt vieles. er weiß um die probleme, diese und jene neuerung für eine höhere qualität durchzusetzen. vieles sieht er anders, erkennt und schätzt jeden kleinen schritt des weiterkommens. doch der, für den wir bauen, der nutzer, er ist hier das kind, das sich das neue „begreiflich" macht. aber staunend? dominierend für ihn: immer noch die eintönigkeit von scheiben. wohnungsbau für den nutzer — ein blatt mit vielen durchschlägen. in der planung mit viel liebe zum detail gestaltet, ist die praktische wirkung vieler gestaltungselemente der teure tropfen auf dem heißen stein, nicht ausreichend, ein derzeit notwendiges bausystem in unterschiedliche motive zu differenzieren.
unsere zeit schafft neue möglichkeiten, neue technologien, die bei effektiverer anwendung rationell und ökonomisch in großer vielfalt die forderungen der architektonischen grundprinzipien erfüllen können, wenn uns moderner wohnungsbau irgendwann einmal zum zeichnen anregt, zum „staunenden begreiflich machen", dann ist das auch hohe nutzerqualität und sicher nicht dadurch, daß der hauseingang ein blaues doch hat.

J. B.

Zeichnungen:

1. Lipscana, Bukarest — Bernd Ettel
2. Fensterdetail, Barbakana, Krakow — Walter Brezinski
3. Sw. Krzyza/Wroclaw — Walter Brezinski
4. Sw. Krzyza/Wroclaw — Walter Brezinski
5. Sibiu/Rumänien — Bernd Ettel
6. Vilnius/Stadtpanorama — Christian Enzmann
7. Hanul Manuc/Bukarest — Bernd Ettel
8. Bukarest — Bernd Ettel
9. Plovdiv — Hartmut Rompel
10. Plovdiv — Hartmut Rompel
11. Sighisoara/Rumänien — Bernd Ettel

Diese Seiten gestalteten Bernd Ettel, Jochen Burhenne und Jürgen Franke, HAG Weimar



9



10



11





INFORMATIONEN

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Günter Jäckel, Berlin,
5. Mai 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Lothar Gutte, Gera,
10. Mai 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Heinz Schönau, Leipzig,
10. Mai 1911, zum 65. Geburtstag

Architekt Diplomgärtner Werner Franck, Neubrandenburg,
12. Mai 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Franz Quade, Potsdam,
14. Mai 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Prof. Leopold Wiel, Dresden,
14. Mai 1916, zum 60. Geburtstag

Architekt Eberhard Merkel, Leipzig,
15. Mai 1916, zum 60. Geburtstag

Architekt Fritz Kreher, Magdeburg,
17. Mai 1911, zum 65. Geburtstag

Architekt Baumeister/Bauingenieur Herbert Seiffarth, Zwickau,
17. Mai 1911, zum 65. Geburtstag

Architekt Max Bergmann, Potsdam,
18. Mai 1911, zum 65. Geburtstag

Architekt Rolf Martin, Rudolstadt,
18. Mai 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Ernst Bauer, Piesau,
19. Mai 1901, zum 75. Geburtstag

Architekt Ernst Kanow, Berlin,
19. Mai 1906, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Gottfried Berger, Berlin,
22. Mai 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Ingenieur Gerhard Böttcher, Plauen,
22. Mai 1911, zum 65. Geburtstag

Architekt Wolfgang Lohmer, Leipzig,
22. Mai 1906, zum 70. Geburtstag

Architekt Adolf Neumann, Blankenfelde,
23. Mai 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Kurt Laudeley, Karl-Marx-Stadt,
24. Mai 1901, zum 75. Geburtstag

Architekt Albert Patitz, Radebeul,
24. Mai 1906, zum 70. Geburtstag

Architekt Ernst Wallis, Berlin
26. Mai 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Gustav Sohr, Berlin,
27. Mai 1901, zum 75. Geburtstag

Architekt Arthur Wenzel, Waldheim,
27. Mai 1906, zum 70. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Herbert Haronska, Wismar,
28. Mai 1926, zum 50. Geburtstag

Architekt Manfred Zscherneck, Leipzig,
28. Mai 1926, zum 50. Geburtstag

Fachexkursion der Bezirksgruppe Erfurt des BdA/DDR nach Vilnius

Vilnius – die Hauptstadt, das Kultur- und Industriezentrum der Litauischen SSR – ist für alle Architekten und Städtebauer bereits zu einem festen Begriff geworden. Viele kennen das mit dem Leninpreis ausgezeichnete Wohngebiet Lazdynai aus der Fachpresse. Besonders für die Einwohner Erfurts ist Vilnius keine Unbekannte mehr. Die Partnerschaftsbeziehungen dieser beiden Städte wurden bereits durch zahlreiche Kontakte auf verschiedenen Ebenen und durch individuelle Freundschaften mit Leben erfüllt.

Anfang September 1975 führte die Bezirksgruppe Erfurt mit 28 Mitgliedern eine Exkursion in die sowjetlitauische Hauptstadt und nach Kaunas durch. Die Leitung der Delegation lag in den Händen des Vorsitzenden der Bezirksgruppe, Dipl.-Ing. Walter Nitsch, der als Stadtarchitekt unserer Bezirkshauptstadt bereits enge Beziehungen zur Partnerstadt hatte.

Nach der Anreise über Minsk wurden die Erfurter vom Stadtarchitekten, Leninpreisträger Gedeminas Valiuskis, wie alte Freunde auf dem Vilniuser Bahnhof begrüßt. Trotz seiner ausgefüllten Arbeitszeit widmete er sich einen vollen Tag den Gästen aus der DDR.

Vilnius hat zur Zeit 433 000 Einwohner. Bis 1980 wird die Stadt planmäßig auf 500 000 Einwohner anwachsen. Die Stadt wird auf den bewaldeten Höhen von Wohnungsneubaugebieten umgeben. Der bereits 75 m hoch fertiggestellte Fernsehturm wird mit einer Endhöhe von 314 m die Dominante bilden. Am Fluß Neris liegt gegen Südosten das Altstadtzentrum. Am Gegenufer bildet das neue Stadtzentrum mit Hotels, Kaufhaus, Dienstleistungszentrum und Mehrzweckhalle schon jetzt ein attraktives städtebauliches Ensemble.

In Vilnius befinden sich die Akademie der Wissenschaften der Litauischen SSR, viele Forschungsinstitute, sieben Hochschulen, fünf Theater, eine Philharmonie und ein soeben erst fertiggestelltes imposantes Opernhaus. Als größtes Industriezentrum der Republik besitzt Vilnius Fertigungsstätten für Werkzeugmaschinen, Fernsehapparate, Plasterzeugnisse und Möbel. Diese Betriebe sind zusammen mit dem zentralen Heizwerk für das Wohnungsneubaugebiet in ein erweiterungsfähiges, in seiner Endgröße jedoch festgelegtes Industriegebiet der Generalbebauung von Vilnius eingeordnet.

Zu einem fachlichen Höhepunkt wurde für die Exkursionsteilnehmer die Besichtigung architektonisch meisterhaft gelöster Einzelbauwerke, wie die Mehrzwecksporthalle für 3800 bis 6000 Plätze, ein Opernhaus mit 1200 Plätzen und ein „Haus der Hochzeiten", das in seiner plastischen Gestaltung funktionell und städtebaulich sehr beeindruckend gelöst ist.

Die großen Leistungen der sowjetlitauischen Architekten kommen am deutlichsten im Wohngebiet Lazdynai zum Ausdruck. Die sorgfältige Einordnung der Wohn- und Gesellschaftsbauten für 42 000 Einwohner in die bewegte Landschaft unter maximaler Erhaltung des vorhandenen Großgrüns ist augenscheinlichstes Qualitätsmerkmal. In echter Gemeinschaftsarbeit und Auseinandersetzung mit den Realisierungsbetrieben wird erreicht, daß die Wohnblöcke der eingesetzten Typenserien terrassenförmig mit geschoßhoher Abtreppung bei 20 Prozent Hangneigung montiert werden. In einem anderen Wohngebiet werden 5- und 11geschossige Wohngebäude vorgesehen, die horizontal und vertikal versetzt sind. Durch eine derartige kontinuierliche Weiterentwicklung der Montagesysteme wird die Forderung des gesellschaftlichen Auftraggebers erfüllt, daß sich jedes Wohngebiet vom anderen deutlich unterscheidet und seinen eigenen Charakter erhält. Die Vorbereitungszeit solcher differenzierter Bausysteme beläuft sich auf maximal 5 Jahre. Für Lazdynai wurden 250 neue Elemente entwickelt. Für das nächste Wohngebiet werden alle Bauelemente verändert.

Ebenso wertvoll wie die fachlichen Eindrücke waren auch die menschlichen Kontakte.

Der Präsident des litauischen Architektenverbandes empfing die Erfurter Delegation in seinen Diensträumen unter Beteiligung einiger namhafter Architekten der Litauischen SSR. Die Gelegenheit zur Diskussion wurde rege genutzt.

Erst seit der Errichtung der Sowjetmacht werden auch in Litauen Architekten ausgebildet. Von einer Gesamtzahl von 1000 sind rund 500 Architekten Mitglieder des Verbandes.

Weitere kollegiale Kontakte wurden im größten Projektierungsinstitut von Vilnius geschlossen. Die Projektierungseinrichtungen unterstehen dem Ministerrat der SSR. In diesem Institut mit 1500 Beschäftigten, darunter 200 Architekten, sind die spezialisierten Abteilungen Ingenieur- und Tiefbau, Städtebau, Wohn- und Gesellschaftsbau und Rekonstruktion komplex vertreten. Industriebau- und Landwirtschaftsbau-Projektierung sind in einem gesonderten Betrieb organisiert. Im Projektierungsbetrieb nehmen Architekten die Leitfunktionen ein.

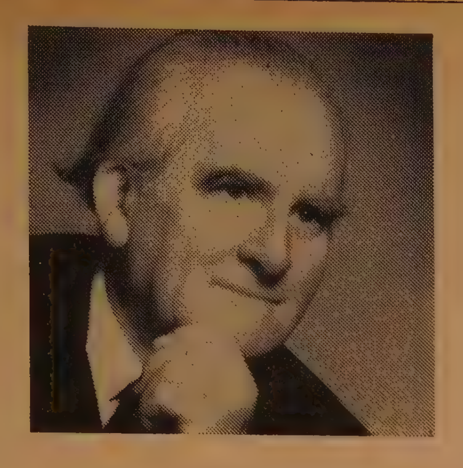
Die Typenanwendung und die Montagebauweise werden weitestgehend durchgesetzt. Im Wohnungsbau werden 95 Prozent Typenprojekte und 60 Prozent Montagebau angewendet. Im Gesellschaftsbau sind zwei Stahlbetonskelettsysteme (geschweißte Montage-Konstruktion und monolithisches Stahlbetonskelett) im Angebot der Bauindustrie.

Die weiteren Besichtigungsobjekte in der Altstadt und historische Bauten in Vilnius und Kaunas sowie die Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus in der IX. Festung in Kaunas rundeten das Bild ab, das die 28 Erfurter Architekten in vier Tagen Aufenthalt in der Litauischen SSR gewinnen konnten.

Die Exkursionsteilnehmer haben bestätigt gefunden, wie wertvoll ein Erfahrungsaustausch über die Grenzen des eigenen Wirkungsbereiches hinaus ist – besonders wenn es sich um eine Stadt handelt, wo man so viele gute Ansatzpunkte und vorbildliche Leistungen der Architektur, des Städtebaus und der bildenden Kunst vorfindet wie in Vilnius.

Dipl.-Ing. Wolfgang Häuptner





Professor (em.) Dipl.-Ing. Georg Funk zum 75. Geburtstag

Am 3. April 1976 feierte Professor Georg Funk, ehemaliger Leiter des Instituts für Städtebau an der Technischen Universität Dresden, seinen 75. Geburtstag. Eine ganze Generation von Städtebauern und Architekten, die von ihm entscheidende Anregungen für das berufliche Leben bekamen, gedenkt zu diesem Anlaß seiner, dem zum jugendlichen Altmeister der Städtebauer gewordenen bedeutenden Lehrer, Erzieher und Planer mit Dank und Gruß.

Das Lebenswerk von Professor Funk ist von einem steten aufbauenden Wachstum, von einem organisatorischen Entfalten gekennzeichnet. In Dresden geboren und aufgewachsen, studierte er an der Fachrichtung Architektur der damaligen Technischen Hochschule Dresden.

1936 bis 1945 war er als Oberbaurat und Leiter des Stadtplanungsamtes und von 1945 bis 1949 als Stadtbaudirektor für Hochbau, Stadtplanung und Bauaufsicht in dieser Stadt tätig. Als der Lehrstuhl für Städtebau an der Technischen Hochschule Dresden 1949 neu zu besetzen war, wurde er zu seinem Leiter berufen. Damit begann der zweite, entscheidende Abschnitt seines reichen Berufslebens. Mit seinem Namen verband sich der Wiederaufbau dieses Instituts an der TU Dresden, das in den folgenden Jahrzehnten an der Entwicklung des Städtebaus in der Deutschen Demokratischen Republik mit hohem Einsatz und bedeutenden Erfolgen beteiligt war.

Professor Funk und das von ihm geleitete Institut für Städtebau beteiligten sich 1950 bis 1969 an über 50 größeren städtebaulichen Planungen in Form von Auftragsarbeiten und Wettbewerben, darunter an so bedeutenden Aufgaben wie der Ostwest-Magistrale in Dresden (1954), der Neugestaltung des Ringes in Dresden (1955), Berlin, Karl-Marx-Allee (Teilabschnitt 1958), Magdeburg-Altstadt-Nord (1958), Karl-Marx-Stadt, Stadtzentrum (1959), Berlin, Alexanderplatz (1964), Dresden, Stadtbezirkszentrum West (1966), Erfurt, Umgestaltung der Innenstadt (1967), Umgestaltung der Innenstadt Jena (1968), Umgestaltung Zentrum Schwerin (1969).

Neben den Lehrverpflichtungen und Praxisaufgaben bekleidete Professor Funk wichtige Funktionen innerhalb der Fakultät und der wissenschaftlichen Forschung. 1953 wurde er zum Ordentlichen Mitglied der Bauakademie der DDR zu Berlin berufen und arbeitete bis zu seiner Emeritierung an der Lösung wesentlicher städtebaulicher Aufgaben dieses Gremiums mit. Die bedeutende und ausstrahlende, unermüdliche Arbeit Professor Funks für die Entwicklung des Städtebaus in der DDR wurde 1965 mit der Verleihung des Ehrentitels „Verdienter Techniker des Volkes" gewürdigt.

Sein reiches und reifes Lebenswerk ist mit dem Ausscheiden aus der Universität nicht beendet. Professor Georg Funk verfolgt seit seiner Emeritierung 1966 und seiner Entpflichtung als Institutsdirektor 1968 mit regem Interesse und jugendlicher Frische, leidenschaftlicher Hingabe und klugem Ratschlag die Entwicklung des Städtebaus und seiner Lehre. Seine Kollegen, ehemaligen Mitarbeiter und Absolventen erhoffen von ihm eine Zusammenfassung seiner reichen Erfahrungen sowie zur Geschichte des Städtebaus in der DDR gewordenen Kenntnisse und verbinden dies mit einem aufrichtigen Dank für seine vielseitige fachliche Tätigkeit, für die uneigennützige Weitergabe seines reichen Wissensschatzes und für seine jederzeit herzliche, persönliche Anteilnahme. Sie wünschen ihm auch weiterhin persönliches Wohlergehen! János Brenner

Internationaler Erfahrungsaustausch in der Ungarischen Volksrepublik

Der ungarische Architektenverband MÉSZ hatte die sozialistischen Architektenverbände zum Universitätssommerkurs „Savaria 75" nach Szombathely eingeladen.

Neben Vertretern des MÉSZ waren Delegationen aus allen RGW-Staaten und Finnland anwesend.

Die Delegierten waren Architekten, Stadtplaner und Landschaftsarchitekten aus Planungsbüros, wissenschaftlichen Instituten und anderen Institutionen.

Als Vertreter des BdA/DDR nahmen die Gartenarchitekten Hannes Richter, Bezirksgruppe Potsdam, und Dieter Dippmann, Bezirksgruppe Leipzig, an diesem Erfahrungsaustausch teil.

Die Aufgaben des Umweltschutzes und der Vegetation in Städten und Siedlungen sowie in deren unmittelbarer Umgebung wurden auf außerordentlich vielfältige Weise in Vorträgen und Diskussionen erläutert und auf Exkursionen durch das Komitat Vas eindrucksvoll dokumentiert.

Themen der Referate waren zum Beispiel:

- Aktuelle Fragen des Umweltschutzes
- Planung und Verwirklichung der Grünbereiche in Szombathely
- Pflanzen als Faktoren des Umweltschutzes
- Parkwälder und Erholungsgebiete der Städte
- Bestand und Funktionen der Vegetation in ungarischen Städten

Zum Kongreßthema „Die Rolle der Vegetation im Umweltschutz der Siedlungen" hielten alle Delegationen Kurzreferate.

Die klimatisch günstigeren Voraussetzungen für die Vegetation in Ungarn waren bei den Vorträgen und Exkursionen im Vergleich zu den Bedingungen in anderen Ländern klar erkennbar. Höhere jährliche Zuwachsraten, bessere Anwuchsergebnisse und vor allem die problemlosere Verwendung vieler Baumarten erweisen sich als vorteilhaft für die Gestaltung der ungarischen Stadtlandschaften.

Die angesprochenen Probleme des Umweltschutzes und die Rolle der Vegetation bei der positiven Beeinflussung der Gestaltung von Siedlungen entsprachen internationalen Erfahrungen; daraus ergeben sich auch die Notwendigkeit und der Vorzug internationaler Zusammenarbeit. Besonders hervorzuheben ist der Grundsatzbeitrag des Ybl-Preisträgers Architekt Janos Heckenast über „Freizeitzonen und Umweltschutz der Städte" und der Beitrag des Ybl-Preisträgers Architekt Peter Hekkenast über „Bestand und Planung von Wohngebieten und Vegetation der Industriestadt Miskolc".

Architekt Mrna vom Forschungszentrum für Städtebau und Architektur Piestany erörterte als Gastreferent die Möglichkeit der Bepflanzung von Flachdächern.

Architekt Mrna führte aus, daß Vegetation auf dem Dach unter Umständen kostspielige Klimaanlagen ersetzen kann. Der bioklimatische Wert solcher Konzeptionen sei wohl unbestritten. Zusätzlich böte sich aber die Möglichkeit, ganz bestimmte Funktionsbereiche „auf das Dach" zu verlegen.

Der Blick aus den oberen Geschossen eines Hochhauses zeigt, daß die Dachflächen beigeordneter Flachbauten noch häufig nicht in die Gestaltung des Wohnkomplexes einbezogen wurde, daß hier sogar funktionell nutzbare Flächen verschenkt würden.

Einige Beispiele von Dachgärten in der DDR zeigen die Möglichkeiten der Nutzung.

In Gebieten mit relativ dichter Wohnbebauung wäre eine Vegetationsdecke auf Flachdächern durchaus vorstellbar. Diese Flächen könnten als Erholungs-, Spiel und Kommunikationsbereiche ausgestattet werden.

Aus diesem Zusammenhang resultierende Fragen der Nutzung und Gestaltung wurden auch im Rahmen des Seminarthemas „Die Rolle der Vegetation im Umweltschutz der Siedlungen" erörtert.

Es bleibt noch, dem Gastgeber der Tagung und dem ungarischen Architektenverband für die Initiative zur Veranstaltung dieses Erfahrungsaustausches und die hervorragende Organisation dieser Veranstaltung zu danken.

Hannes Richter
Landschaftsarchitekt BdA/DDR

Bauakademie der DDR

„Hohe Ziele, konkrete Verpflichtungen in der Bauforschung" – Vertrauensleute der Bauakademie der DDR beschlossen Schwerpunktaufgaben im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des IX. Parteitages der SED

Auf einer Vertrauensleuteversammlung der Gewerkschaftsorganisation der Bauakademie der DDR rechneten die Forschungskollektive die im Jahre 1975 im sozialistischen Wettbewerb erfüllten und überbotenen Aufgaben ab und beschlossen zugleich die wichtigsten neuen Verpflichtungen.

„Mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbes ist es 1975 noch besser gelungen", schätzte Kollege Dr. Klaus Musolf, Vorsitzender der Gewerkschaftleitung, ein, „die umfangreichen und komplizierten Forschungs- und Entwicklungsaufgaben zu lösen, angefangen bei neuen Konstruktionen, Technologien und Verfahren über Projektierungsgrundlagen, Rechenprogramme bis zu Entscheidungsvorschlägen für eine langfristige, wissenschaftlich begründete technische Politik im Bauwesen." Der Plan Wissenschaft und Technik 1975 wurde ebenso wie die vorangegangenen Pläne im Fünfjahrplanzeitraum termin- und qualitätsgerecht erfüllt.

Unter den Wettbewerbsergebnissen nehmen die im Komplexwettbewerb mit Berliner Baukombinaten erzielten einen besonderen Rang ein. So wurden für den fünf- und elfgeschossigen Wohnungsbau auf der Grundlage der WBS 70 in Berlin Fortschritte in der Wohnqualität sowie in der architektonischen Gestaltung erzielt.

Durch neue Konstruktionselemente und Technologien wie die Aufzugsschachtzelle, die Gipssanitärzelle und großflächige vorkomplettierte Dachelemente konnten bei Montage- und Ausbauprozessen z. B. der Arbeitszeitaufwand um mehr als 60 Prozent gesenkt und die Materialökonomie verbessert werden. Daran haben die Kollektive unter Leitung der Kollegen Prof. Dr. Wickmann, Heinz Klemm, Prof. Dr. Mosch und Horst Fritsche wesentlichen Anteil.

Professor Werner Heynisch, Mitglied des ZK der SED und Präsident der Bauakademie, orientierte die Instituts- und Gewerkschaftsleitungen darauf, die staatlichen Aufgaben bis 1976 auf alle Kollektive aufzuschlüsseln und vom ersten Arbeitstag des neuen Planjahres an mit aller Kraft und hoher Kontinuität die termin- und qualitätsgerechte Lösung der Aufgaben des Planes Wissenschaft und Technik zu gewährleisten. Dafür bietet das von den Vertrauensleuten beschlossene Wettbewerbsprogramm eine gute Grundlage.

Zu den ausgewählten Schwerpunkten des Programms gehören unter anderem die Vorbereitung und Durchführung einer Schwerpunkttaktstraße WBS 70/elfgeschossig in der Hauptstadt Berlin, Wohngebiet Leninallee/Weißenseer Weg. Dabei sind unter Anwendung der Slobinmethode folgende Kennziffern zu sichern:

Arbeitszeitaufwand: 485 Stunden je WE
Montagegeschwindigkeit: 2,8 WE je Tag
Taktstraßenkapazität: 650 WE im Jahr.

Weitere Verpflichtungen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus betreffen unter anderem die Mitwirkung der Wissenschaftler unter Leitung des Kollegen Ihlenfeld bei der Erarbeitung und Einführung der Grundsatztechnologie WBS 70/elfgeschossig, in Karl-Marx-Stadt sowie die Umstellung der AC-Linie im Plattenwerk Neubrandenburg auf Gruppentechnologie unter Leitung des Kollegen Hellwig. In der AC-Linie soll damit eine Senkung der Umrüstzeit um 20 Prozent, der Taktzeit um neun Prozent und der Warte- und Stillstandszeiten an den Arbeitsplätzen um 16 Prozent erreicht werden.

Das Kollektiv des Kollegen Beyer verpflichtet sich nach dem Beispiel Berlin, Arnimplatz, zur Vorbereitung und Einführung einer Mustertechnologie zur Modernisierung an komplexen Standorten für die Erzeugnislinien Dach, Fassade, Wohnung, Treppenhaus. Insgesamt soll damit für die Modernisierung die Kapazität einer Taktstraße auf 230 bis 250 Wohnungen im Jahr erhöht und die Bauzeit auf 2,2 Tage je Wohnung gesenkt werden.

Weitere konkrete und abrechenbare Verpflichtungen gingen Kollektive der Bauakademie zur konsequenten Rationalisierung der komplexen Erschließung von Wohngebieten sowie für die Ausarbeitung von Grundsätzen für die Planung der Erschließung von Wohnungsbaustandorten ein. Erstmals sollen diese Erkenntnisse im neuen Wohngebiet Biesdorf-Mahrzahn in Berlin angewendet werden.

Eine Reihe von Verpflichtungen befaßt sich mit der Rationalisierung von Erzeugnissen und Verfahren im Industrie- und Landwirtschaftsbau. So erarbeiteten z. B. die Kollektive der Kollegen Krausche und Salchow Grundlagen für den Aufbau der PUR-Freiverschäumung im VEB Baustoffwerk Luckenwalde. Damit werden Voraussetzungen für die Lieferung kompletter VT-Falten an das Berliner Bauwesen geschaffen. Geplantes Ergebnis ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf 210 Prozent, die Senkung der Selbstkosten um fünf Prozent, die Einsparung von Dachdeckerkapazität sowie die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Eine neue, höhere Qualität der Forschungsergebnisse wird auch aus der Verpflichtung des Kollektivs Stollberg ersichtlich, das Grundlagen für Funktionsmuster formstabilisierter Textilverbundbaukonstruktionen ausarbeitet. Im Vergleich zu einfachen Metalleichtbaukonstruktionen soll damit eine Stahleinsparung um 30 Prozent und eine Senkung der Kosten um 20 Prozent erreicht werden.

Aus der Vielzahl der Wettbewerbsverpflichtungen konnte hier nur eine Auswahl bezeichnet werden. Worum es allen Forschungskollektiven der Bauakademie geht, charakterisierte Professor Heynisch in seinem Referat: „Maßstab unserer gesamten Arbeit ist der Beitrag der Bauwissenschaft zur Vertiefung der Intensivierung im Bauwesen. Es geht um ein hohes wissenschaftlich-technisches Niveau der Forschung und Entwicklung, kurzum um solche Ergebnisse, die entscheidend zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Erhöhung der Materialökonomie und zu einer hohen Qualität in der Produktion und im sozialistischen Städtebau führen."

Frauen in der Bauforschung bereiten aktiv den IX. Parteitag vor

Fast die Hälfte aller Mitarbeiter der Bauakademie der DDR sind Frauen; jede fünfte davon besitzt einen Hoch- oder Fachschulabschluß, 85 Prozent der Frauen haben eine Berufsbildung abgeschlossen.

Auf einer zentralen Frauenversammlung tauschten Ende 1975 150 Delegierte, Bestarbeiterinnen aus allen Instituten und Einrichtungen der Akademie, ihre Erfahrungen aus. Auf der Grundlage des Referats der Vorsitzenden des Frauenausschusses, Waltraud Kant, wurde in vier Arbeitsgruppen über die Erhöhung der Wirksamkeit der Frauen in der Bauakademie beraten. Die Frauen wollen im sozialistischen Wettbewerb zur Vorbereitung des IX. Parteitages der SED die Initiativen ihrer Besten verallgemeinern, noch aktiver und selbständiger Forschungs- und Entwicklungsaufgaben lösen und die politisch-ideologische Arbeit verstärken. Von der vollen Entfaltung der schöpferischen Möglichkeiten der Frauen zeugen solche Leistungen wie die der Kollegin Ull Eisel. Das von ihr geleitete Forschungskollektiv, dem die mit dem Orden „Banner der Arbeit" ausgezeichnete Kollegin Irene Jeske angehört, entwickelte ein neues, wesentlich verbessertes Verfahren zur Herstellung von Betonelementen.

Zahlreiche Frauen der Bauakademie gingen auch in der Gegenplanbewegung persönliche Verpflichtungen in Vorbereitung des IX. Parteitages ein. So wird Heidemarie Wende mit der von ihr geleiteten Themengruppe im Forschungskollektiv Schallschutz Planungsunterlagen für den Lärmschutz im Städtebau vorfristig ausarbeiten.

Professor Werner Heynisch, Mitglied des ZK der SED und Präsident der Bauakademie der DDR, würdigte in seinem Schlußwort den Beitrag der Frauen zur Erhöhung der Effektivität der Bauforschung, vor allem für die Anwendung ihrer Ergebnisse in der Praxis.

Bücher

Gesellschaftliche Bauten

Werner Prendel

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
236 Seiten, 263 Abbildungen, 44 Tafeln, Preis 41,50 M

Mit der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus wachsen auch die vielseitigen Anforderungen an die gesellschaftlichen Bauten, die der Autor als „Gebäude und baulichen Anlagen für gesellschaftliche Einrichtungen" definiert und damit zugleich das breite Spektrum von Bauaufgaben umreißt von der Versorgung und Gesundheitsfürsorge bis zur Bildung und Kultur. Der große Vorzug des vorliegenden Buches, dessen Verfasser ein bekannter, seit vielen Jahren auf diesem Gebiet in der Bauakademie der DDR arbeitender Architekt ist, besteht für den Leser darin, diesen großen und differenzierten Bereich in seiner Komplexität behandelt zu sehen, und zwar nicht nur als einzelne gesellschaftliche Einrichtung, sondern auch in ihrer städtebaulichen Einordnung und Verflechtung. Daß dabei verschiedene Bereiche gesellschaftlicher Einrichtungen, wie etwa Bauten der medizinischen Betreuung, nur knapp behandelt werden können, kann nicht als Mangel angesehen werden, weil hier der Fachmann ohnehin zu speziellen Monographien greifen wird.

Besonders zu begrüßen ist jedoch, daß den gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet relativ breiter Raum gewidmet wird. Das entspricht auch den Schwerpunkten des Gesellschaftsbaus, die mit dem langfristigen Wohnungsbauprogramm der DDR bis 1990 gesetzt sind. Es spricht für das Buch, wenn gerade auf diesem Gebiet die grundlegenden Vorschläge und Gedanken des Autors trotz der seit der Ausarbeitung des Buches vergangenen Zeit nicht an Aktualität verloren haben. Im Gegenteil kann man sagen, daß die Forderung nach integrierten gesellschaftlichen Einrichtungen und die Vorschläge für Verflechtungsmöglichkeiten zur Bildung gesellschaftlicher Zentren in Wohngebieten nicht zuletzt durch den 7. Kongreß des BdA/DDR zunehmende Bedeutung haben. Architekten, Studenten, aber besonders auch Fachleuten auf der Auftraggeberseite hat der VEB Verlag für Bauwesen ein solides Fachbuch in die Hand gegeben, mit dem sich durch knappe grundlegende Textaussagen, anschauliche Schemata, Tabellen und Kennziffern zahlreiche gebaute und geplante Beispiele sowie Literatur- und Sachwörterverzeichnisse sicher gut arbeiten läßt. -nz

Berichtigung

Im Heft 2/1976 sind durch ein bedauerliches Versehen einige Zeilen vertauscht worden. Die technologische Grundkonzeption für das Krankenhaus Halle-Neustadt (S. 82 ff.) wurde von einem Kollektiv des Institutes für Technologie der Gesundheitsbauten Berlin unter Leitung von Prof. Dr.-Ing. Kurt Liebknecht erarbeitet. Dem Kollektiv gehörten, wie uns ergänzend mitgeteilt wurde, weiter die Architekten Rautengarten, Pleuss und Klemens sowie der Ökonom Dr. Richau an, denen Professoren der Klinik zur Seite standen. Wertvolle Unterstützung bei der Projektierung gab auch der Leiter der Gutachterstellung des Ministeriums für Gesundheitswesen, Dr. Sachs, unter dessen Leitung auch die technologische Grundkonzeption für das Krankenhaus in Schwedt ausgearbeitet wurde. Red.

Kurzfassung

DK 69:658.01 711.4 + 72

Doehler, P.

Einige Gedanken zu aktuellen Leitungsproblemen in Städtebau und Architektur 197

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 4, S. 197 bis 199

Die Perspektiven des Bauens in der DDR in den Jahren 1976 bis 1980 erfordern ein hohes Niveau der Leitung und Planung auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur. Die Arbeit an der Generalbebauungsplanung der Städte ist dabei zu erweitern und im Hinblick auf die territoriale Rationalisierung zu vertiefen. Der harmonischen Einheit von Altem und Neuem und der Gestaltung erlebnisreicher Ensembles und Zentren sind bei der Bebauungsplanung größere Aufmerksamkeit zu widmen.

DK 69(094.1) : 711.523 : 333.32(430.2–25)

. . .

Große Bauaufgaben für die Entwicklung der Hauptstadt der DDR 200

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 4, S. 200 bis 203, 7 Abbildungen

Nach dem Entwurf der Direktive des IX. Parteitages der SED für die Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR sind in den Jahren bis 1980 umfangreiche Baumaßnahmen in der Hauptstadt der DDR, Berlin, vorgesehen. Im Mittelpunkt steht dabei der Wohnungsbau. Bis 1980 sollen in Berlin 75 000 bis 77 000 Wohnungen neugebaut bzw. modernisiert werden. Das größte Bauvorhaben ist der Bau eines neuen Stadtbezirkes für 100 000 Einwohner. Weitere wichtige Bauvorhaben werden im Zentrum der Stadt durchgeführt.

DK 711.4–111 711.58(–201)

Vogler, M.

Generalplanung und Wohnungsbau in Frankfurt (Oder) 204

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 4, S. 204 bis 211, 5 Pläne, 12 Abbildungen

Für die Bezirksstadt Frankfurt (Oder) wurden Generalplanungen ausgearbeitet, die die Entwicklung der Stadt und die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms bis 1990 umfassen. Der Autor legt die Grundsätze für die Struktur und Komposition der Stadt, die Planung neuer und die Rekonstruktion alter Stadtgebiete dar, nach denen die Generalplanungen erarbeitet wurden.

DK 711.581–111

Hartsch, G.

Frankfurt (Oder) – Neuberesinchen: Leitplanung für einen neuen Stadtteil 212

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 4, S. 212 bis 215, 4 Abbildungen, 1 Lageplan, 4 Strukturskizzen

Der neue Stadtteil mit rund 8000 Wohnungen wird nach seiner Realisierung das bisher größte Wohngebiet der Bezirksstadt Frankfurt (Oder) sein. Mit der Leitplanung wurden wesentliche Fortschritte in der städtebaulichen Lösung und in der Erzeugnisentwicklung des Wohnungsbaus für den gesamten Bezirk angestrebt. Wesentliche Ausgangspunkte für die Gestaltung der Grundstruktur des Stadtteiles waren eine sinnvolle Einbindung in das gesamtstädtische Kommunikationsgefüge und die optimale Nutzung der topographischen Situation.

DK 711.58–111

Ungewitter, F.

Bebauungskonzeption für das Wohngebiet Burg-Süd 218

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 4, S. 218 bis 221, 6 Abbildungen

Ausgehend von der weiteren Entwicklung der Kreisstadt Burg im Bezirk Magdeburg bis 1980 wurde im südlichen Bereich der Stadt für einen Standort mit rund 1400 Wohnungseinheiten und die erforderlichen gesellschaftlichen Einrichtungen vom Büro für Städtebau des Bezirkes eine Bebauungskonzeption erarbeitet.

Es wird ein städtebaulich interessantes Ensemble entstehen, dessen Wohngebäude vorwiegend in den Bauweisen P2 und WBS ausgeführt werden. Die Erschließung der Wohnblocks ermöglicht die optimale funktionelle Trennung der Verkehrs- und Grünräume.

DK 711.4 + 77(567)

Gräfe, B.

Planen und Bauen in der Republik Irak 234

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 4, S. 234 bis 240, 15 Abbildungen, 4 Pläne, 2 Diagramme, 1 Tabelle

Der Autor berichtet aus eigener Erfahrung von den Problemen und Fortschritten des Städtebaus und der Stadtplanung in der Republik Irak.
Er informiert kurz über die historische Entwicklung des Städtebaus und geht dann auf den gegenwärtigen Stand im Wohnungs- und Gesellschaftsbau ein. Vorgestellt werden ferner Beispiele für die weitere Planung typischer Städte in der Republik Irak, so z. B. für die Hauptstadt und die Bezirksstadt Nasiriyah.

Содержание

УДК 69:658.01 711.4 + 72

Doehler, P.

Некоторые замечания относительно актуальных проблем управления в градостроительстве и архитектуре

Architektur der DDR, Берлин 25 (1976) 4, стр. 197—199

Перспективы строительства в ГДР в периоде от 1976-го до 1980-го гг. требуют высокого уровня управления и планирования в области градостроительства и архитектуры. В этой связи следует расширить генеральное планирование застройки городов, которое должно углублено в направление к территориальной рационализации. При планировании застройки необходимо уделять большее внимание созданию соразмерного единства старого и нового как и оформлению выразительных ансамблей и центров.

УДК 69(094.1):711.523:333.32(430.2 — 25)

. . .

Большие задачи строительства для развития столицы ГДР

Architektur der DDR, Берлин 25 (1976) 4, стр. 200—203, 7 илл.

В проекте директивы IX-го съезда СЕПГ для развития народного хозяйства в ГДР предусматриваются обширные меры строительства в Берлине, столицы ГДР, в периоде до 1980 г. При этом в центре внимания находится жилищное строительство. Намечается новое сооружение или модернизация 75 000 до 77 000 квартир. В этих рамках, крупнейшим проектом является построение нового городского района на 100 000 жителей. Дальнейшие важные мероприятия строительства запланируют проводить в центре города.

УДК 711.4 — 111 711.58(—201)

Vogler, M.

Генеральное планирование и жилищное строительство в г. Франкфурте-на-Одере

Architektur der DDR, Берлин 25 (1976) 4, стр. 204—211, 5 планов, 12 илл.

Для окружной столицы Франкфурта-на-Одере разработали мероприятия генерального планирования, включающие развитие города и реализацию программы жилищного строительства до 1990 г. Автор разъясняет принципы определения структуры и компоновки города, а также планирования новых и реконструкции старых районов города, по которым выработаны генеральные планирования.

УДК 711.581—111

Hartsch, G.

Франкфурт-на-Одере, Нойберезинхен: Управляющее планирование новой части города

Architektur der DDR, Берлин, 25 (1976) 4, стр. 212—215, 4 илл., 1 план расположения, 4 структурных эскиза

Новый район будет иметь 8 000 квартир. Таким образом, после реализации всего проекта, он становится самым большим жилым районом окружной столицы Франкфурта-на-Одере. С помощью управляющего планирования стремились достигать существенный прогресс при решении градостроительных проблем и при разработке изделий жилищного строительства в общем франкфуртском округе. При организации основной структуры новой части города важными исходными пунктами явились целесообразное включение Нойберезинхена в систему общегородской коммуникации и оптимальное использование топографического положения.

УДК 711.58—111

Ungewitter, F.

Концепция застройки для жилищного района в г. Бург-Зюд

Architektur der DDR, Берлин 25 (1976) 4, стр. 218—221, 6 илл.

Исходя из всеобщей линии дальнейшего развития районного города Бург около Магдебурга до 1980-го года, Бюро градостроительства в округе Магдебург разработало концепцию застройки на около 1 400 жилищных единицах вместе с необходимыми общественными устройствами. Место находится в южной области города. На предусмотренном месте возведется интересный с точки зрения градостроительства ансамбль, жилые здания которого будут построены преимущественно по режимам P2 и ВБС строительства. Инженерная подготовка местности постройки жилого блока позволит оптимальное разделение пространств коммуникации и зеленых насаждений.

УДК 711.4 + 77(567)

Gräfe, B.

Планирование и строительство в Иракской Республике

Architektur der DDR, Берлин 25 (1976) 4, стр. 234—240, 15 илл., 4 плана, 2 диаграммы, 1 таблица

На основе собственного опыта автор сообщает о проблемах и успехах градостроительства и планирования городов в Иракской Республике. После коротких сведений об историческом развитии градостроительства рассматривается настоящее положение в областях жилищного и общественного строительства. В дальнейшем представлены примеры планирования типичных городов в Иракской Республике как, например, для столицы Багдад и окружного города Насирии.

Summary	Résumé

DK 69: 658.01 711.4 + 72

Doehler, P.

Reflections on Topical Problems Relating to Management in Town Planning and Architecture

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) No. 4, pp. 197–199

The enormous amount of building activity planned in the GDR for the period between 1976 and 1980 will depend for success on high standards of management and planning in the fields of town planning and architecture. In this context, general planning for cities must be expanded to include more regional rationalisation. More attention should be given to ensuring harmony between existing traditional buildings and new designs. Centres and other urban areas should be designed to giving the users a sense of experience.

DK 69: 658.01 711.4 + 72

Doehler, P.

197 **Quelques considérations relatives aux problèmes actuels du management dans le domaine d'urbanisme et d'architecture**

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 4, p. 197–199

Les prévisions dans la sphère du bâtiment en RDA pour les années 1976 – 1980 exigent un niveau élevé du management et de la planification dans le domaine d'urbanisme et d'architecture. Les travaux par rapport au plan général d'aménagement des villes devraient être étendus encore plus et approfondis dans le domaine de la rationalisation territoriale. Une attention plus importante doit être réservée dans le plan général d'aménagement à l'unité harmonieuse des vieux bâtiments et bâtiments nouveaux et de l'aménagement des ensembles et centres avec des anémités.

DK69(094.1): 711.523: 333.32(430.2–25)

. . .

Great Tasks Implied in Building GDR Capital

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) No. 4, pp. 200–203, 7 illustrations

The draft national economy Directive prepared for the IXth Congress of the Socialist Unity Party of Germany (SED) provides for extensive building in Berlin, the capital of the GDR, in these years by 1980. Housing construction has been declared the first priority. Something between 75,000 and 77,000 dwellings will be built or modernised in Berlin by 1980. The biggest project is an entirely new borough for 100,000 dwellers. Other jobs of major importance are under construction in the centre.

DK 69(094.1): 711.523: 333.32(430.2–25)

. . .

200 **Tâches importantes du bâtiment parallèlement au développement de la capitale de la RDA**

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 4, p. 200–203, 7 ill.

Comme il est mentionné dans la directive de la IXe Conférence du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne (SED) pour le développement de l'économie nationale, dans la RDA, des activités importantes dans le domaine du bâtiment sont prévues à Berlin, capitale de la RDA, pendant les années jusqu'à 1980. La construction de logements occupe une place primordiale. Il est prévu de construire ou de moderniser à Berlin 75 000 – 97 000 logements et cela jusqu'à 1980. Le projet le plus important est la construction d'un quartier nouveau pour 100 000 habitants. Des autres projets importants seront réalisés au centre-ville.

DK 711.4–111 711.58(–201)

Vogler, M.

General Planning and Housing Construction in Frankfurt (Oder)

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) No. 4, pp. 204–211,
5 plans, 12 illustrations

General plans have been prepared for Frankfurt (Oder), a regional capital, providing for further urban developments and for local completion of the long-range housing construction programme now under way and ending 1990. Reported are the concepts by which the general plans were drafted, with particular reference being made to the principles of urban structure and composition, reconstruction and renewal of old urban areas, and planning of new areas.

DK 711.4–111 711.58(–201)

Vogler, M.

204 **Planification générale d'aménagement à Francfort sur Oder**

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 4, p. 204–211, 5 plans, 12 ill.

Des travaux de planification générale d'aménagement sont prévus pour Francfort sur Oder, ville régionale. Ces travaux comprennent le développement de la ville et la réalisation du programme de construction de logements jusqu'à 1990. L'auteur explique les principes relatifs à la structure et la composition de la ville, à la planification des quartiers nouveaux et la reconstruction des vieux quartiers de la ville sur la base desquels plans généraux d'aménagement furent élaborés.

DK 711.581–111

Hartsch, G.

Frankfurt (Oder) – Neuberesinchen – Pilot Plan for New Borough

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) No. 4, pp. 212–215,
4 illustrations, 1 layout, 4 structural drawings

On completion, the new borough, with roughly 8,000 dwellings, will be the city's largest housing area. Work on the pilot plan has been carried out with the view to obtaining for the entire region new insights in problems of town planning and housing construction. Meaningful integration of the new borough with the whole fabric of urban communications and optimum utilisation of topographic conditions were important point of departure for the designers.

DK 711.581–111

Hartsch, G.

212 **Francfort sur Oder – Neubérésinchen: planification directive d'un quartier nouveau**

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 4, p. 212–215,
4 ill., 1 tracé, 4 esqu. de struct.

Après son achèvement ce quartier nouveau avec 8 000 logements environ sera le quartier le plus étendu de Francfort sur Oder, ville régionale. La planification directrice est orientée aux progrès importants de la solution urbanistique et du développement des produits de la construction résidentielle pour la région entière. Une intégration raisonnable avec la structure de communication urbaine et l'usage optima de la situation topographique étaient les points du départ essentiels de l'aménagement de la structure de base du quartier.

DK 711.58–111

Ungewitter, F.

Development Concept for Housing Area of Burg-Süd

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) No. 4, pp. 218–221, 6 illustrations

The designers of Burg, a county capital in the region of Magdeburg, have taken the long-range urban renewal programme for the period from now to 1980 as a basis to prepare a development concept for a site with roughly 1,400 dwelling units and all necessary amenities and services in the southern part of the town area.
The new area will be of some interest in terms of modern town planning. Most of the new housing will be P2 of WBS types. The blocks of dwellings will be arranged to ensuring optimum functional separation of traffic from open spaces.

DK 711.58–111

Ungewitter, F.

218 **Conception du bâtiment de la zone d'habitation Bourg-Süd**

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 4, p. 218–221, 7 ill.

Sur la base du développement ultérieur jusqu'à 1980 de Bourg, la ville du district, dans la région de Magdebourg, le bureau d'urbanisme de la région a élaboré une conception relative aux travaux de bâtiment pour la zone au sud de la ville, site où l'on a prévu 1 400 unités de logement et les bâtiments publics nécessaires. On a prévu un ensemble urbanistique intéressant et les immeubles d'habitation seront assemblés méthodes de construction préfabriquée P 2 et WBS. L'orientation des immeubles d'habitation permettra une séparation fonctionnelle optima des espaces de la circulation et des espaces verts.

DK 711.4 + 77(567)

Gräfe, B.

Planning and Building in the Republic of Iraq

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) No. 4, pp. 234–240,
15 illustrations, 4 plans, 2 diagrams, 1 table

The author has obtained much experience with regard to problems and progress in city design and urban planning in the Republic of Iraq.
A brief account is given of the history of town planning, and more reference is made to contemporary developments in housing construction and the design of public buildings. Typical future-oriented planning examples are described, including designs for Baghdad and Naziriyah, a regional capital.

DK 711.4 + 77(567)

Gräfe, B.

234 **Planification et construction dans la République d'Iraq**

Architektur der DDR, Berlin 25 (1976) 4, p. 234–240,
17 ill., 4 plans, 2 diagr., 1 tableau

L'auteur nous rapporte de ses expériences par rapport aux problèmes et progrès dans les domaines d'urbanisme et de planification urbanistique dans la République d'Iraq. Il informe brièvement du développement historique de l'urbanisme et du niveau actuel de la construction résidentielle et des bâtiments publics. Ensuite il introduit des exemples de la planification ultérieure des villes typiques dans la République d'Iraq, p.ex. des projets prévus à Baghdad, capitale du pays, et dans la ville régionale de Nasiriyah.

Index 31409